

Stenographischer Bericht

52. Sitzung des Steiermärkischen Landtages

XI. Gesetzgebungsperiode – 10. September 1991

Inhalt:

Personalien:

Entschuldigt: Abg. Erhart.

1. Angelobung von Abgeordneten (4445).

2. Dringliche Anfragen:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Kanduth, Buchberger, Dr. Cortolezis, Göber, Ing. Löcker, Dr. Maitz, Prutsch, Dr. Rupp, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schützenhöfer und Prof. DDr. Steiner an Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend Maßnahmen zur Aufklärung der Vorkommnisse der Pyhrn-AG.

Begründung: Abg. Kanduth (4446).

Beantwortung: Landeshauptmann Dr. Josef Krainer (4446).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Kammlander, Trampusch, Gennaro, Minder, Schrittwieser, Vollmann, Günther Prutsch, Kanape und Günther Ofner an Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die Vorkommnisse in der Pyhrn Autobahn AG.

Begründung: Abg. Kammlander (4449).

Zur Geschäftsordnung: Präsident Wegart (4451).

Beantwortung: Landeshauptmann Dr. Josef Krainer (4451).

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Günther Ofner, Günther Prutsch, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig an Landesrat Dr. Christoph Klauser, betreffend Pyhrn Autobahn AG.

Begründung: Abg. Freitag (4452).

Beantwortung: Landesrat Dr. Klauser (4452).

Redner: Abg. Mag. Rader (4454), Abg. Trampusch (4457), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (4460), Abg. Dr. Hirschmann (4462), Abg. Kammlander (4466), Abg. Gennaro (4467), Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (4469), Abg. Mag. Rader (4472), Abg. Kammlander (4473), Abg. Vollmann (4473), Abg. Dr. Cortolezis (4475), Abg. Kammlander (4477), Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (4477), Abg. Schützenhöfer (4479), Abg. Gennaro (4481), Abg. Mag. Rader (4482), Abg. Trampusch (4483).

Beschlußfassung: (4484).

Zur Geschäftsordnung: Abg. Kammlander (4484).

Beschlußfassung betreffend Permanenzerklärung des Kontroll-Ausschusses (4484).

Beginn der Sondersitzung: 10.50 Uhr.

Präsident Wegart: Hohes Haus!

Heute findet eine außerordentliche Sitzung des Steiermärkischen Landtages in der laufenden XI. Gesetzgebungsperiode statt.

Gemäß Paragraph 13 Absatz 2 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 ist der Landtag binnen fünf Tagen zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen, wenn es die Landesregierung verlangt.

Dieses Verlangen hat die Steiermärkische Landesregierung in der Sitzung vom 5. September 1991 beschlossen.

Ich begrüße alle Erschienenen, im besonderen die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung mit Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer an der Spitze sowie die Damen und Herren des Bundesrates.

Entschuldigt ist der Herr Abgeordnete Erhart.

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Besteht dagegen ein Einwand?

Das ist nicht der Fall.

Wir kommen nun zur Angelobung von Abgeordneten.

Landtagsabgeordneter Johann Schweighofer ist am 14. Juli 1991 auf Grund eines tragischen Verkehrsunfalles ums Leben gekommen.

Abgeordneter Franz Ofner hat mit Wirkung vom 16. Juli 1991 sein Mandat zurückgelegt.

Nunmehr gilt es, zwei neue Abgeordnete anzuloben.

Für die Nachbesetzung wurde von der Landeswahlbehörde Frau Gertrude Seidl von der Österreichischen Volkspartei sowie Herr Dr. Christoph Klauser von der Sozialistischen Partei Österreichs berufen.

Frau Gertrude Seidl und Herr Dr. Christoph Klauser sind heute erschienen und können die gemäß Paragraph 11 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 vorgeschriebene Angelobung leisten.

Ich ersuche den Schriftführer, Herrn Abgeordneten Prof. Dr. Karl Eichtinger, zu mir zu kommen und die Angelobungsformel zu verlesen, worauf nach namentlichem Aufruf Frau Gertrude Seidl und Herr Dr. Christoph Klauser mit den Worten „ich gelobe“ die Angelobung zu leisten haben.

Abg. Prof. Dr. Eichtinger: Ich gelobe unverbrüchliche Treue der Republik Österreich und dem Land Steiermark, dann stete und volle Beobachtung der Verfassungsgesetze und aller anderen Gesetze des Bundes und des Landes Steiermark und gewissenhafte Erfüllung meiner Pflichten.

Präsident: Frau Gertrude Seidl, bitte!

Gertrude Seidl: Ich gelobe!

Präsident: Herr Dr. Christoph Klauser, bitte!

Dr. Christoph Klauser: Ich gelobe!

Präsident: Ich begrüße Sie als neue Abgeordnete im Hohen Haus und bitte Sie, Ihre Sitze einzunehmen.

Eingebracht wurde eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Kanduth, Buchberger, Dr. Cortolezis, Göber, Ing. Löcker, Dr. Maitz, Prutsch, Purr, Dr. Rupp, Univ.-Prof. Dr. Schilcher, Schützenhöfer und Prof. DDr. Steiner an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef

Krainer, betreffend Maßnahmen zur Aufklärung der Vorkommnisse der Pyhrn-AG.

Eingebracht wurde weiters eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Kammländer, Trampusch, Gennaro, Minder, Schrittwieser, Vollmann, Günther Prutsch, Kanape und Günther Ofner an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend die Vorkommnisse in der Pyhrn Autobahn AG.

Weiters wurde eine dringliche Anfrage der Abgeordneten Freitag, Gennaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlhammer, Meyer, Minder, Günther Ofner, Günther Prutsch, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner, betreffend die Pyhrn Autobahn AG., eingebracht.

Diese dringlichen Anfragen haben die gemäß Paragraph 58 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages erforderliche Unterstützung.

Gleichzeitig wurde in allen drei Fällen die Abführung einer Wechselrede beantragt.

Auf Grund der Beratungen in der Präsidialkonferenz werden die Begründungen und Beantwortungen durch das jeweils zuständige Regierungsmitglied getrennt behandelt, jedoch die Wechselrede zu den drei dringlichen Anfragen in einem abgeführt.

Wir kommen jetzt zur Behandlung dieser drei dringlichen Anfragen.

Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Richard Kanduth das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage der ÖVP-Abgeordneten.

Abg. Kanduth (10.53 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Dringliche Anfrage der Abgeordneten der ÖVP an den Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer, betreffend Maßnahmen zur Aufklärung der Vorkommnisse der Pyhrn-AG.:

Im Zuge der Landtagswahlaktivitäten einer grün-alternativen Gruppierung sind Verdächtigungen, unbewiesene Behauptungen und schwere Beschuldigungen über Vorgänge bei der Pyhrn-AG. in den Raum gestellt worden, die im Zusammenhang mit den Verfehlungen des Generaldirektors der Pyhrn-AG., Dr. Heinz Talirz, der bekanntlich Sekretär des sozialistischen Bautenministers war, stehen. Diese und auch von anderen Politikern anderer Parteien im Zuge des Wahlkampfes verbreiteten, sachlich völlig unbelegbaren und damit unhaltbaren und unverantwortlichen Äußerungen sind geeignet, zu Verwirrung und Verunsicherung zu führen.

Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sind im Laufe Ihrer Amtszeit stets in der Öffentlichkeit für die rückhaltlose Aufklärung und entschiedenen Konsequenzen, ohne Ansehen der Person und Parteizugehörigkeit, eingetreten. Die gefertigten Abgeordneten stellen daher an Sie, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, die dringliche Anfrage: Welche Maßnahmen haben Sie ergriffen, um eine rasche und vollständige Aufklärung der Vorkommnisse im Zusammenhang mit der Pyhrn-AG. zu erreichen? Die gefertigten Abgeordneten stellen gleichzeitig nach Paragraph 58 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages den Antrag, über dieses Thema eine Wechselrede durchzuführen. (10.54 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage der ÖVP-Abgeordneten.

Landeshauptmann Dr. Krainer (10.55 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Zuerst möchte ich meiner Genugtuung über das Zustandekommen der heutigen Landtagssitzung Ausdruck geben. Bekanntlich hat die Steiermärkische Landesregierung über meinen Antrag einstimmig beschlossen, den Herrn Landtagspräsidenten um die Einberufung des Landtages zu dieser Sondersitzung zu ersuchen. Ich habe diese Initiative deshalb dazu ergriffen, weil ja in den letzten Wochen eine Wahlkampfkampagne mit Vorwürfen geführt und auch geschürt wurde, die nicht ungeklärt im Raum stehen bleiben dürfen. Die Abgeordneten des Landtages, die steirischen und österreichischen Steuerzahler haben ein Recht auf umfassende Information und sollen nicht allein auf unbewiesene Verdächtigungen angewiesen sein. So erwarte ich mir, daß der heutige Sonderlandtag auch für die Öffentlichkeit die Möglichkeit bietet, sich ein klares Bild über Fakten und Verantwortlichkeiten und auch über die Motive mancher Behauptungen der letzten Wochen machen zu können. Dazu möchte ich eines vorausschicken: Ich bin Zeit meiner politischen Tätigkeit für Anständigkeit, für Sauberkeit und Ordnung als den festen Fundamenten politischer Arbeit eingetreten. (Beifall bei der ÖVP.) Ich habe dies nicht nur verbal verkündet, sondern immer auch, wenn es geboten war, mit entschiedenen Konsequenzen ohne Ansehen der Person und Parteizugehörigkeit vertreten und durchgesetzt. So habe ich es immer gehalten, so wird es auch in Zukunft sein! Das große interdisziplinäre Gutachten, etwa „Korruption und Kontrolle“, die Schaffung des ersten weisungsungebundenen Landesrechnungshofes Österreichs, die verschärfte Kontrolle im Wohnbau, die Einführung der begleitenden Kontrolle im Hochbau des Landes sind hierfür erfolgreiche und von mir persönlich geforderte und eingeleitete Aktivitäten, Beispiele für zukunftsorientierte Kontrollinitiativen, die wir in der Steiermark in den letzten zehn Jahren durchgeführt haben. Wir haben sie ebenso eingeleitet wie auch die notwendigen personellen Konsequenzen, von denen ich sprach, die es in diversen Anlässen zu ziehen galt.

Ein Zweites möchte ich vorausschicken: Seit nunmehr fast 20 Jahren bin ich Baureferent des Landes. Und in diesen 20 Jahren wurden in unserem Land für den Autobahn-, für den Schnellstraßen- und für den Bundesstraßenbau in die Steiermark in Form der Auftragsverwaltung des Bundes 40 Milliarden investiert, für den Landesstraßenbau rund 10 Milliarden Schilling. Hunderte von Autobahn- und Straßenkilometern wurden neu errichtet, ausgebaut und regeneriert. (Beifall bei der ÖVP.)

Bei meinem Amtsantritt vor rund 20 Jahren war das Autobahn- und Schnellstraßennetz der Steiermark noch nicht existent. Heute ist es faktisch fertiggestellt. In diesen 20 Jahren wurde Gewaltiges geleistet. Und in diesen selben 20 Jahren gab es im Straßenbau nirgendwo einen Skandal, aber jetzt, knapp zwei Wochen vor unserer Landtagswahl, soll das alles anders sein, soll der Landeshauptmann ein Vertuscher und ein Lügner sein, soll der Landeshauptmann für Malversa-

tionen eines ehemaligen Generaldirektors verantwortlich gemacht werden, den er nicht bestellt hat und auf den er rechtlich und auch politisch keinerlei Einfluß hatte. Meine verehrten Damen und Herren, ich überlasse es unseren Landsleuten zu beurteilen, was sie von dieser Art politischen Stils zu halten haben! (Beifall bei der ÖVP.)

Und nun zur Sache selbst: Am 20. August 1991 sind im Zusammenhang mit Wahlkampfaktivitäten grün-alternativer Mandatare Behauptungen über einen Bundesrechnungshofbericht zur Pyhrn Autobahn AG. in den Medien wiedergegeben worden. Ich habe am selben Tag reagiert und die zuständigen Stellen zu einer vollständigen Offenlegung des Bundesrechnungshofberichtes aufgefordert. Ich habe damals auch völlig unpolemisch festgestellt und mitgeteilt, daß für die Behandlung und Beantwortung von solchen Berichten nach den Bestimmungen der Geschäftsverteilung für die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung der gegenwärtige Landesfinanzreferent zuständig ist. Und ich habe an diesem 20. August meine allgemein bekannte Haltung hinzugefügt: Als Landeshauptmann trete ich auch in diesem Falle, sollte es Mißstände und Verfehlungen geben, für rasche Konsequenzen ohne Ansehen der Person und Parteizugehörigkeit ein. (Beifall bei der ÖVP.) Mit der gleichen Entschiedenheit wandte ich mich allerdings auch gegen einen primitiven parteipolitischen Skandalisierungsversuch, der jeder Grundlage entbehrt. Diese Aussage des 20. August unterstreiche ich auch heute und hier vor dem Steiermärkischen Landtag mit allem Nachdruck!

Als die Debatte mit weiteren Behauptungen ohne öffentliche Klarstellung seitens der zuständigen Stellen fortgesetzt wurde, habe ich am 31. August den ressortzuständigen Landesrat neuerdings aufgefordert, das Seine zu einer raschestmöglichen und umfassenden Aufklärung beizutragen. Ich verlangte offenzulegen, ob und wann der in der Öffentlichkeit diskutierte Rechnungshofbericht in der Rechtsabteilung 10 eingelangt ist und welche Initiativen in diesem Zusammenhang ergriffen wurden. Denn immerhin war ich als Landeshauptmann auf Grund eines am 9. Oktober 1989 einstimmig gefaßten Beschlusses der Steiermärkischen Landesregierung hinsichtlich eines Antrages von Landesrat Dr. Klausner verfassungsmäßig verpflichtet, eine von seiner Abteilung erstellte Stellungnahme an den Bundesrechnungshof zu unterfertigen – eines Rechnungshofberichtes, über den das „Profil“, wie man jetzt weiß, bereits am 1. August 1988 berichtete und der im Rechnungshofausschuß des Österreichischen Nationalrates am 22. Mai 1990 behandelt wurde.

Wenn es also gewissen Kreisen wirklich um Aufklärung und nicht um billigen Wahlkampf gegangen wäre, hätten sie bereits vor drei Jahren aktiv werden müssen. Im übrigen war ich persönlich wegen einer Auslandsverpflichtung nicht Vorsitzender der Regierungssitzung am 9. Oktober 1989, bei der Landesrat Dr. Klausner seine Stellungnahme zum Bundesrechnungshofbericht eingebracht hat. Das nur in Klammer gesagt.

Auf Grund der Eskalation der Mediendebatte am 31. August dieses Jahres habe ich die sofortige Einschaltung des Landesrechnungshofes vom zuständigen Referenten der Steiermärkischen Landesregierung ver-

langt. Mein Vorschlag lautete dahin, daß die Tätigkeit und Verantwortlichkeit sämtlicher Landesvertreter in der Pyhrn-AG. geprüft werden sollen.

Da die Vorwürfe ohne ausreichende Klarstellung weitergingen, habe ich für den 5. September eine Sondersitzung der Landesregierung einberufen. Über meinen Antrag wurde im Interesse einer, wie es im Sitzungsantrag wörtlich heißt, „raschestmöglichen und umfassenden Aufklärung“ folgendes beschlossen: Erstens die Einschaltung des Landesrechnungshofes, und zweitens die Einberufung des Steiermärkischen Landtages.

Ein Zusatzantrag der SPÖ-Fraktion konnte unsere Zustimmung nicht finden, weil er unserer Auffassung nach eine Einschränkung des Prüfungsauftrages an den Landesrechnungshof bedeutet hätte.

In diesem Zusammenhang möchte ich nochmals hervorheben, was ich seit dem 20. August und auch in der Regierungssitzung vom 5. September in dieser Causa immer wieder festgestellt habe: Es geht um raschestmögliche und umfassende Aufklärung.

Der Landesrechnungshof soll alles, ich betone alles, was ihm als weisungsungebundenen und unabhängigen Kontrollorgan des Landtages von Relevanz im Zusammenhang mit dem Land und der Pyhrn-AG. erscheint, prüfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Der Landesrechnungshofdirektor hat mir als Vorsitzenden der Landesregierung auch bereits schriftlich mitgeteilt, welche Schwerpunkte der Prüfung er vorläufig ins Auge faßt. Ich zitiere wörtlich aus seinem Brief: „Die Steiermärkische Landesregierung hat mit Beschluß vom 5. September 1991 unter Punkt 1 an den Landesrechnungshof gemäß Paragraph 3 Absatz 1 des Landesrechnungshof-Verfassungsgesetzes, LGBl. Nr. 59/1982, den Antrag gestellt, eine Gebarungskontrolle der Pyhrn Autobahn AG. durchzuführen.“

Gemäß Paragraph 9 Absatz 1 Landesrechnungshof-Verfassungsgesetz hat sich die Überprüfung des Landesrechnungshofes auf die ziffernmäßige Richtigkeit, die Übereinstimmung mit den bestehenden Vorschriften, ferner auf die Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit zu erstrecken. Im Rahmen einer Gebarungskontrolle sind daher nicht nur alle finanziellen Belange, sondern darüber hinaus auch die Einhaltung der gesetzlichen und sonstigen Vorschriften ebenso wie Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Dies bedeutet im konkreten Fall, daß die Prüfung des Landesrechnungshofes sich selbstverständlich auch auf alle Beziehungen zwischen der Pyhrn Autobahn AG. und dem Land Steiermark, soweit sie auf gesetzlichen, satzungsmäßigen oder vertraglichen Bestimmungen beruhen, zu erstrecken hat. Hiezu wird der Landesrechnungshof auch im Bereiche des Landes prüfen müssen.“

Darin ist selbstverständlich auch die Überprüfung der Tätigkeit der durch einen Vertrag aus den Jahren 1987 und 1989 zwischen Land Steiermark und Pyhrn-AG. beauftragten Landesbeamten beinhaltet.

Bekanntlich wurde per ASFINAG-Gesetznovelle das Land Steiermark von der Pyhrn Autobahn AG. ersucht, qualifiziertes Fachpersonal als Bauaufsichtsorgane gegen eine Pauschalvergütung von 3 Prozent der Nettoherstellungskosten zur Verfügung zu stellen.

Die entsprechenden Regierungssitzungsanträge der Rechtsabteilung 1 wurden am 19. Oktober 1987 für die Umfahrung Rottenmann und am 8. Mai 1989 für den Schoberpaßübergang einstimmig beschlossen.

Eine Vergütung in der Höhe von 87 Millionen Schilling, die der Abteilung gleichwertiger Zivilingenieurleistungen entspricht, wurde mit Abschluß dieses Vertrages zwischen der Rechtsabteilung 1 und der Pyhrn Autobahn AG. im Oktober 1989 vereinbart.

Diese Übertragung von Aufgaben an Experten der Straßenbauabteilung wurde mit der Begründung vorgenommen, daß die Planung der Streckenabschnitte zum Teil von der Bundesstraßenverwaltung eingeleitet worden war und außerdem das entsprechende qualifizierte Fachpersonal für die Bauaufsichtstätigkeit zur Verfügung stand.

Auch die Oberösterreichische Landesregierung hat übrigens die gleiche Vorgangsweise gewählt.

In dem zwischen Land Steiermark und der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft abgeschlossenen Vertrag heißt es wörtlich:

„Punkt II (2): Gemäß dem gesetzlichen Auftrag an die Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft ist für alle Entscheidungen, welche im Rahmen der Auftragsverwaltung dem Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten zugefallen wären, der Vorstand der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft zuständig. Ebenso bedürfen alle Vertragsänderungen und Erweiterungen mit Auftragsnehmern der vorherigen schriftlichen Zustimmung der PAG.“

Aus diesen Sitzungsbeschlüssen und dem Vertrag geht eindeutig hervor, daß das Land keinerlei Einfluß auf die Ausschreibungen der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft und auf die Weisungen ihres Vorstandes an die Beamten des Landes hat.

Der Verfassungsdienst des Landes stellt zu dieser Vertragskonstruktion folgendes fest: „Der Inhalt des Vertrages ergibt den Willen beider Vertragspartner im Sinne einer Zurverfügungstellung von fachkundigem Personal des Landes an die Pyhrn Autobahn AG. zur Bewältigung bestimmter Aufgaben.“

Auch wurde die Landesbaudirektion weder von der Rechtsabteilung 10 noch von der Landesholding zu einer Stellungnahme zum Bundesrechnungshofbericht des Jahres 1989 eingeladen. Der Holdinggeschäftsführer Hofrat Dr. Flecker wußte damals offensichtlich sehr genau über die Zuständigkeiten Bescheid. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Nur hat er es vergessen!“)

Nun ein Wort zur Pyhrn AG. selbst, wann und warum wurde sie gegründet? Die Aktiengesellschaft wurde Ende 1971 gegründet. Mehrheitseigentümer ist der Bund mit Anteilen von 60 Prozent. Das Land Steiermark ist mit 31,8 Prozent und das Land Oberösterreich mit 8,2 Prozent minderheitsbeteiligt. Diese Gesellschaft wurde gegründet, um eine Beschleunigung des Ausbaues dieser wichtigen Autobahn zu erreichen. Bei ihrer Gründung war noch kein einziger Autobahnkilometer gebaut. Heute sind bereits 133 Kilometer, also 80 Prozent, der 171 Kilometer langen Pyhrnautobahn in der Steiermark verkehrswirksam. Ende Oktober 1991 werden 24 Kilometer der Schoberpaßstrecke im Vollausbau fertiggestellt und übergeben werden. (Beifall bei der ÖVP.) Im Bau befindet sich noch das

14 Kilometer lange Kernstück des Schoberpasses mit dem Tunnel bei Wald, das bis Mitte 1992 fertiggestellt sein wird. Auch dieser Abschnitt wird vorzeitig freigegeben, so daß wir schon Mitte 1992 eine durchgehend befahrbare Pyhrnstrecke in der Steiermark zur Verfügung haben werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Es wäre also gewissermaßen angemessen gewesen, daß wir uns in diesen Wochen über die Früchte einer langjährigen, sehr entschiedenen steirischen Bemühung, vor allem auch des Großteils des Landtages, gemeinsam freuen, durch die ein Nadelöhr des steirischen, ja des österreichischen und europäischen Straßenverkehrs wesentlich entschärft wird und damit die so unfallträchtige bisherige sogenannte Gastarbeiteroute viel von ihrem Schrecken verliert, die Verkehrssicherheit größer und unsere Anbindung an Europa entschieden verbessert sein wird. (Beifall bei der ÖVP.)

Von der Pyhrnroute in der Steiermark mit ihren 171 Kilometer Länge – das sind 56 Prozent der 306 Kilometer langen Gesamtpyhrnroute in Österreich – sind mittlerweile 108,7 Kilometer an die Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft übertragen. Zu den ursprünglich festgelegten 63 Kilometer Gesellschaftsstrecke sind nach ASFINAG-Gesetznovellen am 24. Juni 1987 mit BGBl. Nr. 339 auch die Planung, Errichtung und Erhaltung der 7 Kilometer langen Umfahrung Rottenmann sowie am 9. Juni 1988 mit BGBl. Nr. 325 die Planung, Errichtung und Erhaltung der 38,7 Kilometer langen Strecke von Gaishorn nach Traboch an die Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft übertragen worden. Damit waren der durchgehende Ausbau der Pyhrnautobahn und vor allem die Finanzierung dieser Baumaßnahmen gesichert. Das Land Steiermark hat sich übrigens seinerzeit im Rahmen der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft zur Zahlung eines Landesbeitrages in der Höhe von 1,1 Milliarden Schilling verpflichtet. Diese wurden im ersten Abschnitt von Traboch nach Deutschfeistritz mit dem Gleinalmtunnel verbaut; Fertigstellung bekanntlich 1978. Die neuen und zusätzlich übertragenen Streckenabschnitte werden gemäß ASFINAG-Gesetz aus einer Sonderfinanzierung des Bundes dotiert. Es steckt also kein einziger Landesschilling in den heute diskutierten Streckenabschnitten. Tatsache ist weiters, daß der Pyhrn-Aktiengesellschaft-Generaldirektor Dr. Talirz am 6. Mai 1991 in U-Haft genommen und vom Aufsichtsrat der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft am 9. August 1991 mit einem Stimmenverhältnis von acht zu sieben entlassen wurde. Jetzt kommt es also, meine Damen und Herren, darauf an, daß rasch, seriös und gewissenhaft geprüft wird und die allenfalls notwendigen Konsequenzen gezogen werden.

Besonders wichtig ist mir, daß die Fragen der Auftragserteilung bei angeblichen Kostenüberschreitungen auch bei der Autobahnmeisterei auf der Pyhrnstrecke ebenso rasch und genau geprüft werden und daß darüber auch vollständige Klarheit besteht. Denn der sparsame und verantwortungsbewußte Umgang mit Steuergeldern muß für alle oberstes Gebot sein und bleiben. (Beifall bei der ÖVP.)

Es gilt, meine Damen und Herren, auch einige Lehren für die Zukunft zu ziehen: Erstens werde ich in den nächsten Tagen angesehene Fachleute aus dem Bereich der Wissenschaft, der Zivilingenieure und der

Wirtschaftstreuhand einladen. Die Gespräche haben begonnen, Vorstellungen für eine wirksame begleitende Kontrolle auch bei solchen Bauvorhaben zu entwickeln, die nicht im Verantwortungsbereich der Landesverwaltung stehen. Wir wollen in dieser Frage unsere guten Erfahrungen der begleitenden Kontrolle bei großen Hochbauvorhaben – Beispiel Therme Loipersdorf und die Landeskrankenhäuser Bruck und Feldbach – auch bei anderen Sondergesellschaften einbringen. Zweitens werde ich eine Initiative auf Landesebene ergreifen, bei der – nach amerikanischem Beispiel – alle jene Firmen, die in eine Malversation verwickelt sind, von jeder Ausschreibung und Auftragserteilung des Landes ausgeschlossen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Drittens trete ich im Interesse einer größtmöglichen Transparenz auch für eine Änderung des Bundesrechnungshof-Gesetzes dahin gehend ein, daß alle Berichte – auch die sogenannten Rohberichte – den entsprechenden gesetzgebenden Körperschaften vollständig zugänglich gemacht werden. (Beifall bei der ÖVP.) Wir werden auch im Steiermärkischen Landtag unmittelbar nach seiner Neukonstituierung eine analoge Novellierung des Landesrechnungshof-Gesetzes beantragen.

Abschließend und zusammenfassend stelle ich daher folgendes fest: Ich werde alles in meinen Möglichkeiten Stehende tun, um den von mir vertretenen Prinzipien auch in diesem Fall zum Durchbruch zu verhelfen. Als Landeshauptmann stehe ich daher auch in der Frage der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft selbstverständlich an der Spitze jener, die für Ordnung, für Sauberkeit und Anständigkeit eintreten. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich werde mich auch in den wenigen Tagen bis zum 22. September dieses Jahres durch keine Attacke, so ungerechtfertigt oder absurd sie auch sein mag, von meinem Stil abbringen lassen. (Beifall bei der ÖVP.)

Nämlich: Wahlwerbung mit Fairness und positiven Argumenten, statt Wahlkampf mit dem Schmutzkübel. (Beifall bei der ÖVP.) Wettstreit der Ideen, der Leistungen, Vorschläge und Persönlichkeiten für unser Land. Und ich schließe mit einem Bekenntnis: Ich werde mich in meiner Arbeit für dieses Land von unqualifizierten Angriffen auch nicht beirren lassen, sondern weiter mit ganzer Kraft ein Landeshauptmann für alle Steirerinnen und Steirer sein! (Starker, langanhaltender Beifall bei der ÖVP. – 11.28 Uhr.)

Präsident: Nun erteile ich der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort zur Begründung der dringlichen Anfrage.

Abg. Kammlander (11.28 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich schließe mich der Meinung des Herrn Landeshauptmannes an: Wahlwerbung mit positiven Argumenten statt mit Schmutzkübeln. (Abg. Dr. Maitz: „Ha, ha, ha!“) Die Schmutzkübel wurden nicht von uns begonnen, sie wurden durch Verwirrspiele auf Regierungsebene eingeleitet. Ich beginne die Begründung meiner dringlichen Anfrage, die ich dann anschließend verlese, mit der Aufzählung der Unterlassungen im Zusammenhang mit dem Pyhrnautobahnbericht und fordere Herrn Dr. Cortolezis auf, sich als Anwalt diese

Fakten zu notieren und weitere Anzeigen bei der Staatsanwaltschaft vorzubereiten. Meine Klage wegen Verleumdung wird Ihnen in diesen Tagen ja zugestellt werden.

Erste Unterlassung: Seit Mai 1989, also vor zweieinviertel Jahren, wurde die Endfassung des Pyhrnrechnungshofberichtes der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis gebracht. Drückt sich die Steiermärkische Landesregierung im Zusammenspiel mit dem Landtagspräsidenten um die Vorlage in den Landtag? (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Das soll der Wabl im Nationalrat vorlesen!“)

Zweite Unterlassung: Der Bericht betrifft die Querschnittsprüfung des Jahres 1986, ist demnach schon fünf Jahre alt und wird durch die unterlassene Vorlage zwar immer unaktueller, zeigt aber bereits erste Anzeichen, daß sich die im Aufsichtsrat vertretenen Personen mit dem Prüfergebnis wenig bis gar nicht beschäftigt haben. So weist der Rechnungshofbericht 1988 darauf hin, daß trotz zahlreicher Stichproben der Rechnungshof in den Aufsichtsratsprotokollen keinen Hinweis finden konnte, daß sich der Vorstand oder die Kontrollorgane mit der Frage „Angemessenheit der Verwaltungskosten“ beschäftigt hätten. Weiter unten steht dann: Es wäre verpflichtend notwendig gewesen. Wie der Bundesrechnungshof in seiner Vorlage anmerkt, hat es der Aufsichtsrat unterlassen, eine Stellungnahme zu diesem Bericht abzugeben. Also zwischen September 1988 und Mai 1989.

Die dritte Unterlassung: Nach Bekanntwerden der Kostenexplosion am Schoberpaß wurde der Landesrechnungshof nicht sofort eingeschaltet beziehungsweise es wurde auch keine personelle Konsequenz innerhalb des Aufsichtsrates gezogen. Im Gegenteil, es wurde Hofrat Theußl bestellt, obwohl er eigentlich die Fehler und Versäumnisse der Vergangenheit kennen mußte.

Die vierte Unterlassung: Die Forderung von einem Drittel der Mitglieder des Kontroll-Ausschusses, also der Grün-Alternativen, SPÖ und FPÖ, nach einer Sitzung des Kontroll-Ausschusses wurde vom Präsidenten als verfassungswidrig bezeichnet, obwohl es zweifelsfrei feststand, daß der Pyhrnskandal durch fehlende politische Kontrolle weiter eskalieren könnte. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Aber auf Nationalratsebene!“) Daß die Ausschüsse nicht dezidiert für permanent erklärt wurden, ist eine Unterlassung des Landtagspräsidenten, weil er zwar den Landtag im Amt beließ, aber für mögliche Ausschüsse nicht vorgesehen hat. (Abg. Dr. Maitz: „Sie kennt sich nicht aus!“) Oder wußten die Kontroll-Ausschußmitglieder, als sie über den Text damals abstimmten am 11. Juni, was sie beschlossen haben, daß die Ausschüsse gar nicht mehr tagen konnten? Das wußten sie sicher nicht! Oder wußten die Damen und Herren, welche Verhandlungsposition unser Landtagspräsident im Zusammenhang mit Bundesrechnungshofberichten für den Landtag und für die Novellierung vertreten hat? Ist Ihnen bekannt, daß seit 1. Jänner 1990 eine Verschlechterung eingetreten ist, daß der Landtag nur mehr 10 Prozent des Textes zu lesen bekommt, während vor der neuen Gesetzeslage uns noch 100 Prozent zugegangen sind? Es geht immer um die Textierung, 10 Prozent hat das Parlament, 100 Prozent der Landtag. Das wurde unterlassen.

Fünfte Unterlassung: Obwohl es im Ermessen des Präsidenten liegt, ob die Präsidialsitzung erweitert wird, würde mir als Vorsitzende des Kontroll-Ausschusses die Teilnahme untersagt. (Abg. Dr. Maitz: „Gott sei Dank!“) Die Kontroll-Ausschußsitzung wurde nach einem Gespräch mit dem Präsidenten zur Informationssitzung degradiert. Es ist dem ÖVP-Abgeordneten Dr. Korber gelungen, daß es überhaupt unmöglich geworden ist. Der plumpe Probelauf des ÖVP-Attrappen Herrn Korber (Heiterkeit bei der ÖVP. – Abg. Dr. Maitz: „Fünf Jahre habt Ihr gestritten!“) ist schließlich und endlich zum Bauchfleck des Herrn Korber geworden. (Abg. Dr. Lopatka: „Ihre Streitereien mit dem Korber interessieren uns nicht!“)

Sechste Unterlassung: Ich bin unter Zeitdruck, ich muß mich beeilen. Warum der ÖVP-Klubobmann in der Öffentlichkeit davon spricht, daß kein Schilling aus der Steiermark für die Pyhrnautobahn ausgegeben wurde, ist mir unverständlich. Der Herr Landeshauptmann hat es zwar zitiert, für die generelle Pyhrnautobahn ist sehr wohl sehr viel Geld aus dem Landesbudget zur Verfügung gestellt worden. Es sind 229 Millionen Schilling in der Pyhrnautobahn Landesanteil, und wir müssen jährlich 30,5 Millionen Schilling Anteil leisten. Also wenn Sie es genau sagen, nur für den Schoberpaß haben wir noch nicht gezahlt. Wir werden aber in Zukunft zahlen müssen.

Die Zahl der Unterlassungen, die in diesem Land im Bereich des öffentlichen Verkehrswesens zu verzeichnen sind, könnte auch beliebig erweitert werden. (Abg. Trampusch: „Das würde zu lange dauern!“) Immerhin ist die ÖVP dafür verantwortlich, daß in den Straßenbau sehr viel investiert wurde (Abg. Kanduth: „Jeder Schilling, den das kostet, ist ein Toter weniger!“), aber für den öffentlichen Verkehr wurde der Anspruch der Verkehrsmilliarde vergessen. Der Herr Landeshauptmann hat sich nicht geschämt, am Schoberpaß Zwangsentignungen vorzunehmen, im Ennstal das Naturschutzrecht durch ein weiteres Regierungsmittglied zu beugen. Der Landeshauptmann hat es monatelang unterlassen, im Kontroll-Ausschuß zu erscheinen, nur über die Kritik eines Rechnungshofberichtes des Landesrechnungshofes über eine Landesstraße zu diskutieren. Nach fünfmaliger Einladung fand er es erst der Mühe wert zu kommen. Daß das überprüfte Baulos Rechenfehler in der Größenordnung von 900 Schilling bei einer Gesamtsumme von 1,3 Millionen Schilling aufgewiesen hat (Abg. Dr. Maitz: „Alles Blödsinn!“), ist nur ein Detail. Der veranschlagte Betrag für Unvorhergesehenes mit 17 Prozent wurde als überdurchschnittlich hoch bezeichnet. Daß die Behebung von Mängeln entgegen den Tatsachen auch bestätigt wurde, daß Massenermittlungen weggeworfen wurden und daß Unterlagen verschwunden sind, wundert auch niemanden mehr. Es zeigt auf oberflächliche Behandlung hin. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Gundi, du warst schon viel besser!“ – Abg. Schützenhöfer: „Das, was Sie jetzt vorlesen, kann nur der Hagenauer um 4 Uhr früh vom Flecker abgeschrieben haben!“) Herr Kollege, täuschen Sie sich nicht in meiner Kompetenz!

Eine Reihe von Unterlassungen, eine Behinderung der Kontrolle, das sind meine zentralen Vorwürfe. Diese schöne grüne Mark verkommt immer mehr zu

einer ÖVP-Festung, und unangenehme Fragesteller werden hinterrücks gemeuchelt.

In diesem Land wird nur mehr Überläufern Schutz und Unterstützung geboten. Ich frage mich: lebe ich im Florenz Machiavellis oder lebe ich im Fort Knox? Anscheinend führt Hollywood schon länger Regie in diesem Land.

Herr Landeshauptmann, Sie sind schlecht beraten gewesen. Das möchte ich hier feststellen. Es fehlt an klugen Männern im Moment in diesem Land. Es gibt zu viele Hofkläffer, und es gibt Schmeichler. Ich frage mich, Herr Landeshauptmann, wie können Sie mit Vertrauen in bewegten Zeiten werben, wenn Sie uns die Möglichkeit zu kritisieren überhaupt nicht einräumen! (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Sogar den Landtag haben wir einberufen!“) Wenn Sie diesen Sonderlandtag nicht einberufen hätten, hätten wir uns irgendwo mit Ihnen unterhalten können. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie haben ja nie etwas anderes gemacht, als kritisiert! Sie haben fünf Jahre lang kritisiert!“) Herr Landeshauptmann, ich habe am 1. September den Sonderlandtag verlangt. Es ist Ihre Gnade, daß es ihn heute gibt. Aber verlangt haben wir ihn. Ich habe gesagt Gnade. In diesem Land ist immer mehr Gnade auf der Tagesordnung. (Abg. Dr. Lopatka: „Gnade hat der Rader gehabt!“) Herr Kollege, ich komme jetzt zur Verlesung der einzelnen Fragen, die ich auch noch ergänzen möchte, zu jenen, die ich auch schon schriftlich vorgelegt habe.

Erste Frage: Herr Landeshauptmann, was haben Sie sofort nach Unterzeichnung der Stellungnahme vom 27. September 1989, betreffend die Pyhrn Autobahn AG. unternommen beziehungsweise seit wann sind Sie mit dem Inhalt des Berichtes vertraut gewesen? Ich kann das belegen. Ihre Unterschrift ist hier von der Stellungnahme. Ich hätte gerne gewußt, haben Sie es vorher gelesen oder nachher gelesen? Wann haben Sie den Ergebnisbericht gelesen? Wie viele Beamte der Fachabteilungen II a, b, c und d, jeweils II, waren für Planungen, Ausschreibungen, Vergabe und Bauaufsicht weisungsgebunden dem Vorstandsdirektor Talirz unterstellt – mir geht es auch darum, das zu klären –, ich bin nicht einseitig, möchte ich hier betonen, und welche Verhaltensmöglichkeiten stehen Landesbeamten überhaupt offen, sollten sie Kenntnis über Verfehlungen innerhalb der PAG bekommen, beziehungsweise welche Maßnahmen sind in diesem Fall für diese Landesbeamten verpflichtend vorgeschrieben? Ich kann mir vorstellen, daß da die Beamten sich sehr schwer tun, und ich möchte das aufgeklärt wissen.

Wie begründen Sie die Bestellung, dritte Frage, des langjährigen Aufsichtsratsmitgliedes Hofrat Theußl zum Vorstandsdirektor auf Zeit, nachdem der Vorstandsdirektor Heinz Talirz inhaftiert wurde, und stand für diese Funktion kein unabhängiger und in die Geschäfte der Pyhrn Autobahn AG. nicht involvierter Fachmann zur Verfügung?

Nächste Frage: Würde die als Entlastungsoffensive gedachte Anzeige des ÖVP-LandesparteiSekretärs – bitte hören Sie mir zu, Herr Kollege, und tun Sie nicht immer mit dem neben Ihnen Gespräche führen –, des Herrn Landtagsabgeordneten Dr. Cortolezis, gegen die Vorsitzende des Kontroll-Ausschusses und Herrn Abgeordneten Andreas Wabl von Ihnen in Auftrag gegeben, obwohl Sie wußten, daß der Pyhrnauto-

bahn Bundesrechnungshofbericht bereits seit 29. Mai 1989 dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung zur Kenntnis gebracht wurde? Zusatzfrage zu diesem Punkt: Wenn nein, Herr Landeshauptmann, wenn Sie das nicht beauftragt haben, befürworten Sie diesen von Ihrem Parteisekretär inszenierten Verleumdungsversuch beziehungsweise welche Konsequenzen werden Sie aus dieser empörenden strafbaren Handlung als Spitzenkandidat der ÖVP innerparteilich in die Wege leiten?

Nächste Frage: Wie erklären Sie die wörtliche Formulierung Hofrat Theußls im Zusammenhang mit den Vorwürfen zu unlauteren Auftragsvergaben in Milliardenhöhe im Gegensatz zur Aussage des designierten Straßenbaukoordinators Hofrat Gobiet, er wisse längst von den Kostenüberschreitungen und könne sich nicht erklären, wieso Pyhrnchef Christian Theußl dennoch von einer Kostenexplosion spreche, und was haben Ihnen, Herr Landeshauptmann, die Beamten Hofrat Theußl und Hofrat Gobiet berichtet?

Weiters hätte ich gerne noch Aufklärung über folgende Punkte: Ist der als größter Tiefbauskandal der Zweiten Republik von Alfred Worm bezeichnete Straßenbauskandal in der Steiermark Anlaß genug, um personelle Konsequenzen zu ziehen, einen Unterausschuß einzurichten oder den Kontroll-Ausschuß tagen zu lassen, wie Sie das in Ihrer Aussendung angekündigt haben?

Nächste Frage: Wie erklären Sie Ihre Säumigkeit bei der Beantwortung der schriftlichen Anfrage, meiner Anfrage, an Sie, Herr Landeshauptmann, die am 11. Juni hier in diesem Haus gestellt worden ist, abgegeben wurde und Ihnen in ihrem Büro zugestellt worden ist, nachweislich? Warum ist die Vorlage, habe ich damals gefragt, unterblieben, und sind Sie bereit, den Bericht der Öffentlichkeit vorzustellen? Wenn Sie jetzt behaupten, daß Sie nicht zuständig sind, dann hätten Sie diese Anfrage zumindest an das zuständige Regierungsmitglied, Herrn Landesrat Dr. Klausner, weiterleiten können. Ich habe am 6. August nachgefragt, ich habe am 19. August nachgefragt. Es konnte mir niemand Antwort geben! Sie können nicht behaupten, daß hier drei Wochen vor der Wahl etwas skandalisiert wird, was ich bereits am 11. Juni hinterfragt habe.

Nächste Frage: Sie haben sich auch bezogen auf einen Artikel im „Profil“ vom 1. August, und ich kenne ihn auch seit kurzem; ist Ihnen bekannt, daß der Vollausbau der Umfahrung Trieben entgegen der vom Bautenministerium angeordneten Sparversion um 300 Millionen Schilling teurer wurde und vom Bundesrechnungshof als ungerechtfertigte Großzügigkeit bezeichnet wurde? Und durch die verspätete Vorlage von Bauzeit und Kostenplänen und unwirtschaftliche Vorziehung von Baumaßnahmen konnten damals vom Aufsichtsrat grundsätzliche Festlegungen nicht mehr revidiert werden. Der Bundesrechnungshof forderte damals den Aufsichtsrat auf, keine falsche Großzügigkeit walten zu lassen. Wurden Sie damals auch davon informiert über diese Rechnungshofkritik, die Sie heute auch aus dem „Profil“ zitieren? Ich frage nur, wo diese Kritik hingekommen ist. In den neuen Bericht ist sie nicht aufgenommen, folglich hat der Herr Broesigke, und da ist wieder der Herr Kollege Rader jetzt am Zuge, einiges aus diesem Bericht zensuriert, weil in diesen 14 Seiten ist es nicht enthalten. (Abg.

Dr. Lopatka: „Auch dafür ist der Herr Landeshauptmann zuständig!“ Ich habe ja nicht gesagt, daß ich nur den Landeshauptmann in der Schußlinie habe, Herr Kollege. So einseitig bin ich nicht. Wenn Sie sich allein verantwortlich fühlen, ist es mir recht.

Letzte Frage: Welche verkehrspolitische Position, Herr Landeshauptmann, nehmen Sie zu den neuen Vorstellungen des Herrn Bundesministers Schüssel ein, wenn es darum geht, die Straßenbausondergesellschaften überhaupt aufzulösen, weil diese Forderung steht nämlich schon im Koalitionsakt drinnen, und welchen Verhandlungsauftrag haben Sie Ihren Vertretern aus der Steiermark anläßlich einer Sitzung in Wien gegeben, wo es darum ging, entweder aufzulösen, eine Holdinglösung oder so wie gehabt weiterzumachen? Das sind zusätzliche Fragen, die ich leider in der gemeinsamen Anfrage mit der SPÖ nicht unterbringen konnte, und deswegen habe ich sie hier vom Rednerpult aus gestellt. (Abg. Schützenhöfer: „Frau Kollegin, nach Ihrer Rede habe ich den Eindruck, Sie sind die Erste auf der Reststimmenliste der SPÖ!“) Ich werde mich noch ein zweites Mal zu Wort melden und mich inhaltlich noch einmal äußern. Ich werde dazu einen Beschlußantrag vorbringen, wo es darum geht, die Versagung des Vertrauens zu beantragen. Tut's nicht immer so Stakkato schreien, Herr Kollege, meine Stimme ist auch nicht die beste. Ich möchte jetzt den Herrn Präsidenten bitten, die Wechselrede zu meiner dringlichen Anfrage zu eröffnen. Ich danke. (Abg. Kollmann: „Ich hätte gerne die Namen aller Abgeordneten gewußt, die diese dringliche Anfrage unterschrieben haben; bitte vorlesen!“) Herr Kollege, haben Sie nicht zugehört oder schlafen Sie immer da hinten? (11.39 Uhr.)

Präsident: Frau Abgeordnete Kammlander, nachdem Sie mich zweimal apostrophiert haben, darf ich Ihnen folgendes als der gegenwärtige Präsident antworten: Sie haben fünf Jahre Gelegenheit gehabt, die Landesverfassung und die Geschäftsordnung des Landtages zu studieren und zu lernen. Sie haben davon nicht Gebrauch gemacht, sondern Sie haben den Kontroll-Ausschuß verfassungswidrig und geschäftswidrig und damit illegal einberufen. Ich bedaure das außerordentlich. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich erteile nun dem Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

Landeshauptmann Dr. Krainer (11.40 Uhr): Die dringliche Anfrage der Frau Abgeordneten Kammlander, wie sie sie nach ihrem schriftlichen Text vorgetragen hat, beantworte ich wie folgt, ein weiterer Fall von Geschäftsordnungs-Kennntnis:

Zur ersten Frage Ihrer dringlichen Anfrage habe ich bereits in der Beantwortung der Anfrage der Abgeordneten Kanduth und Kollegen ausführlich Stellung genommen. Ich bin überzeugt davon, daß Landesrat Dr. Klausner als ressortzuständiges Regierungsmitglied zu Ihrer Frage nach Weisungen an die Landesvertreter der Pyhrn Autobahn AG. in seiner Beantwortung noch eingehen wird. Ich nehme das an.

Zur Frage zwei verweise ich ebenfalls auf meine Ausführungen in der Beantwortung der ersten dringlichen Anfrage und beziehe mich im Detail auf die

beiden einstimmigen Regierungssitzungsbeschlüsse aus den Jahren 1987 und 1989, die Ihnen von der Rechtsabteilung 1 sicherlich zur Verfügung gestellt werden, wenn Sie das wünschen.

Ihre dritte Unterfrage ist nach dem Aktienrecht an die für die Bestellung von Vorstandsposten zuständigen Aufsichtsräte zu richten. Wie Sie wissen oder wissen sollten, habe ich keinerlei rechtliche Möglichkeiten, auf Mitglieder des Aufsichtsrates Einfluß auszuüben. Ich habe das auch nie getan, selbstverständlich. Und da ich nicht das zuständige Regierungsmitglied war und bin, habe ich weder ein Weisungsrecht noch besteht eine Berichtspflicht an mich.

Die Frage vier beantworte ich mit einem klaren Nein. Der Abgeordnete Dr. Candidus Cortolezis hat mir nach erfolgter Anzeige mitgeteilt, daß er sich als Rechtsanwalt und Strafverteidiger verpflichtet gefühlt hat, bestimmte Zusammenhänge aufzuzeigen. So ist das bei uns, das ist der Unterschied. (Abg. Vollmann: „Nicht als Parteisekretär, Rechtsanwalt ist er auch?“) Achtgeben auf die Rohrkrepiierer, lieber Heinz Vollmann, weißt du, achtgeben auf die Rohrkrepiierer!

Zur Frage fünf: Auch in dieser Frage der Erklärungen der Herren Generaldirektor Theußl interimistisch und Hofrat Gobiet handelt es sich um deren persönliche Meinungsäußerung in einer fachspezifischen Diskussion. Dies ist auch Gegenstand der Überprüfung durch die beiden Rechnungshöfe. Ich unterstreiche mit Nachdruck, wie schon in meiner vorherigen Fragebeantwortung, mein selbstverständliches und höchstes Interesse einer rückhaltlosen Aufklärung durch die bereits eingeschalteten Rechnungshöfe.

Ich sage noch einmal zu dieser Frage, die Sie gestellt haben: Sollten Verfehlungen vorliegen, müßten wiederum selbstverständlich ohne Ansehen der Personen Konsequenzen gezogen werden, weil natürlich der sparsame Umgang mit den Steuergeldern in jedem Fall unser oberstes Gebot zu sein hat. (Beifall bei der ÖVP. – 11.45 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Freitag zur Begründung der dringlichen Anfrage der SPÖ-Abgeordneten an Landesrat Dr. Christoph Klausner das Wort.

Abg. Freitag: Herr Präsident, das muß ein Irrtum sein!

Abg. Vollmann: Herr Präsident, bitte! (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Der Herr Abgeordnete Vollmann ist am Wort!“) Danke, Herr Dr. Eichinger, das ist sehr lieb von dir! Wenn du mir das Wort erteilst, mache ich das immer gerne. Aber es ist das letzte Mal, es tut mir eh leid!

Präsident: Herr Abgeordneter Vollmann, der Erstunterzeichner ist der Herr Abgeordnete Freitag, deshalb wurde er aufgerufen, weil der Erstunterzeichner nach der Geschäftsordnung die Begründung der dringlichen Anfrage vornimmt. (Abg. Trampusch: „Wenn das das größte Problem ist, verliert gerne der Herr Abgeordnete Freitag die Dringliche!“)

Abg. Freitag (11.46 Uhr): Ich darf die dringliche Anfrage vorlesen:

Dringliche Anfrage der Abgeordneten Freitag, Genaro, Hammer, Heibl, Herrmann, Kanape, Kohlham-

mer, Meyer, Minder, Günther Ofner, Günther Prutsch, Rainer, Reicher, Schoiswohl, Schrittwieser, Sponer, Trampusch, Ussar, Vollmann und Zellnig an Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner, betreffend die Pyhrn Autobahn AG.:

Den Medien ist zu entnehmen, daß es in der Pyhrn Autobahn AG. im Zuge der Bauarbeiten bei den Baulosen Wald am Schoberpaß zu erheblichen Kostenüberschreitungen gekommen sein soll.

Auf Grund der widersprüchlichen Informationen darüber sowie über einen nicht dem Steiermärkischen Landtag zugewandten Rechnungshofbericht richten wir an Sie, sehr geehrter Herr Landesrat, folgende dringliche Anfrage:

Erstens: Warum wurde der Rechnungshofbericht betreffend die Überprüfung der Pyhrn Autobahn AG., die im Jahre 1988 durchgeführt wurde, nicht an den Steiermärkischen Landtag übermittelt? Zweitens: Sind Sie bereit, die Unterlagen über die Prüfung der Pyhrn Autobahn AG. im Jahre 1988 dem Landtag zu übermitteln? Drittens: Welche Informationen haben Sie über die besagten Vorgänge erhalten, insbesondere wann haben Sie von den angeblichen Kostenüberschreitungen erfahren? Viertens: Welche Maßnahmen wurden von Ihnen in dieser Angelegenheit getroffen? (11.48 Uhr.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Dr. Christoph Klausner das Wort zur Beantwortung der dringlichen Anfrage.

Landesrat Dr. Klausner (11.49 Uhr): Hohes Haus, sehr geehrter Herr Abgeordneter!

Ich möchte zunächst noch eine ergänzende Information zur Konstruktion der Pyhrn Autobahn AG. vorausschicken: Der Aufsichtsrat setzt sich aus elf Kapitalvertretern zusammen. Davon entsendet das Land Steiermark vier Mitglieder. Es sind dies die Herren Hofräte Dr. Karl Maitz als Vorsitzenderstellvertreter, Hofrat Dipl.-Ing. Christian Theußl und Hofrat Dr. Horst Nigitz sowie der frühere Landtagsabgeordnete Josef Loidl. Seit seiner Bestellung zum interimistischen Vorstandsdirektor am 21. Mai 1991 ruht das Aufsichtsratsmandat von Hofrat Theußl.

Ich komme nun zum ersten Stein des öffentlichen Anstoßes, dem angeblich widerrechtlich dem Landtag vorenthaltenen Bericht des Rechnungshofes über eine Querschnittsprüfung der Straßensondergesellschaften, in dem auch eine Prüfung der Pyhrn Autobahn AG. im Jahre 1988 enthalten ist:

Der Bundesrechnungshof hat diesen Bericht mit Schreiben vom 29. Mai 1989 dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung übermittelt. Darin war das Baulos Wald am Schoberpaß nicht erwähnt. Bei der Landesfinanzabteilung ist dieser Bericht übrigens am 9. Juni 1989 eingelangt. Auf dem Weg dorthin wurde der handschriftliche Zuteilungsvermerk „Landesbaudirektion“ auf dem Original ausgelackt.

Da die Veröffentlichung von Rechnungshofberichten gesetzlich geregelt ist, kann ich auf die Darlegung dieser rechtlichen Situation nicht verzichten: Die im Jahr 1989 noch gültige Fassung des Artikels 127 Absatz 5 B-VG 1929 räumte der Landesregierung nach der Vorlage eines Rechnungshofberichtes die Möglichkeit ein, zu diesem Bericht binnen drei Wochen eine Äußerung zu erstatten.

Weil das innerhalb dieser kurzen Frist nicht möglich erschien, insbesondere weil zum damaligen Zeitpunkt die Verwaltung der Landesanteile auch dieser Gesellschaft bereits der Steiermärkischen Landesholding oblag, ersuchte die Landesfinanzabteilung mit Schreiben vom 20. Juni 1989 den Rechnungshof um Fristerstreckung. Gleichzeitig wurde die Steiermärkische Landesholding um ihre Stellungnahme zum Bericht aufgefordert.

Nach erfolgter Stellungnahme der Steiermärkischen Landesholding legte die Rechtsabteilung 10 ihre Stellungnahme und den Rechnungshofbericht am 9. Oktober 1989 der Landesregierung vor. Deren Beschluß über diese Stellungnahme ermächtigte den Landeshauptmann zur Unterfertigung, wozu er Stellungnahme und Bericht am 12. Oktober 1989 erhielt. Die vom Landeshauptmann unterfertigte Stellungnahme wurde am 8. November 1989 an den Rechnungshof übersandt.

Kurioserweise bestätigte dieser mehr als eine Woche danach, am 16. November 1989, übrigens ausdrücklich den Eingang des Schreibens der Landesfinanzabteilung vom 20. Juni 1989, betreffend Fristverlängerung, und nahm dieses Ansuchen positiv zur Kenntnis.

Nun brachte die Novelle zum B-VG 1929, BGBl. Nr. 685/1988, die mit 1. Jänner 1990 in Kraft trat, auch eine Neufassung des Artikels 127 Absätze 5 bis 7. Am heutigen Tag mag das belanglos erscheinen, aber zum damaligen Zeitpunkt war damit ab 1. Jänner 1990 für die Zuleitung der RH-Berichte an den Steiermärkischen Landtag rechtsgültig nicht mehr die Landesregierung zuständig. Ab diesem Zeitpunkt war vielmehr der Rechnungshof verpflichtet, über seine in jeweils vorausgegangenem Jahr erfolgte Tätigkeit dem betreffenden Land bis spätestens 31. Dezember eines jeden Jahres zu berichten.

Das Problem, wer Rechnungshofberichte dem Steiermärkischen Landtag zuzuleiten hatte, die zwar im Jahr 1989 der Steiermärkischen Landesregierung übermittelt wurden, jedoch in diesem Jahr nicht mehr dem Steiermärkischen Landtag vorgelegt werden konnten, war schon damals erkannt worden. Damit hat sich auch der Verfassungs-, Unvereinbarkeits- und Immunitäts-Ausschuß am 21. November 1989 beschäftigt.

Um eine eindeutige Klärung herbeizuführen, fragte Landtagspräsident Wegart am 22. November 1989 beim Rechnungshof an, wie und vor allem von wem auf Grund der damals bevorstehenden Gesetzesänderung der Landtag über Prüfungen zu informieren sei. Dies betraf – mit Rücksicht auf die vom Rechnungshof genehmigte Fristverlängerung – auch den am 9. Juni 1989 eingelangten Bericht über die Querschnittsprüfung der Straßensondergesellschaften mit der PAG-Überprüfung. In seiner Antwort teilte Präsident Broesigke dem Landtagspräsidenten am 19. Dezember 1989 mit, daß die Novelle nach Ansicht des Bundesrechnungshofes, ich zitiere: „die Rechtslage so eindeutig regelt, so daß es keiner eigenen Übergangsbestimmung bedurfte. Danach ist der jährliche Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes an den Landtag erstmals spätestens bis zum 31. Dezember 1990 vorzulegen“. Und weiter führt der Herr Präsident aus, ich zitiere: „Offen bleibt nur die Frage der Behandlung der Gebärungsüberprüfungsberichte, die gemäß Artikel 127 Absatz 5 B-VG, alte Rechtslage, noch vor dem

1. Jänner 1990 der Landesregierung zur Vorlage an den Landtag mitgeteilt wurden, von dieser aber bis zum 31. Dezember 1989 nicht dem Landtag vorgelegt wurden. Diese wären in den Tätigkeitsbericht aufzunehmen, soweit nicht der Rechnungshof aus Gründen der Aktualität einen Wahrnehmungsbericht erstattet.“ Ende des Zitates. Letzteres ist in unserem Fall bekanntlich nicht geschehen. Das vorhin zitierte Schreiben von Präsident Broesigke wurde mir vom Landtagspräsidenten mit Schreiben vom 29. Dezember 1989 übermittelt. Der entgegen der Mitteilung des Rechnungshofpräsidenten ohne Aufnahme des Pyhrnberichts übermittelte Tätigkeitsbericht 1989 des Rechnungshofes wurde übrigens am 12. März 1991 vom Kontroll-Ausschuß zurückgestellt, aber am 14. Mai 1991 zur Kenntnis genommen. Einige Tage vorher war Vorstandsdirektor Talirz in Untersuchungshaft genommen worden. Wenn ich richtig informiert wurde, ist der Pyhrnautobahnbericht aus dem Jahr 1988 nun doch im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes an den Nationalrat über das Jahr 1990 enthalten. Wir haben ihn zwar noch nicht erhalten, ich werde aber der Landesregierung antragstellend vorschlagen, die vorhandenen Unterlagen über die Rechnungshofprüfung der Pyhrn Autobahn AG. im Jahr 1988 dem Landtag dennoch vorzulegen. Warum dieses Prüfungsergebnis vom Rechnungshof nicht schon in den Tätigkeitsbericht über das Jahr 1989 an den Nationalrat sowie an den Landtag aufgenommen wurde, ist mir allerdings ebenso unverständlich wie einige über die Medien verbreitete Äußerungen von Rechnungshofbeamten und auch des Herrn Präsidenten in den vergangenen Wochen. Ich sagte jedoch bereits, daß in diesem Bericht aus dem Jahr 1988 keinerlei Hinweise auf das Baulos Wald am Schoberpaß enthalten sind. Auch als Hofrat Theußl nach Beginn der Untersuchungshaft von Vorstandsdirektor Talirz am 21. Mai 1991 vom Aufsichtsrat zum interimistischen Vorstandsdirektor bestellt wurde, sagte der Aufsichtsratsvorsitzende, Sektionschef Freudenreich, in einem Rundfunkinterview: „Nach dem derzeitigen Wissensstand ist bei der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft alles in Ordnung“ und kündigte eine in absehbarer Zeit beginnende Rechnungshofüberprüfung an. Von angeblichen finanziellen Schwierigkeiten habe ich erstmals am 3. Juli 1991 auf Grund eines Berichtes über die ordentliche Hauptversammlung und eine Aufsichtsratssitzung vom 26. Juni 1991 Kenntnis erhalten.

In dieser Hauptversammlung wurde die Entlastung des Vorstandes von der Tagesordnung abgesetzt und die Entlastung des Aufsichtsrates bei Stimmenthaltung des Vertreters des Landes Steiermark erteilt. Im Zusammenhang mit Kostenüberschreitungen wurde berichtet, daß diesen sofort nachgegangen werde. Ich selbst habe dazu erstens ein Aufsichtsratsmitglied um ausführliche Berichterstattung ersucht, zweitens auf Grund der vorhin angeführten Mitteilung des Aufsichtsratsvorsitzenden über eine bevorstehende Rechnungshofüberprüfung den Herrn Rechnungshofpräsidenten Broesigke ersucht, bereits vorliegende Prüfungsergebnisse in dieser Sache mit einem aktuellen Wahrnehmungsbericht bekanntzugeben, drittens außerdem die Steiermärkische Landesholding beauftragt, alle ihr zugänglichen Fakten in diesem Zusammenhang der Landesfinanzabteilung zur Kenntnis zu bringen. Die mir heute auf drei Seiten zugegangene

Antwort enthält nichts Neues. Viertens: Zur Vorbeugung gegen weitere derartige Fälle habe ich bereits dem Mit- und Mehrheitseigentümer, der Republik Österreich, vorgeschlagen, so rasch als möglich, längstens jedoch bis zum 31. Dezember 1991, einen zweigliedrigen Vorstand mit kollektiver Zeichnungsberechtigung einzusetzen. Die Landesfinanzabteilung war schon lange der Ansicht, daß gerade bei der enormen Höhe der in dieser Gesellschaft eingesetzten Beträge ein Alleinvorstand nicht ausreicht. Die Landesholding habe ich beauftragt, derartige Schritte einzuleiten.

Eine Aufforderung, den Landesrechnungshof mit einer Prüfung zu beauftragen, ist mir bis heute nicht zugegangen. Auch der von Herrn Landeshauptmann zitierte Auftrag vom 31. August ist mir nicht zugegangen.

Im übrigen hat bekanntlich die Landesregierung in ihrer Sondersitzung am vergangenen Donnerstag die Einschaltung des Landesrechnungshofes beschlossen. In der meiner Fraktion vorgelegten ersten Fassung des Regierungssitzungsstückes der Präsidialabteilung lautete Punkt I: „Zu prüfen sind: Die im Amt der Steiermärkischen Landesregierung für die Beteiligungsverwaltung zuständige Rechtsabteilung, der für die Beteiligungsverwaltung zuständige Landesrat und die Steiermärkische Landesholding Ges. m. b. H. betreffend Pyhrn-AG.“ Ich persönlich war der Meinung, daß dies auch der Beschlußfassung entspräche. Nachträglich habe ich die Kopie eines Sitzungsantrages mit Beschlußvermerk erhalten, in dem – ohne nähere Begründung – nur von einer „Gebarungskontrolle der Pyhrn Autobahn AG.“ die Rede ist. Meine Fraktion hat jedoch zum ÖVP-Antrag eine Ergänzung des Prüfungsauftrages mit folgendem Wortlaut beantragt: „Zu prüfen sind: Die im Amt der Steiermärkischen Landesregierung zuständige Landesbaudirektion, die Fachabteilungen II a, II b und II c, die für die Beteiligungsverwaltung zuständige Rechtsabteilung, der für die Landesbaudirektion zuständige Landeshauptmann, der für die Beteiligungsverwaltung zuständige Landesrat und die Steiermärkische Landesholding Ges. m. b. H. betreffend die Pyhrn-AG. sowie die Pyhrn Autobahn AG. selbst.“ Das wurde bekanntlich von der Regierungsmehrheit abgelehnt, weil sie darin unverständlichlicherweise eine Einschränkung des Prüfungsauftrages erblickte. Die von mir getroffenen Maßnahmen mußten auf der Annahme von plötzlich aufgetauchten, womöglich durch persönliche Verfehlungen entstandene Mehrkosten. Andere Informationen sind mir nicht zugegangen. Vor einer Woche wurde ich jedoch von einem Artikel in der Tageszeitung „Der Standard“ überrascht, dessen Bericht vom 3. September die Hiobsbotschaft von 900 Millionen Mehrkosten beim Baulos Wald am Schöberpaß in einem mir jedenfalls neuen Licht erscheinen ließ. Dort war zu lesen, daß in der Landesbaudirektion die Kostenüberschreitungen von 2,7 Milliarden auf 3,6 Milliarden längst bekannt seien. Von Hofrat Dr. Gobiet aus der für den Straßenneubau zuständigen Fachabteilung II c wurden folgende Äußerungen wiedergegeben: Ich zitiere: „1988 seien als reine Baukosten 2,5 Milliarden Schilling berechnet worden. Samt Zusatzkosten für Begründungen, Straßentafeln und so weiter sei man auf 3 Milliarden Schilling gekommen. Hinzu kämen 200 Millionen Schilling für Projektierung und Bauauf-

sicht, 120 Millionen Schilling an Preisgleitungen und Lohnerhöhungen sowie 200 Millionen Schilling für die Straßenmeisterei Kalwang. Daß Pyhrn-Chef Christian Theußl dennoch von einer Kostenexplosion spricht, kann sich Gobiet nicht erklären.“ Soweit der Bericht des „Standard“ vom 3. September 1991.

Sehr geehrter Herr Abgeordneter, Ihre vier Fragen kann ich daher zusammenfassend so beantworten:

Erstens: Der Bericht über die Prüfung der Pyhrn Autobahn AG. im Jahre 1988 wurde auf Grund des Schreibens des Rechnungshofpräsidenten vom 19. Dezember 1989 nicht mehr an den Landtag übermittelt.

Zweitens: Ich werde der Landesregierung vorschlagen, die vorhandenen Unterlagen dennoch dem Landtag zuzuleiten.

Drittens: Von angeblichen Kostenüberschreitungen habe ich erstmals am 3. Juli 1991 erfahren.

Viertens: Ich habe insbesondere den Herrn Rechnungshofpräsidenten um die Übermittlung eines Wahrnehmungsberichtes über die aktuellen Überprüfungen der Pyhrn Autobahn AG. ersucht. Soweit meine Beantwortung: (Beifall bei der SPÖ. – 12.02 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zu den drei dringlichen Anfragen und weise auf Paragraph 58 Absatz 5 der Geschäftsordnung hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (12.03 Uhr): Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren!

Um diese Irritation um die Frage, wer darf nur eine Anfrage begründen, abzukürzen, darf ich unser aller Kurzzeitgedächtnis darauf richten, daß es natürlich üblich ist in diesem Hause, daß ein anderer wie der Erstunterzeichner die Präsentation macht. Wenn wir uns wenige Wochen zurückerinnern an die erste Sondersitzung, die wir in diesem Hause hatten, diskutierten wir eine dringliche Anfrage, deren Erstunterzeichner der Kollege Dr. Maitz war, und der Herr Präsident hat sie vorgetragen. So unüblich ist das daher nicht, meine verehrten Damen und Herren! (Präsident: „Es ist nicht meine Art, einen Zwischenruf zu machen, aber das ist nach Einigung in der Präsidialkonferenz erfolgt!“ – Abg. Trampusch: „Herr Präsident, ich muß mich zur Geschäftsordnung melden: Diese Frage wurde in der Präsidialkonferenz überhaupt nicht gestellt, deshalb wurde das auch nicht vereinbart.“ – Präsident: „Ich zweifle an Ihrem Erinnerungsvermögen!“ – Am Wort ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader!“) Deshalb, Herr Präsident, kann ich Ihnen auch vier weitere dringliche Anfragen anführen, wo der Erstunterzeichner der Kollege Bacher war und andere Begründungen vorgenommen haben, so unter anderem die Abgeordnete Pußwald, der Herr Abg. Maitz und verschiedene andere. Es ist wirklich nicht unüblich. Aber kehren wir zurück zur Pyhrn. Ich habe den Anfragebeantwortungen des sozialistischen Regierungsmitgliedes Dr. Klausner und des ÖVP-Parteiobermannes Dr. Krainer sehr aufmerksam zugehört, und währenddessen ist mir jene Geschichte eingefallen, wie ein kleiner Untertan zu einem großen Häuptling

gekommen ist, um sich von ihm für Arbeiten, die er am Feld machen möchte, einen Esel auszuleihen. Er hat gesagt, lieber großer Häuptling, ich weiß, daß du einen Esel hast, ich brauche ihn ganz dringend, könntest du mir den Esel leihen? Der große Häuptling hat gesagt: „Selbstverständlich kann ich das. Ich bin nämlich da für alle meine Untertanen, und jeder darf zu mir kommen, und jeder wird von mir selbstverständlich alles bekommen, was ich für ihn tun kann. Natürlich kannst auch du selbstverständlich meinen Esel ausleihen. Es gibt nur ein Problem: Der Esel ist nicht da. Daher kann ich dir diesen Esel leider nicht geben.“ Da sagt der Untertane: (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sagen Sie mir, wozu man bei der Pyhrn-AG. einen Esel braucht!“) Wieso melden sich so viele Esel im Moment? (Abg. Schützenhöfer: „Du, Rader, ich habe den Eindruck, diese Einleitung war dem Gugerbauer gewidmet!“) „Lieber großer Häuptling, ich bin so froh, daß ich vor dir alles haben kann. Wenn ich schon nicht den Esel bekommen habe, dann bin ich schon froh, daß du für uns alle da bist.“ (Abg. Dr. Cortolezis: „Das versteht ja niemand! Fang mit der Hauptsache an!“) In diesem Augenblick – jetzt kommt der Cortolezis dran –, wo der Untertane hinausgehen will, schreit plötzlich hinten der Esel. Der Untertane sagt: „Großer Häuptling, jetzt habe ich dir geglaubt, daß ich von dir alles haben kann, und du sagst mir gerade voll Überzeugung, daß der Esel nicht da ist, aber ich glaube, da hinten höre ich einen Esel schreien.“ Da wird der große Häuptling plötzlich zornig und sagt: „Das ist eine Ungeheuerlichkeit, das ist eine Kampagne, das ist eine Schweinerei, und du bist ein undankbares Geschöpf. Habe ich nicht alles für dich getan, bin ich nicht immer für dich dagewesen, und jetzt kommst du her und glaubst dem Geschrei des dummen Esels mehr als mir großem Häuptling.“ (Abg. Prof. Dr. Eichinger: Gugerbauer ist kein Esel!“) An diese Situation habe ich mich erinnert gefühlt, als ich die Antworten des Parteiobermannes der Österreichischen Volkspartei gehört habe. Aus der Pyhrn-AG. und aus ihrem Vorstandssitz schreit der Esel schon lange. Es kann nicht wegdiskutiert werden, daß er da ist. Was wir nicht wissen, und deshalb sind wir heute zusammengekommen, ist, ob dieser Esel ein Dukatenesel ist und wer die Dukaten aus diesem Esel eventuell genommen hat. Das müssen wir untersuchen. Wenn ich mir alle Berichte in diesem Zusammenhang anschau und sehe, was da alles vorgeworfen wird, dann möchte ich, Kollege Cortolezis, auf Ihr Niveau kommen und auf ein Märchen zurückkommen.

Natürlich ist es Zeit, daß es Schluß ist mit dem „Esel streck dich“, natürlich ist es Zeit, daß es Schluß ist mit dem „Tischlein deck dich“, auch das steht im Rechnungshofbericht drinnen, und wenn das so ist, dann ist es höchste Zeit für das „Knüppel aus dem Sack“! Dieser Landtag hat zu organisieren, daß alle offenen Fragen, die es in diesem Zusammenhang gibt, aufgeklärt werden. So zum Beispiel die Frage jener Anzeige, die schon seit Monaten vorliegt. (Abg. Dr. Lopatka: „Eine Anzeige gegen Kollegen Rader?“) Übrigens, der Herr Landeshauptmann und ÖVP-Parteiobermann hat hier gesagt, wie schnell er reagiert hat. In Wahrheit, Herr Parteiobermann, haben Sie eine Schrecksekunde von ganzen vier Wochen gehabt. Vor vier Wochen, nämlich am 6. August 1991, haben wir Sie aufgefor-

dert, alles das, was Sie in diesem Zusammenhang wissen, auf den Tisch des Hauses zu legen, und Sie haben in Wahrheit die Affäre Pyhrnautobahn zu diesem Skandal hochgeschwiegen. Sie haben vier Wochen lang überhaupt nicht reagiert. Sie haben eine große Mauer des Schweigens aufgebaut, daß jeder in der Steiermark, der nachdenkt, zur Vermutung kommen muß, zwangsläufig – da muß man kein Wahlkämpfer sein –, daß dahinter ein Riesenberg an Unregelmäßigkeiten versteckt sein muß, der geklärt sein muß. Also gehen wir zurück. (Abg. Purr: „Das ist unerhört, was du da verzapfst!“) Herr Präsident, wird mir die Zeit der Zwischenrufe in meine 20 Minuten eingerechnet? Sonst müssen wir die Zeit bei den Kollegen der ÖVP kürzen!

Also gehen wir zurück zu dem, was vorliegt. Schon seit Wochen liegt eine Anzeige vor, die Sie genau kennen, wie ich weiß, daß etwa im Zusammenhang mit einer neugegründeten Firma in Oberösterreich, und zwar in Berg in Oberösterreich, Aufträge vergeben wurden, für die jeder, der im Baugeschehen tätig ist, diesen Auftrag sofort ausscheiden würde. Da hat es ein Unterangebot von 25 Prozent gegeben, und das bei einem Auftrag, wo die Firma erst ein Jahr alt ist und kein Mensch gewußt hat, ob die das überhaupt noch zustande bringen können. Der Anzeiger – ich erspare Ihnen die Details, es ist schrecklich genug – sagt dann zum Schluß: Da ich davon ausgehe, daß Geschenke in Größenordnungen von rund 26 Millionen Schilling nicht ohne Gegenleistung erbracht werden, verlange ich die Überprüfung dieses Sachverhaltes. Sollte mein Schreiben ohne Reaktion bleiben – das wissen Sie genauso –, stehe ich nicht an, diese Betrügereien den Medien mitzuteilen und sogar die Staatsanwaltschaft einzuschalten.

Dann gibt es diesen Bericht, der das Licht dieses Hauses nicht entdeckt hat, wo uns der Herr Landesrat Dr. Klausner gerade erzählt hat, daß ein Schreiben des Herrn Rechnungshofpräsidenten vom 22. Dezember (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Vom 19.!“) da ist, wo er eigentlich nur mitgeteilt hat, daß zum 1. Jänner nur mehr ein paar Tage sind, daß er in der Zwischenzeit von Mai bis Dezember den Bericht abliegen hat lassen in holder Gemeinsamkeit mit dem Baureferenten, darüber redet er nicht. Aber da steht zum Beispiel drinnen, daß es schon damals Anzeichen für unkorrekte Abrechnungen gegeben hat. Es kann man natürlich sagen, das kommt bei der Landesregierung in der Steiermark bei allen Dingen immer wieder vor, und das haben wir auch dauernd im Kontroll-Ausschuß, das regt uns überhaupt nicht auf, Faktum ist, daß die ersten Anzeichen damals erkennbar waren. Dann tauchte diese Geschichte auf, daß plötzlich im Zusammenhang mit diesem Baulos es einen nicht unprominenten Architekten gegeben hat, der da eine Autobahnmeisterei gemacht hat. Dieser Mann hat gesagt, er wird da eine Autobahnmeisterei planen, die zwischen 50 und 70 Millionen kosten wird. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Hat er nicht gesagt!“) So gut, so schön. Dann hat er sie ausgeschrieben, und auf einmal hat dieses Ding 220 Millionen Schilling gekostet. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ist auch falsch!“) So, jetzt könnte ich mir sagen, wenn ich jetzt Bauherr bin, lieber Freund Architekt, das ist ein Nonsens, was du gemacht hast. Geh heim in die Wüste. Ich nehme mir einen anderen,

der mir wirklich eine Autobahnmeisterei um 70 Millionen Schilling plant, die bei der Ausschreibung dann auch tatsächlich 70 Millionen Schilling kostet. Nichts ist geschehen. Die 220-Millionen-Schilling-Autobahnmeisterei wird locker gebaut. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Da müssen Sie den Schmid fragen, der kennt sich aus!“) Na freilich, sonst wüßte man das ja nicht, weil er sich auskennt, es wäre daher gescheiter, wenn er sich nicht auskennen würde. Jeder andere hätte den in die Wüste geschickt und hätte sich einen anderen Architekten geholt. Aber bitte schön, ich sage deswegen (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Glauben Sie das, was Sie sagen, wirklich selbst?“), der Eichtinger, also die Mittelschulprofessoren und die Schulratspräsidenten kennen sich bei diesen Sachen sicher nicht aus, das wissen wir aber auf jeden Fall, ist er wahrscheinlich nicht nach Hause geschickt worden, weil er exzellente Verbindungen in die Führungsetage der Pyhrn-AG. gehabt hat.

Bitte jetzt ganz ehrlich, ich will ja dem Herrn Theußl nichts nahelegen, aber wenn ich Aufsichtsrat in der Pyhrn-AG. bin – (Abg. Purr: „Du kannst ihm nichts nahelegen, du kannst nur zu deiner eigenen Sache etwas sagen!“) ich kann ihm ja auch nichts nahelegen, weil er nicht da ist, Kollege Purr! Er hat sich ja verkrümelt bis 23. September, wie du weißt. Wie ich jetzt gehört habe, so weit hat er sich gar nicht verkrümelt. Er leitet nämlich die Pyhrn-AG. nach wie vor. Er läßt sich nur verleugnen, das ist die echte Tatsache. Zeigen Sie ihn doch wieder her in der Öffentlichkeit, Herr Parteiohmann der ÖVP. Wieso können wir ihn denn nicht fragen? Also, wenn ich Aufsichtsrat wäre in der Pyhrn-AG., würde ich meinem Schwiegersohn nahelegen, sich überhaupt nicht zu bewerben in diesem Bereich, weil das nur ein übles Klima bringen kann. Aber bitte, der Herr Aufsichtsrat hat damals etwas anderes getan. Ja, und dann dieses große Verwirrspiel, meine Damen und Herren, dieses große Verwirrspiel um diesen Rechnungshofbericht, und damit bin ich dann mit dem Herrn Landesrat Klausner, Verzeihung, dem Herrn Abgeordneten Klausner, schon fertig. Sehr geehrter Herr Abgeordneter Klausner, ich spreche dich bewußt jetzt als Abgeordneter an, jetzt, weil du ja heute auch wieder angelobt worden bist, du weißt ganz genau, daß zur damaligen Rechtslage bis Dezember, und zwar erst Mitte Dezember, das Rechnungshof-Gesetz geändert worden ist, die Regierung nichts anderes war als Briefträger. Und es geht keinen Briefträger etwas an, die Post zu lesen und dann zu entscheiden, ob er die Post zustellt oder ob er sie zu Hause läßt. Und jeder Briefträger, der das tut, wird fristlos entlassen, und so sollte man wahrscheinlich auch mit dieser Regierung umgehen. Allerdings hat sich der Herr Abgeordnete Klausner aus dieser ja schon abgesetzt, wie ich gehört habe.

Meine verehrten Damen und Herren, vielleicht zwischendurch eine Bemerkung zu diesen berühmten Preissteigerungen, wo der Herr Abgeordnete Klausner im Moment gerade erzählt hat, daß er davon auch nie etwas gewußt hat. Also das ist eine der Geschichten, die ja eigentlich niemand durchschaut hat in diesem Hause. Ich höre, daß eigentlich die Berechnungen, die die Landesregierung gemacht hat, und das ist ja nicht so, daß der Herr Landeshauptmann schon widerrufen hat, was er im Fernsehen gesagt hat, es haben nicht

zwei Beamte sich mit dem Straßenbau der Pyhrn beschäftigt, sondern mindestens 20, also ganze Abteilungen, und immerhin hat es einen Vertrag zwischen der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft gegeben oder gibt es einen aufrechten Vertrag, daß die Landesregierung quasi durchführt, das ist übrigens eine besondere Art von Privatisierung, daß nämlich ein angeblich privatisierter Betrieb die öffentliche Hand beauftragt, das durchzuführen, wofür privatisiert worden ist. Aber bitte schön, die Berechnungen der Landesregierung oder die Ämter der Landesregierung haben, so höre ich, nie auf 2,7 und auch nie auf 3,6 Milliarden gelaute, sondern immer auf 3,4 Milliarden, und nur zwischendurch hat man einmal die üblichen Schmähs geritten, die es halt so in dieser öffentlichen Hand gibt, daß man nämlich niedrigere Kosten einreicht, um die Genehmigung zu kriegen, und dann, wenn man mitten im Bau ist, zu sagen, Freunde, das können wir leider Gottes auch nicht mehr abblasen. Es ist uns ein Irrtum passiert. Wir haben da einen Tunnel vorgesehen, und da ist leider Gottes keine Technik vorgesehen, weil wir können die Autos ja nicht durch den finsternen Tunnel durchfahren lassen, also müssen wir doch ein Licht hineintun und alles mögliche. Und daraus entstand dann diese große Vergrößerung. Aber das muß man sich im Detail anschauen.

Vor allem muß man sich auch anschauen, warum jemand, der die Aufsichtsräte befiehlt, so tut, als ob er erst jetzt im August draufkommt, daß es andere Zahlen gegeben hätte, und ob der die Zahlen wirklich gekannt haben muß. Weil der Hofrat Gobiet hat ja nicht gesagt, daß er die niemandem erzählt hat, sondern die wird er natürlich dem Straßenbaureferenten erzählt haben, warum der in der Zwischenzeit diese Geschichte vom Skandal hochschweigt und darüber kein Wort verliert, wobei überhaupt, meine verehrten Damen und Herren, ich immer den Eindruck gehabt habe in den letzten Jahren, daß der Straßenbaureferent, der ÖVP-Landesparteiobmann, sehr kompetent in diesen Dingen ist und es überhaupt nichts gibt, was er nicht irgendwo im Griff hat. Und wir wissen ja auch aus den Bauämtern, übrigens auch aus den Ämtern, die dem Landesrat Klausner unterstehen, daß ja dort ein Beamter nicht einmal einen Abwind von sich geben darf, ohne beim Büro rückgefragt zu haben, ob er das darf. Und so hat doch tatsächlich in aller Kompetenz am 18. Oktober 1988 der ÖVP-Parteiohmann und Landeshauptmann eine Anfrage seines eigenen Abgeordneten Kollmann, seines eigenen Abgeordneten Kollmann, in der Fragestunde dieses Hauses sehr kompetent und umfassend beantwortet, die klarlegt, daß er natürlich die Dinge voll im Griff hat. Die Frage hat nämlich gelaute: „Können Sie mitteilen, ob der geplante Bau der Pyhrnautobahn auf steirischer Seite nunmehr endgültig sichergestellt ist?“ Und der Herr Parteiohmann antwortet dann folgendermaßen: „Die Anfrage des Herrn Abgeordneten Kollmann beantworte ich wie folgt:“ 18. Oktober 1988, nur damit wir es noch einmal wissen. „Es ist für die Steiermark außerordentlich erfreulich, daß unsere Bemühungen um einen durchgehenden Ausbau der A 9 Pyhrnautobahn mittlerweile erfolgreich waren. Ich möchte bei dieser Gelegenheit besonders darauf hinweisen, daß wir in den Finanzierungsverhandlungen mit der Bundesregierung von Wirtschaftsminister Robert Graf volle Unterstützung erhalten haben. Immerhin kostet der Ausbau über den

Schoberpaß rund 3 Milliarden Schilling", kostet der Ausbau über den Schoberpaß rund 3 Milliarden Schilling zu einem Zeitpunkt, wo es angeblich nur 2,7 Milliarden waren und keiner etwas gewußt hat, daß die Geschichte größer sein soll. Die Geschichte geht dann weiter. Der Herr Parteiboss der ÖVP sagt dann noch, daß hier die Budgetsituation des Bundes bekanntlich besonders angespannt ist und hier eine Sonderfinanzierung aufkommen muß. Und dann geht es da noch weiter, und dann sagt er, die Vergabe der bereits ausgeschriebenen Abschnitte Gaishorn-Wald und Mautern-Traboch an die bestbietenden Firmen, und, Eichinger, jetzt kommts, sagt der Landeshauptmann: „Und an dieser Stelle möchte ich die vorausschauenden Planungs- und Bauvorbereitungsarbeiten der Landesbaudirektion hervorheben“ – die angeblich in der Zwischenzeit nie stattgefunden haben, weil sie nie von etwas gewußt haben, Herr Parteiboss – wurde bereits vom Aufsichtsrat genehmigt. Meine verehrten Damen und Herren, Sie hätten es sich sparen können, in der Zwischenzeit so zu tun, als ob Sie absolut nichts gewußt hätten. Und ich möchte mich jetzt gar nicht mit den handelnden Personen beschäftigen.

Aber Tatsache ist, daß es denkunmöglich ist, daß jemand, der so sachverständig im Aufsichtsrat gesessen hat, all die Jahre, wie der Herr Hofrat Theußl, und damit im Aufsichtsrat versagt haben muß, wenn der Aufsichtsrat nicht funktioniert hat, und schlußendlich Chef dieser Gesellschaft wird. Das ist denkunmöglich. Er ist daher sofort zurückzuziehen. Anders kann es nicht sein. Und im übrigen, was all diese anderen Vorwürfe betrifft, meine Damen und Herren, kann es doch nur eine Vorgangsweise geben. Diese Sondersitzung heute, meine Damen und Herren, ist ja nur ein gigantischer Rauchvorhang vor den tatsächlichen Dingen. In dieser Sondersitzung können wir niemanden befragen, der es wirklich wissen muß, keinen der Sachbearbeiter, weder den Hofrat Theußl, weder sonst irgendwelche Sachbearbeiter in diesen Bereichen, weil die halt im Landtag leider Gottes, mein Gott, ist ihnen das peinlich, nicht reden können. Daher haben wir von Anfang an gesagt, wir müssen die Frage klären, ich möchte einmal wissen, wer wirklich etwas gewußt hat und was da tatsächlich los war. Und zwar nicht jetzt bitte nur über den Rechnungshof, weil den interessiert die politische Verantwortung nicht. Und die Beauftragung des Landesrechnungshofes ist überhaupt einer der größten Schmähs, die ich in diesem Zusammenhang jemals gehört habe. Wenn ich nämlich bei einem Formel-I-Rennen den Bundesrechnungshof schon auf der Strecke habe, also ein Formel-I-Auto, dann werde ich das Rennen noch lange nicht gewinnen, indem ich ein Moped hinterherhänge, meine Damen und Herren, weil der Bundesrechnungshof auf jeden Fall besser ausgerüstet ist. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Darf ich Sie an etwas erinnern, daß Sie die Einsetzung des Landesrechnungshofes nach der Prüfung durch den Bundesrechnungshof bei der FGJ ausdrücklich verlangt haben! Damals war es richtig, heute ist alles falsch!“) Ja, lieber Herr Kollege Schilcher, aber das war keine Situation, die mehrheitlich im Bereich des Bundes gelegen hat, die FGJ, wie Sie ja genau wissen, und zum damaligen Zeitpunkt der Bund überhaupt noch keinen Anteil hatte. Es kann daher nur eine wirkliche Klärung geben, und jeder, der sich hier

herstellt und sagt, ich möchte bitte alles geklärt haben, muß dem zustimmen. Die einzige Klärung, die auch politische Verantwortung, positiv oder negativ, mir soll alles recht sein, beantwortet, ist ein Untersuchungsausschuß des Landtages. Ich möchte jetzt nicht irgendwelche Berichte sehen, die jetzt größer oder kleiner sind, sondern ich möchte, daß der Landtag in die Akten der Baudirektion Einsicht nimmt, um jederzeit zu wissen, in welcher Berichts- und Informationslage der Baureferent dieser Regierung gestanden ist. Das ist die einzige Möglichkeit. Daher werden wir diesen Untersuchungsausschuß auch einsetzen. Das ist tatsächlich die einzige Möglichkeit, und wenn Sie dem nicht zustimmen, dann muß ich daraus den Schluß ziehen, daß Sie in diesem Bereiche unter der großen Mauer des Schweigens doch irgendwelche Dinge versteckt haben, die Sie nicht herzeigen wollen. Wenn alles so offen ist, dann schauen wir doch hinein, dann ist die Geschichte erledigt. Dann werden wir den Parteiboss der ÖVP belobigen, daß er ohnehin alles so gut gemacht hat, und alles ist erledigt. Wenn Sie das aber verweigern, gibt es nur eine Möglichkeit, den Schluß zu ziehen, daß Sie etwas zu verstecken haben. Ich stelle daher folgenden Beschlußantrag:

Zur Klärung der politischen Verantwortlichkeit der für die Beteiligungsverwaltung der Pyhrn-AG. zuständigen Referenten der Landesregierung im Zusammenhang mit den auch öffentlich erhobenen Vorwürfen wird ein Untersuchungsausschuß eingesetzt, in den die Österreichische Volkspartei vier Abgeordnete, die Sozialdemokratische Partei vier Abgeordnete, die Freiheitliche Partei einen und die Grün-Alternative einen Abgeordneten zu entsenden haben.

Der Untersuchungsausschuß hat seine Arbeit unverzüglich aufzunehmen und für eine rasche Aufklärung zu sorgen.

Dabei soll mit dem Rechnungshof des Bundes und den zuständigen Rechts- und Fachabteilungen des Landes eine enge Zusammenarbeit angestrebt werden.

Da der Untersuchungsausschuß seine Arbeit nicht in der laufenden Legislaturperiode abschließen wird können, wird die ausdrückliche Bereitschaft, sofort nach der Konstituierung des neugewählten Landtages den Untersuchungsausschuß wieder einzusetzen, erklärt.

Gleichzeitig wird der Präsident des Steiermärkischen Landtages gebeten, gemäß Paragraph 11 Absatz 5 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages die Unterstützungsfrage zu stellen.

Meine Damen und Herren! Die heutige Debatte darf nicht das Ende dieser Aufklärung sein, sondern erst der Beginn. (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. – 12.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (12.25 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr geschätzten Damen und Herren!

Ich habe sehr aufmerksam zugehört. Der Herr Landeshauptmann hat vor allem in seinen zwei Stellungnahmen eigentlich seine Inkompetenz im Zusammen-

hang mit der Pyhrn Autobahn AG. wiederholt festgestellt. Wenn der Herr Präsident diese Antworten des Herrn Landeshauptmannes gekannt hätte, hätte er nach der Geschäftsordnung eigentlich feststellen müssen, daß die dringlichen Anfragen gar nicht an den Herrn Landeshauptmann zu richten gewesen wären, sondern, wie wiederholt der Herr Landeshauptmann gemeint hat, an den Finanzreferenten. Das heißt also, in Wirklichkeit werden die dringlichen Anfragen nach den Antworten des Herrn Landeshauptmannes an das falsche Regierungsmitglied gestellt. Aber das ist nicht die Hauptfrage. Für uns gibt es eine Reihe offener Fragen und auch Feststellungen. Erstens, und darauf legen wir besonderen Wert: Wir möchten nicht von einem Skandal reden, solange nicht alle Beweise dafür auf dem Tisch liegen. (Abg. Schützenhöfer: „Das ist der erste Satz, mit dem du den Nagel auf den Kopf getroffen hast!“) Wenn sich die Herren von der ÖVP beruhigt haben, werde ich schon sagen, wer damit angefangen hat.

Zweitens: Wir wollen keine voreiligen Schuldzuweisungen vornehmen, wir wollen aber wissen, wer für Antworten zuständig ist.

Drittens: Wir bestehen auf einer lückenlosen Aufklärung und Information.

Viertens: Wir bestehen auch auf einer Klärung der politischen Verantwortlichkeit. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Jawohl!“) Wieso, meine sehr geschätzten Damen und Herren? Einmal wegen der grundsätzlichen Klärung dieser nun in der Öffentlichkeit diskutierten Frage und zweitens, weil der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer, der Herr Nationalrat Paul Burgstaller und der ÖVP-Klubobmann Dr. Hirschmann bereits eine Schuldzuweisung in Richtung SPÖ vorgenommen haben. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Das war die Schmutzkübelabwehr!“) Der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer hat im Landespressedienst am 20. August 1991 erklärt, den Bundesrechnungshofbericht hat nur Klausner, und er wisse nichts davon. Er hat schon am 20. August jede Zuständigkeit bestritten und sozusagen einmal gesagt, der Klausner ist der einzig Verantwortliche. Bei der darauffolgenden Pressekonferenz hat der ÖVP-Landesparteiobmannstellvertreter, Nationalrat Paul Burgstaller, am 2. September wörtlich erklärt: „Die gesamte Verantwortung liegt bei der SPÖ und deren Finanzreferenten Dr. Klausner. Die Affäre“ – sagte Burgstaller – „um die Baukostenexplosion ist ausschließlich eine Affäre der SPÖ“. Ich bitte das zu merken. Burgstaller weiters: „Daß der Herr Landeshauptmann den gleichen Informationsstand als Klausner haben müßte, ist eine glatte Lüge.“ Sagte Burgstaller. „Weil Dr. Krainer den Kontrollbericht nie bekommen hätte.“ (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wann hat er ihn bekommen?“) Aus der Aktenlage aber geht hervor, daß das nicht so ist. Hier hat Burgstaller – ich nehme an unwissentlich – nicht die Wahrheit gesagt. Wir haben heute schon gehört, meine Damen und Herren, daß nach der tatsächlichen Aktenlage und dem damaligen Bericht der Landeshauptmann den Bericht und die Stellungnahme spätestens am 20. Dezember 1989 erhalten hat. Hier irrt Burgstaller.

Doch diese einseitigen Beschuldigungen, die von der ÖVP ausgegangen sind, das war so wie ein Banden-

spiel im Hallenfußball, Wabl beschuldigt Krainer, ÖVP beschuldigt SPÖ. So hat das begonnen, und ich bitte das wirklich einmal zu registrieren. (Abg. Ing. Stoisser: „Wer hat angefangen?“) Es geht ja weiter. Der Klubobmann Dr. Hirschmann hat im ÖVP-Pressedienst am 4. September wörtlich erklärt – ich lese auch den ÖVP-Pressedienst, mir bleibt ja nichts erspart –: „Die SPÖ möchte krampfhaft davon ablenken, daß sie als einzige in diese behauptete Skandalgeschichte verwickelt sei.“ Also wieder eine Schuldzuweisung von der ÖVP an die SPÖ. Das heißt, es wurde von Anfang an der Versuch unternommen, daraus einen Skandal der SPÖ zu machen. Aber von prominenten Vertretern der steirischen ÖVP! Ich habe die Beweise gerade angeführt. Nun, meine sehr geschätzten Damen und Herren, möchte ich noch einmal betonen: Die SPÖ hat auch heute noch nicht von einem Skandal gesprochen. Wir möchten aber die genauen Abläufe und Zuständigkeiten raschest geklärt haben. Dieses Verlangen, nämlich Aufklärung, wird jetzt plötzlich von der ÖVP als Anschütten des Herrn Landeshauptmannes bezeichnet. (Abg. Schützenhöfer: „Seid Ihr Kläger oder Beklagte?“) Die ÖVP war bei der Schuldzuweisung nicht zimperlich. Das war das Problem. (Beifall bei der SPÖ.)

Nun zur politischen Verantwortung selbst. Der Herr Landeshauptmann hat heute wiederum gesagt, er habe in der ganzen Pyhrnautobahnsache überhaupt keine Kompetenz und keine Verantwortung. (Abg. Schützenhöfer: „Redest du als Strafverteidiger?“) Ich lese, es seien lediglich zwei Beamte seiner Fachabteilung als Bauexperten sozusagen verleast worden. Nun, heute hören wir auch, es stecke kein einziger Landesschilling in dem kritischen Baulos. Herr Landeshauptmann, haben Sie wörtlich gesagt. Nun ist das Land mit 31,8 Prozent an der Pyhrn Autobahn AG. beteiligt. Plötzlich hat der Landesschilling ein Mascherl. Er steckt nicht in dem Baulos, aber er steckt überall anders. (Abg. Schützenhöfer: „Für wen sprichst du?“ – Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Frag den Herrn Prof. Dr. Schachner, er kennt sich aus!“) Das Nächste. Es gibt einen Vertrag zwischen dem Land Steiermark und der Pyhrn-AG., wo zumindest das Land in einigen Bereichen eine Bauaufsicht ausübt, und diese direkte Verbindung, die der Herr Landeshauptmann bestreitet, geht ja auch aus anderen Unterlagen hervor. Ich darf nur aus dem Aufsichtsrat der Pyhrn Autobahn AG. vom 26. Juni 1991 zitieren:

Das ist authentisch. Dort steht nämlich im Protokoll: „Über den Bauablauf und Finanzplan wurde bereits in der 80. Bauausschußsitzung diskutiert. Dabei wurde festgestellt, daß sich die Gesamtkosten für die Schoberpaßstrecke von 2,7 auf 3,5 Milliarden Schilling erhöht haben. Diese Erhöhung von rund 800 Millionen“, hieß es damals, „verteilt sich, wie eine von Theußl“, und ich nehme an, Sie wissen alle, wer damit gemeint ist, „veranlaßte Bestandserhebung der letzten Tage zeigt, auf alle Baulose der Schoberpaßstrecke.“

Ein grober Vergleich zwischen den Bruttoauftrags- und den zu erwartenden Abrechnungssummen ergibt eine Steigerung von 30 Prozent bei den einzelnen Baulosen. Ähnlich verhält es sich bei den in Abrechnung befindlichen Baulosen in Oberösterreich, wo die Baukostenerhöhung rund 400 Millionen Schilling

betragen dürfte." Es erscheint Theußl grundsätzlich einmal notwendig, mit den tatsächlichen Kosten zu operieren, sagte Theußl in einer Aufsichtsratssitzung. Nun ist aber Theußl sicher ein Beamter, der sowohl weisungsmäßig wie auch berichtsverpflichtend dem Herrn Landeshauptmann direkt untersteht. Und niemand kann mir weismachen, daß dafür nach der Kompetenzverteilung des Landes nicht der Herr Landeshauptmann zuständig sei. Das heißt also, allein durch diese Aussagen ist belegt, daß es wohl einen engen Zusammenhang von Wissen, von der Information und von der Mitwirkung der Landesbaudirektion, des Landesstraßenkoordinators und damit also im Aufgaben- und Kompetenzbereich des Herrn Landeshauptmannes gibt. Es gibt genug andere Beweise, daß der Herr Landeshauptmann wirklich zuständig ist. Ich erinnere an die letzte Budgetdebatte. Ich nehme an, alle erinnern sich noch daran, was der Herr Landeshauptmann am 7. Dezember vorigen Jahres hier im Hohen Haus zum Schluß des Kapitels sechs gesagt hat. Und ich darf zitieren, Herr Landeshauptmann. Sie haben natürlich zuerst einmal ein bißchen Reminiszenz gemacht und gesagt: „Ich will da keine alten Wunden aufreißen.“ Aber ich kann mich sehr genau erinnern, mit welcher Vehemenz zum Teil von der linken Seite des Hauses gegen den Plabutschunnel gekämpft wurde, nur damit man sozusagen auf die historischen Traditionen dieses Hauses nicht ganz vergißt, sagte der Herr Landeshauptmann. Aber er setzte fort. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Da war der Talirz nicht dabei!“) Ja, Herr Kollege, jetzt komme ich zu den historischen Traditionen, indem ich den Herrn Landeshauptmann weiter zitiere aus der gleichen Sitzung und aus der gleichen Wortmeldung. Der Landeshauptmann sagte weiter, und ich könnte Ihnen eine Unzahl solcher Geschichten in diesem Zusammenhang sagen: (Abg. Dr. Cortolezis: „Das hast du mit dem Rader gemeinsam vorbereitet!“) „Es ist wirklich eine Sache des Respektes und der ehrlichen Anerkennung, unseren Straßenbauern, dem heutigen Landesbaudirektor Andersson“, der inzwischen in Pension gegangen ist, das hat er nicht gesagt, „dem heutigen Gesamtverkehrskordinator Theußl, der inzwischen der Gesamtchef der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft ist, und ihren Mitstreitern Applaus zu spenden.“ (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist auch geschehen!“) Und dann sagt er weiters: „Sie haben mit mir zusammen durchgezogen und umgesetzt.“ (Beifall bei der ÖVP.) Das heißt also, Herr Landeshauptmann, aus dem damaligen „wir“ ist ein „ihr“ geworden. Und das nehmen wir nicht zur Kenntnis. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Dem Talirz haben wir nicht applaudiert, dem Theußl haben wir applaudiert!“) Aber es geht ja noch weiter. Sie brauchen sich nicht bescheiden. Alle Kompetenzverteilungen, die jedes Jahr im Landesgesetzblatt beziehungsweise in der „Grazer Zeitung“ veröffentlicht werden, sehen vor, daß der Herr Landeshauptmann mit allen Bundes- und Landesstraßen und auch Autobahnen zu tun hat, die in der Steiermark gebaut werden. Sich aus der Kompetenz verabschieden ist ja gar nicht möglich. Nur eines kommt ja auch noch dazu. Wer sich für die Erfolge feiern läßt (Abg. Kröll: „20 Jahre ohne Skandal!“), Herr Bürgermeister, und sich dafür zuständig erklärt, der muß auch für die Probleme geradestehen. Das ist wohl das mindeste, was man in einer Demokratie verlangen

kann. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Für den ‚roten Talirz‘ stehe ich nicht geradel!“) Und mir bleibt halt nicht erspart, vor allem meine Herren von der ÖVP; wieder einmal, wie leider öfter, den Mackie Messer zu zitieren:

„Eröffnet jede Strecke einst mit stolzeschwellter Brust und geht jetzt leise um die Ecke, weil von Kontrollen nichts gewußt.“ So ähnlich schaut das aus. (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Dr. Maitz: „Das Wahlkampfespektakel ist eröffnet!“)

Hohes Haus! Es geht nicht nur um die versuchte politische Kindesweglegung plötzlich im Bundes- und Autobahnstraßenbau. Es geht auch um das offizielle Verhalten. Und das ist auch hier zu klären. Für 5. September 1991 wurde eine Sondersitzung der Landesregierung von Herrn Landeshauptmann einberufen. Er hat unmittelbar vorher im „Steiermark-Bild“, und ich glaube, die meisten haben das gesehen, ausgeführt, und ich habe das wirklich genau mitverfolgt, und er hat das sehr dezidiert gesagt, er ist für Sauberkeit, Ordnung und Anständigkeit ohne Rücksicht auf Personen und Parteizugehörigkeit. Das wurde ja heute wiederholt. Es muß alles auf den Tisch, und ich habe daher aufgefordert, und so weiter. Und dann, eine Stunde später, wird in der Landesregierung ein lakonischer Beschluß gefaßt, wo nichts mehr von politischen Verantwortlichkeiten drinnensteht, wird ein Antrag der SPÖ-Regierungsmitglieder abgelehnt, wo sehr wohl auch die politische Verantwortlichkeit untersucht werden sollte. Und dann geht der Herr Landeshauptmann unmittelbar nachher hinaus und macht eine Pressekonferenz und spricht von einem „einschränkenden Kontrollantrag“ der SPÖ. Und das, meine Damen und Herren, habe ich und werde ich dem Herrn Landeshauptmann vorhalten. Er hat hier mit dem Begriff „einschränkender Kontrollantrag“ versucht, es so darzustellen, daß die SPÖ hier Angst vor der Kontrolle hätte und eine Einschränkung der Kontrolle verlangt hätte. Und das entspricht nicht der Wahrheit. Und ich betone das hier noch einmal. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, man kann nicht um 19 Uhr im Fernsehen die volle Verantwortung, auch die politische, fordern, sie um 20.30 Uhr verschweigen beim Beschluß und dann um 22 Uhr den Medien sagen, die anderen wollten keine politische Kontrolle. Das ist auch in einer Demokratie nicht zulässig. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn man dann eine solche Vorgangsweise kritisiert, wird man sofort von der ÖVP, wie ich lese, als wild gewordene Kettenhunde apostrophiert. Also, meine Damen und Herren, Sie sollten sich überlegen, wie Sie eine solche Kritik bezeichnen. Ich habe nichts dagegen, wenn ich als ÖVP-Schreck hingestellt werde. Aber ich verahre mich dagegen, wenn die Wahrheit gesagt wird, daß man dann so angegriffen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Und ich sage es hier bewußt. Wir haben anscheinend wirklich in manchen Bereichen noch mittelalterliche landesfürstliche Gepflogenheiten. Wer es wagt, nach der politischen Verantwortung zu fragen oder Aussagen des Landesfürsten in Zweifel stellt, der wird verbannt, wenn schon nicht des Landes, so angeblich

vom Verhandlungstisch. Ich habe noch nichts gemerkt davon. (Abg. Dr. Maitz: „Das glaubst du selber nicht!“) Das ist ja in allen Zeitungen gestanden, daß ich als Gesprächspartner der ÖVP nicht mehr in Frage käme. Nur, das kann sich die ÖVP nicht aussuchen. Solange ich das Vertrauen meiner Fraktion habe, gibt es da keine Probleme! (Beifall bei der SPÖ.)

Aber es ist schon manchmal etwas von jenem Geist zu spüren, der etwa einmal geherrscht hat, daß es sich nicht geziemt, daß der Untertane mit seinen beschränkten Einsichten Kritik am Landesfürsten und seinen Handlungen übt. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Wir sind keine Untertanen!“) Das kommt schon noch zum Vorschein, meine sehr geschätzten Damen und Herren! Aber das ist vielleicht vergänglich und wird bald wieder vorbei sein. Nur eines ist noch nicht vorbei: Das ist nämlich das gestörte Verhältnis der ÖVP zur Kontrolle in der Steiermark. Und ich sage das bewußt. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren, Sie von der „rechten Reichshälfte“ haben wiederholt Kontrollanträge der Sozialdemokraten und auch der anderen Fraktionen abgelehnt. Ich erinnere an Leibnitzerfeld Wasserversorgungsgesellschaft, an die Überprüfung von Landessubventionen an Kammern, an die Prüfung der Effizienz von Landesbeauftragten und auch daran, daß der Herr Landeshauptmann seinerzeit weder bereit war, beim Joanneum-Untersuchungs-Ausschuß des Landtages zu erscheinen, und er hat (Abg. Dr. Maitz: „Zur Sache!“) insgesamt in den letzten zwei Jahren im Kontroll-Ausschuß 14 Stücke gehabt als zuständiger Referent, ist ein einziges Mal erschienen. Es steht also 13 zu 1 gegen die Auskunftswilligkeit des Herrn Landeshauptmannes vor einem demokratisch gewählten Kontroll-Ausschuß des Landtages. Wenn der Herr Landeshauptmann heute von einem interdisziplinären Gutachten zum Thema Kontrolle gesprochen hat, dann würde ich bitten, dieses Gutachten für die Zukunft so zu erweitern oder zumindest die Geschäftsordnung des Landtages, daß Regierungsmitglieder, die zuständig sind, auch vor dem Kontroll-Ausschuß erscheinen (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Der Talirz brockt uns etwas ein!“), meistens sind es ohnehin harmlose Fragen, und sich nicht durch die Beamten vertreten lassen. Denn die politische Verantwortung kann nie von Beamten wahrgenommen werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich sage abschließend (Abg. Dr. Maitz: „Zur Sache!“), und das ist eine Sache zum gemeinsamen Überlegen: Die ganze Diskussion, wie immer sie ausgeht, soll der Anlaß sein zu überlegen, ob wir im neuen Landtag nicht versuchen müßten, einige Kontroll- und Fragerechte zu ändern. Denn es geht nicht an, wenn man einfach sagt, es war nichts. Es hat sich gezeigt, daß die Rechte vor allem der Abgeordneten in den Ausschüssen, ich sage dazu, auch die der Vorsitzenden der Ausschüsse, sicherlich nicht jene Bedeutung haben, die ihnen eigentlich nach der Verfassung in einer Demokratie zukommen müßte. Wenn wir vom Föderalismus reden, dann müßte man Föderalismus auch den Abgeordneten und den Ausschüssen übertragen, und nicht nur davon reden. Nur, die größte Chance zur Veränderung gibt es ja, meine Damen und Herren, wenn sich absolute Mehrheiten ändern. (Abg. Dr. Maitz: „Der Schachner will es ja gar nicht mehr!“) Herr Präsident, Sie müssen die Zwischenrufe bitte

einrechnen. Wir haben noch nie gesagt, im Gegensatz zur ÖVP, hier hat Hirschmann gesagt, wir müssen Schachner verhindern. Wir haben noch nie gesagt, wir müssen Krainer verhindern. Wir sagen, die absolute Mehrheit muß verhindert werden, und das ist ganz was anderes! (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann es nicht lassen, weil ich heute den Kollegen Schilcher das letzte Mal hier sehe, es tut mir furchtbar leid, ich muß Sie zitieren. Sie haben in einer mir sehr in Erinnerung bleibenden Generalrede bei einem Budget einmal über die Dinosaurier in der Politik gesprochen. Sie haben damals gesagt: Zuviel und zu lange Macht macht überheblich und dickhäutig, macht Dinosaurier, die dann unbeweglich werden und zum Aussterben verurteilt sind. Das wollen wir nicht. Die ÖVP soll nicht aussterben, sie soll nur ein bißchen kleiner werden. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Trampusch zurücktreten!“) Unabhängig davon werden wir heute noch einen Antrag einbringen an den Landesrechnungshof, den wir mit einem Drittel der Abgeordneten machen können und jene Kontrollanträge stellen, die in der Regierungssitzung niedergestimmt worden sind. Zum Zweiten werden wir heute auch noch einen Antrag einbringen, daß der Kontroll-Ausschuß sozusagen in Permanenz gesetzt wird, und wenn notwendig, noch eine außerordentliche Landtagsitzung stattfindet, auf Zuweisung eines Geschäftsstückes für den Kontroll-Ausschuß. Wir sollten die demokratischen Organe, die zur Kontrolle da sind, nicht blockieren. Ich würde Sie dann, wenn die Anträge gestellt werden, bitten, diesen zuzustimmen.

Wie es halt so schön im Fernsehen heißt, die Diskussionen könnte man vielleicht mit einem Wort abschließen: Über Wirkungen und möglicherweise unerwünschte Wirkungen informiert Sie der Wähler am 22. September 1991. Und da sind wir optimistisch. Ich danke schön. (Beifall bei der SPÖ. – 12.47 Uhr.)

Präsident: Ich weise ausdrücklich darauf hin, daß die Redezeit auf 20 Minuten beschränkt ist. Bei aller Liberalität muß ich Wert darauf legen, daß diese 20 Minuten nicht überschritten werden. Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (12.48 Uhr): Lieber Franz!

Deine Ausführung, eine politische Kontrolle muß her, da muß diese politische Kontrolle nicht wieder von euch kommen. Ihr seid genauso ein Dinosaurier, der vom Aussterben bedroht ist. Sondern die soll einmal von einer Opposition kommen. Wenn Ihr wirklich einmal den Mut habt, diese ganze Geschichte von einer Aufsichtsseite fachlich kontrollieren zu lassen, ich stehe zur Verfügung! (Abg. Trampusch: „Wir wollen einen Fachmann haben, Herr Kollege!“) Er will einen Fachmann haben! Was willst du mehr, Franz Trampusch, du alter Sportkollege! Du glaubst immer nur, ich bin Sportler. Ich bin ausgebildet für das gesamte Bauwesen, Hoch- und Tiefbau. Ich bin gelernter Oberbaurat. Ich bin Ziviltechniker, und ich bin kein Freund vom Herrn Hofrat Theußl. Das möchte ich einmal sagen. Wenn Sie den Mut haben, dann geben Sie einmal den „grünen Hechten im Karpfenteich“ eine Aufsichtskontrolle. Ich würde auch einmal hinein in die STEWEAG, hinein in den Aufsichtsrat. Warum

denn nicht? Ihr redet immer von Kontrolle. Die Schwarzen sollen die Roten kontrollieren und die Roten die Schwarzen, und zum Schluß hat man nur einen Kas und ein Wahlkasperltheater. Ich hoffe, daß Ihr Steirer wißt, was das heißt. Es ist wirklich traurig, was sich hier im Wahlkampfieber, im Wahlkrampf abspielt. Ihr seid nicht einmal bereit, daß die Kontrolle auf dem Tisch liegt. Einer klagt den anderen. Freude hat mit euch nur mehr die Rechtsanwaltskammer. Meiner Meinung nach gehören die Sachen auf den Tisch, und sie sind es ja seit 1988. Wo waren denn die Kostenüberschreitungen der ganzen PAG? Sie waren in Trieben, im Selzthaler Moor, im Triebener Moor. Dort ist die Straße versunken. Sie können sich erinnern, als ich 1989 hier die Anfrage stellte: Herr Landeshauptmann, wie stellen Sie es sich weiter vor, soll dieser „Ennstaler Moorskandal“ bis Trautenfels weitergeführt werden? Ich habe damals gewarnt und gesagt, das ist keine fachlich saubere Lösung. Auch dort wird die Straße im Moor versinken. Dort sind die Kostenüberschreitungen passiert. Natürlich, wenn man heute weiß, daß eine Autobahnmeisterei mit 50 Millionen geplant wurde und dann auf 220 Millionen hinaufgeht. Das ist ein Fall, wo ich dem Hofrat Theußl und seiner freihändigen Vergabe als derzeitigem provisorischem Geschäftsführer mein Mißtrauen ausspreche. Da kann ich immer noch auf die Notbremse steigen. Wenn das, wie man hört, dann dein Schwiegersohn ist, dann umso mehr. Dann habe ich die Verpflichtung, umso mehr auf die Notbremse zu steigen. Weil schließlich sind dann die Politiker, die das Vertrauen diesen Leuten entgegenbringen, und, Herr Landeshauptmann, Sie sind ein Vertrauensmann von Hofrat Theußl, die werden dann praktisch hinters Licht geführt. Meine Aussage ist die, ich möchte im Aufsichtsrat dieser PAG einmal arbeiten, und zwar bald, und zwar kostenlos, ich kann mir das leisten. Ich möchte einmal die Fakten auf den Tisch legen.

Grundsätzlich zur Sache Aufsichtsrat und so weiter: Selbstverständlich ist es die Aufgabe eines Aufsichtsrates, den Geschäftsführer zu kontrollieren. Selbstverständlich ist es Aufgabe eines Aufsichtsrates, sich die Unterlagen zu besorgen. Daher gehört dieser Aufsichtsrat durchleuchtet. So gerne ich den Karli Maitz habe, aber wenn dein Vater, 84 Jahre alt und hoch angesehen, vielleicht nicht vom Fach, vielleicht das mir übergibt. Das wäre doch ein schöner Zug, wenn er das mir übergibt und sagt, lieber Freund, ich kenne dich jetzt auch 30 Jahre. Ich möchte nicht 40 Jahre da drinnen sitzen in so einer Geschichte, sondern mir genügen zwei Monate, um einmal zu schauen, was hier alles an Spekulationen, Beschuldigungen, an Verleumdungen, an üblen Nachreden in die Öffentlichkeit gekommen ist. Denn ich bin überzeugt, daß dieses Baulos von Selzthal bis zum Schoberpaß eines der schwierigsten Baulose war, bautechnisch. Davon bin ich fachpolitisch überzeugt. Das Zweite ist, daß bei diesen Baulosen Unvorhergesehenes relativ hoch im Ansatz ist. Vielleicht hat man das einfach negiert. Wenn ich heute in einen Berg hineinbohre, einen Tunnel mache, kann ich nicht vorher den Berg genau mit Röntgenaugen durchschauen. Ich bin der Ansicht, daß wahrscheinlich sehr, sehr viele Sachen bautechnisch begründet sind und daß die Straße gebaut wird oder, manche sagen, gebaut werden muß. Es gibt

heute noch Leute, die gegen den Ausbau der Pyhrn sind. Da will ich jetzt nicht diskutieren. Ich bin auch für den Ausbau der Pyhrn, aber sicher vorrangig auf der Schiene. Die Schiene ist die Straße der Gegenwart und Zukunft für den Transit und nicht, daß der Transit dann am Ostbahnhof hinunterkommt, sondern wir wollen die Schiene bis hinunter an den Balkan. Wir wollen, daß wirklich dieser ganze Güterverkehr auf das umweltfreundlichste Transportmittel, und das ist die Schiene, verlagert wird. Aber daß die Straße gebaut wurde und hier praktisch manche sagen, das ist ein technisches Wunderwerk, na mein Gott, das ist eine Straße, bei der man versucht hat, den Ortsgebieten auszuweichen. Weil eines steht fest, ich möchte bitte in einem Wohngebiet an dieser Pyhrnstraße nicht leben. Das sage ich hier freimütig in aller Offenheit. Und daher sehe ich nicht immer ganz ein, wenn es heißt, diese Umfahrung darf nicht gemacht werden, und es darf überhaupt nichts mehr gemacht werden, sondern im Endeffekt ein schonender Ausbau ist von Euch gemacht worden. Ich möchte meine Meinung dazu nicht sagen. Mir wäre lieber gewesen, man hätte vorher die Schiene, dreigleisig oder viergleisig, ausgebaut und dann, wenn man gesehen hätte, das ist noch notwendig, nachgesetzt. Aber die Autobahnmeistereigeschichte ist sicher ein Punkt, wo ich gerne das einmal mit Ihnen, Herr Landeshauptmann, besprechen möchte. Ich möchte euch wirklich auffordern und ermuntern, mutig zu sein und einmal einen grünen Politiker, und ich bleibe es ja auch, und ich bin es auch, und ich bleibe in der Gemeinde, ganz Wurscht, wie diese Wahlgeschichten ausgehen, der 16 Jahre in seiner Gemeinde Rechnungsprüfer ist, jetzt abgelöst wurde, weil ich selber Finanzreferent unserer Gemeinde bin.

Das ist ja auch eine Sache, die ein Vertrauen braucht. Ich war auch hier fünf Jahre im Kontroll-Ausschuß. Ich möchte auch sagen, daß diese Sachen, die seit 1988 bekannt sind, schon längst im Kontroll-Ausschuß auf einer sachlichen und fairen Ebene besprochen hätten werden können und sollen und auch müssen. Ich möchte jetzt keine Schuldzuweisungen machen, weil ich glaube, das ist schon genug gemacht worden. Grundsätzlich sehe ich nicht ein, daß die SPÖ, die „sozialkapitalistische“ Partei Österreichs, entschuldige, wie heißt sie jetzt, sozialdemokratische, früher haben sie geheißen sozialistische, ich habe immer gesagt sozialkapitalistische, das ganze Thema anheizt, mich noch versucht, als einzig Unabhängigen in diesem Landtag hineinzuziehen in die ganze Schmutzkübelgeschichte und mir dann noch irgendetwas andichten wollen. Ich sage hier in der Öffentlichkeit, ich bin nicht gekauft, weder von der Frau Kammlander (Abg. Kammlander: „Gott sei Dank!“), damit wir eine Liste zurückziehen, wie das andere gemacht haben. Ich bin auch nicht bestechlich, sondern ich bin der einzige, der weder bestechlich ist noch besticht. Ich glaube auch, daß du nicht bestechlich bist. Du schaust, daß Leute die Liste zurückziehen, damit deine Pension gesichert ist. Und das ist auch kein politisch kluger Zug, geschweige mit solchen Leuten, die im Notstand leben. Einzelkaufmänner im Notstand sind mit netto 25.000 Schilling. Darauf würde ich mich politisch ja gar nicht einlassen, um Gottes willen. Warum hast du denn versucht, den Mann, was heißt

den Mann, meine Schreibkraft auszuspannen, damit er bei mir einen Wirbel macht? So schaut das nämlich aus. Du bist Kaffeetscherl trinken gegangen und hast dann durch den mich versucht, suspendieren zu lassen. Eines sage ich dir, wir haben versucht, ordentliche Gespräche über Gespräche über eine Wahlgemeinschaft wie 1986. Die Antwort von dir war: „Mein Bett ist besetzt. Jetzt will jeder unter meine Tuchent“. Und dann, wenn man eine Mauer macht und solche Sprüche öffentlich klopft, dann will man auf einmal, nur damit man die Liste 4 kriegt und daß man politisch einen Vorteil hat, wieder zu mir ins Bett kommen. Das geht nicht. Ich habe einen Charakter, und zu mir kommt niemand ins Bett, geschweige denn unter meine Tuchent. Ich habe Menschen von Angesicht zu Angesicht gerne, aber unter der Tuchent wird bei mir nichts gemacht. Merke dir das einmal. (Beifall bei der ÖVP.)

Also noch einmal: Ich habe eine Bitte, ich habe einen Wunsch, den ich hier im Landtag deponiere. Ich werde nicht für mich selber einen Beschlußantrag fassen. Das werde ich nicht. Aber ich möchte das deponieren, und ich möchte vielleicht den Herrn Loidl als SPÖ-Abgeordneten ablösen im Aufsichtsrat oder vielleicht den Herrn Hofrat Maitz, wenn er sagt, ein Junger soll zuwi, ich kenne den Sepp Korber schon von der Obersteiermark lange genug, oder vielleicht ein anderer.

Tatsächlich gehört diese Talirz-Geschichte geklärt, weil wie kommen heute politisch Verantwortliche, die mit der Besetzung des Herrn Androsch nichts zu tun haben, die keinen Einblick haben in die ASFINAG, weder rechtlich noch gesetzlich, dazu, daß dann ihre Politik im Schlafzimmer ausgemacht wird, wie in diesen Artikeln da in der „Wienerin“ und so weiter zu lesen ist, Herr Landeshauptmann. Ich muß wirklich sagen, was sich hier Zeitungen, Zeitungsschreiber herausnehmen, ist ein Skandal. Aber ich würde Sie bitten, negieren Sie das, weil diese Zeitschriften, wie die „Wienerin“ und das „Basta“, das sind eben diese Schmutzkübeljournalisten und diese Schmutzkübelpolitik, wir kennen das, wir haben Gott sei Dank in der Steiermark eine objektive Presse, und daher sehe ich nicht ein, warum habt Ihr denn alle vor mir so Angst, warum stehe ich heute in der Zeitung, weil ich als Gleichberechtigter zur Frau Kammlander, wir reden immer von Gleichberechtigung, reden wir immer, aber beim ORF werden sie immer ganz teppert. Der Herr Flecker, der da drüben steht, du lieber Freund, das ist eine Schmutzkübelpolitik. Du bist ein Schmutzleck für mich, ein politischer, weil du mir unterstellen willst, ich bin gekauft. Das ist eine derart üble Nachrede. Nur, ich werde dich nicht klagen, weil, weißt was, in der Politik bin ich schon soviel gewohnt und habe schon soviel hinter mir, daß ich das nur wegwischen kann. Aber ich gebe es dir auf den Lebensweg mit, mache das bitte nicht mehr. Du bist nämlich jetzt selber in dem Schmutzkübel, du sitzt drinnen. Deine Partei distanziert sich von deiner Hetzpropaganda und deinen Hetztiraden. (Beifall bei der ÖVP.) Und im Endeffekt sitzt du jetzt im „Koschpelkübel“, und deine Füße strampeln heraus, wobei wir wieder beim Kasperltheater sind. Ich verspreche Ihnen eines: Am Sonntag bei dieser ORF-Sendung werde ich nicht den Kasperl abgeben, sondern wir werden unsere Themen, die wir wollen, und das ist Umweltpolitik. Ihr kennt mich lange

genug, ich möchte gemeinsam mit allen Kräften frei und unabhängig Umweltpolitik. Das, was jeder von euch will, was wir gemeinsam wollen. Und meine Aufgabe ist es daher, ein bisserl einen Hecht im Karpfenteich zu spielen in diesen Machtstrukturen, wo überall sogenannte Sachzwänge sind. Das ist ja klar. Ein Wirtschaftsbund hat keine Freude, wenn ich sage, im Annagraben soll das Granitwerk weg, weil 4000 Menschen eindeutig gesundheitsgefährdet sind.

Freilich haben sie keine Freude mit mir, und wenn sie könnten, täten sie mich von mir aus in der Mischanlage mitvermischen. Nur ich bin kein Schwarzer. Ich bin nicht geeignet für das Schwarzgut. Ich will als Grüner weiter existieren und weiterleben. Und daher werden wir uns in Zukunft genauso für die Themen einsetzen, ob parlamentarisch oder nichtparlamentarisch. Das ist mir völlig Wurscht. Ich bin 16 Jahre ein Grüner, und ich bin froh, daß ich heute als Grüner anerkannt werde. Das ist die Alternative, da haben wir einmal eine klare Trennung für die Bevölkerung, wir sind freie Grüne, und sie ist eine linke, marxistisch angehauchte Alternative. So ist das. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich kann nichts dafür. Das werden wir auch österreichweit spielen, und im Endeffekt und der langen Rede kurzer Sinn, Herr Landeshauptmann, Herr Finanzlandesreferent, den ich heute auch nicht angegriffen habe, obwohl er auch nicht immer fein zu mir war, bei mir hat er ein Gutachten einholen lassen, ob ich rechtmäßig überhaupt noch Landesvorsitzender bin. Bei ihr hat er das Geld auf ein Konto geschickt, was nicht einmal ein Parteikonto ist, wo steht Landtagsbüro. Solche Sachen, die sind ungeheuerlich, weil nach der Verfassung sind die Parteienfinanzierungen auf kontrollierbare Parteienkonten zu überweisen. Herr Landesrechnungshofdirektor, Hofrat Lieb, ich sage es Ihnen. Auf Parteienkonten, und nicht auf Konten, die Namenskonten sind und wo die Kammlander zeichnungsberechtigt ist, das alte Klubkonto. Das gibt es gar nicht mehr. Ich kann nicht den Klub auflösen, eine ostblockähnliche Mauer einziehen, frei nach Marxismus, ohne Jack Point Charly, und dann lasse ich mir das Geld locker auf ein Konto überweisen, das es gar nicht mehr gibt. Das kann ich beweisen. Ich habe es selbst gesehen, weil ich bei der Post war, und das Postsparkonto hätte ich nicht sehen dürfen. Da sollte man sagen, wer kontrolliert eigentlich die Obfrau des steirischen Kontroll-Ausschusses, das ist einmal eine Frage. Danke. (13.04 Uhr. – Abg. Kammlander: „Bitte, eine tatsächliche Berichtigung!“)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hirschmann.

Abg. Dr. Hirschmann (13.05 Uhr): Verehrter Herr Präsident, meine verehrten Damen und Herren! (Abg. Kammlander: „Das ist der autoritäre Stil, daß man nicht richtigstellen kann, was da an Lügen verzapft wird!“)

Wie sehr das Thema der Aufklärung, um das es angeblich geht, die SPÖ-Fraktion, aber auch die FPÖ im besonderen interessiert, sieht man an der demonstrativen Präsenz der Kollegen, aber es paßt genau zum Bild, das wir in den letzten Tagen und Wochen bekommen haben. Da wird ein Untersuchungs-, ein Kontroll-Ausschuß und so weiter, und so weiter gefordert,

nachdem es zuerst geheißen hat, wenn es keinen Kontroll-Ausschuß gibt, keinen Untersuchungs-Ausschuß, was immer auch, dann eine Sondersitzung des Landtages. Dieses Spiel durchschauen selbst die gutmütigsten Journalisten. Motto: Immer wieder ein neues Spielzeug, weil das alte nichts hergibt. Bei diesem Spiel tun wir nicht mit. Insbesondere nicht in Wahlkampfzeiten. Denn dieses Spiel wird von der Bevölkerung sicherlich ganz leicht durchschaut.

Ich möchte, meine verehrten Damen und Herren, einen Satz an den Anfang meiner Ausführungen stellen. Es ist eigentlich reichlich bedrückend, ich will es nicht auf alle gleich verteilen und sagen, die Sozialisten, die Freiheitlichen oder die Grünen, aber gegen die Drahtzieher dieser Kampagne seit zwei oder drei Wochen, an die Adresse dieser Leute möchte ich sagen: Rings um uns, wenn wir nur in unser Nachbarland schauen, brennt die Welt. Wir sind an sich Zeitzeugen und sollten uns glücklich schätzen, Zeitzeugen einer Weltrevolution sein zu dürfen, die uns alle, und gerade uns in diesem behüteten Österreich, in diesem behüteten Westen vor große Aufgaben stellt, vor große Chancen, aber auch vor große Probleme. Da, meine verehrten Damen und Herren, fällt uns nichts besseres ein, als eine solche Schmierenskomödie erbärmlichster Art hier abzuführen, seit Tagen und Wochen in diesem Land.

Ich möchte in diesem Zusammenhang ganz offen etwas sagen: Frau Kammländer, zu Ihnen komme ich und zum Herrn Wabl. Ich bin zu jung, um es im ganzen Zeitraffer zu überblicken. Aber nach allem, was ich gehört habe von älteren Menschen, es ist die mieseste Rufmordkampagne, die aus einer erbärmlichen Situation heraus, wenige Tage vor einer Landtagswahl, gegen einen so integren Mann geführt wird. Nicht, weil er auch der ÖVP angehört, sondern weil er an sich integer ist, der Josef Krainer. Das machen wir nicht mit.

Wir alle wissen, und deswegen tun uns solche Sitzungen und Aktionen, wie in den letzten Tagen und Wochen, nicht gut, dieser Mann steht als einer der wenigen aus der Politik diesseits und jenseits unserer Landesgrenzen für Sauberkeit, Ordnung, Rechtschaffenheit. Er ist eines der wenigen Vorbilder. Das hat nichts mit Beweihräucherung zu tun. Das wissen bei euch auch einige Kollegen, die da drüben sitzen und die ihn menschlich sehr schätzen, gerade ob dieser Tugenden. Ich darf in diesem Zusammenhang, lieber Franz Trampusch, dich auch persönlich anreden. Ich war betroffen ob deiner Aussage, die ich in der „Kronen Zeitung“ nachlesen konnte vor wenigen Tagen, als du diesen Landeshauptmann der Lüge bezichtigt hast. Ich kenne dich eine Zeitlang, und es ist an sich nicht dein Stil, ich habe mir gedacht, da haben sie dich in eine Sache hineingehezt.

Du hast heute deine Ausführungen begonnen, ich sage das gar nicht polemisch, schon in den ersten paar Worten, die eine schwindelerregende Kehrtwendung darstellen gerade auf das, was nicht nur von dir allein, sondern aus eurer Partei, von den Betreibern dieser Kampagne gekommen ist und wo man sagen kann mit einem etwas häßlichen Vergleich, das ist eine Schubumkehr. (Abg. Trampusch: „Du hast am 4. September von einer Skandalgeschichte der SPÖ geredet, da haben wir noch lange nicht dazu Stellung genommen!“) Lieber Franz, darf ich darauf zurückkommen!

(Abg. Trampusch: „Wenn du damals die Gesinnung gehabt hättest, die du jetzt an den Tag legst, hättest du die Presseaussendung nicht gemacht!“) Es hat heute auch so geklungen, und das, was der Herr Landesrat Klauser heute gesagt hat, kann ich vollinhaltlich unterstreichen. Es war ein großes Friedensangebot. Man hat auch ihm angemerkt bei diesem Fernsehinterview, wie unwohl er sich im Hinblick auf die eigentliche Beauftragung gefühlt hat. Ich möchte dir eines sagen, es geht nicht darum, daß wir uns hier gegenseitig die Schuld zuweisen. Aber es gibt bis zur Stunde weder vom Bundesrechnungshof irgendeine Untersuchung oder gar von diesem Bundesrechnungshof beim Staatsanwalt eine Anzeige gegen irgendjemanden in Zusammenhang mit diesen Vermutungen, Verdächtigungen, die in diesen letzten Wochen plötzlich aufgetaucht sind. Ich will damit sagen: es gibt einen einzigen Mann in dieser ganzen Affäre, der nicht auf Grund der Pyhrngeschichte, sondern der ASTAG-Geschichte in Untersuchungshaft genommen wurde und gegen den es selbstverständlich gerichtliche Erhebungen gibt. Das ist bitte ein gewisser Herr Generaldirektor Talirz. Meine Herren von der sozialistischen Fraktion, uns den Herrn Talirz unterjubeln zu wollen, wo es sich um einen der vielen handelt aus Ihren Reihen, der offenbar in den nächsten Wochen vor Gericht stehen wird, das ist ein starkes Stück, lieber Franz. Das haben wir gemeint und sonst nichts in diesem Zusammenhang.

Ich erspare mir den Zusatz, daß auch die Aufsichtsräte immer wieder hineingezogen werden sollten, und da kann ich dem Landesrat Klauser nur vollkommen recht geben, was er im besagten Fernsehinterview gesagt hat, nämlich, daß jeder Aufsichtsrat von einem Vorstand jederzeit gelegt werden kann, wenn er den Aufsichtsrat legen will. Der Vorsitzende des Aufsichtsrates ist ein gewisser Herr Freudenreich, ein hochrangiges BSA-Mitglied. Hat nichts mit Schuldzuweisung zu tun. Nur das, meine lieben Freunde, geht nicht, daß jeder Ihrer Skandale der letzten zwei Jahrzehnte in dieser Republik uns zugeordnet wird. (Abg. Trampusch: „Ist in den letzten zwei Jahrzehnten noch nie ein namhafter ÖVP-Funktionär in Untersuchungshaft gegessen – weil du zwei Jahrzehnte sagst? Tu darüber nachdenken! Da wird schon wieder mit zweierlei Maß gemessen!“) Ich darf vielleicht noch folgendes hinzufügen: Ich glaube, es ist ja auch müßig. Aber ich habe schon den Eindruck gehabt, lieber Franz, daß bei euch nach der Methode „Haltet den Dieb“ in den letzten Tagen vorgegangen wurde, weil Ihr gespürt habt, da kommt etwas Fürchterliches auf uns zu. Aber bitte, eine sachliche Richtigstellung noch. Und der Landesrat Klauser wird das bestätigen können, spielt keine große Rolle, aber die berühmte Querschnittsanalyse, lieber Franz, von der da immer gesprochen wurde und wird, hat der Herr Landeshauptmann in der Tat nie zu Gesicht bekommen. Aber ich komme auf diese Sache im Detail noch zurück.

Eine zweite Geschichte auch, die 1,1 Milliarden, die vom Land gekommen sind, sind nicht auf den momentan in Fragwürdigkeit stehenden Stücken verbaut worden, sondern seinerzeit im Gleinalmtunnel. Es ist bemerkenswert, wie gesagt, daß von der FPÖ gar niemand da ist. Das paßt genau dazu, zur gesamten Ernsthaftigkeit. Na gut, dich können wir nicht echt

dazuzählen. Aber der Kollege Rader kommt schon daher. Ich habe vorhin den Kollegen Gugerbauer im Auditorium gesehen. Da habe ich mir gedacht, der Kollege Rader darf nur mehr in Begleitung eines Anwalts auftreten oder er steht überhaupt schon unter Kuratel. (Abg. Mag. Rader: „Aber nicht mit dem Dr. Cortolezis, er ist ein saumäßiger Anwalt!“) Für Ihre Delikte würde er nicht reichen, weil Sie brauchen zwei, das ist richtig. Lieber Herr Kollege Rader, nur einen Satz zu Ihnen. Also ich meine, das, was Sie heute gesagt haben, daß Sie heute nicht gut disponiert waren, das wird ja jeder verstehen. Aber bitte, es bleibt für Sie auch eines, und noch leben wir weder in Teheran, noch in Havanna, noch in Peking, sondern bei uns. Solange es ein bisserl einen Rechtsstaat noch gibt, und für den seid Ihr angeblich auch, müssen zuerst Fakten auf den Tisch, und dann werden Urteile gefällt. Bei Ihnen ist das so, daß Sie nicht einmal wissen, wann über Sie ein Urteil gefällt wurde, wenn ich richtig informiert bin. Das ist der Unterschied. (Beifall bei der ÖVP.)

Das will ich Ihnen zugute halten. Aber zur Sache zurück. Ich darf gleich vorweg auf den von Ihnen geforderten Untersuchungs-Ausschuß eingehen. Ja, meine Herrschaften, in dem Moment, wo es irgendein Faktum gibt, ein Faktum, nicht eine Vermutung, die der Michi Schmid in den Raum stellt oder Sie – da können Sie nichts dafür, bei euch nimmt man die Dinge nicht so genau –, wo es ein Faktum gibt, das auf dem Tisch liegt, selbstverständlich wird dann ein Untersuchungs-Ausschuß eingerichtet. Da kennt Ihr uns gut genug. Wir waren immer die ersten, die einen Untersuchungs-Ausschuß eingerichtet haben. Selbstverständlich. Aber bitte, jetzt mit einer derartigen Alibiaktion zu einer ersten Sitzung zusammenzukommen, wo man bei einer netten Jause die Tagesordnung beschließen kann, dann erlischt der Untersuchungs-Ausschuß, und dann fangen wir wieder an. Meine hochverehrten Damen und Herren von der freiheitlichen Fraktion, solche Dinge spielen wir nicht. Und an die Adresse der Sozialistischen Partei: Ich habe heute nichts mehr gehört von einem Untersuchungs-Ausschuß. Wenn ich richtig gelesen habe im „Kurier“ vor wenigen Tagen, hat der Herr Marizzi festgestellt, das kommt ja überhaupt nicht in Frage. Und darüber hinaus hat er ein paar nette Vorschläge gemacht, wie man solche Dinge in Hinkunft eigentlich besser in die Hand bekäme. Gar nicht uninteressante Dinge, über die man selbstverständlich ernsthaft Überlegungen anstellen muß. Ich möchte aber, meine verehrten Damen und Herren, eines noch besonders unterstreichen, weil es wirklich auch geradezu empörend ist. Die Geschichte hat ja bekanntlich eine Vorgeschichte, und da schließt sich ja der Kreis für mich, ich verstehe schon. Zunächst ist der neue SPÖ-Vorsitzende, der im Moment auch nicht da ist, es sei ihm verziehen, gekommen mit der Botschaft, er will Erster werden in diesem Land. Das wurde auch plakatiert bis zur Gemeinderatswahl.

Da ist schon gestanden „Ich will“. Das Nachfolgeplakat „Erster werden“ wurde dann wieder eingestampft nach der Gemeinderatswahl. Und das ist doch der Hintergrund dieser Kampagne, noch einmal ganz offen gesagt, daß es hier ein feines Zusammenspiel gibt, und da ist ja gar nicht mehr die Bemühung unternommen

worden, die Masken aufzubehalten, sondern man hat sie abgenommen. Es kommt ja nicht von ungefähr, daß der Herr Abgeordnete Wabl im Bundesparlament, zuständig für den Rechnungshofbericht, mit der Sache herausrückt, der Bruder bekanntlich des Rechtsberaters des Professors. Die Dinge sind ja relativ einfach und zu durchschauen. Und jetzt lassen Sie mich aber folgendes dazusagen in diesem Zusammenhang. (Abg. Trampusch: „Ein Klubobmann soll nicht Hellseher spielen, das geht immer schlecht aus! Er soll sich an Fakten halten!“) Lassen Sie mich folgendes in diesem Zusammenhang sagen. Ich zitiere gar nicht die Dinge, ich weiß schon, daß Ihnen das sehr unangenehm ist. Sie halten ja bereits gemeinsame Klubsitzungen mit der roten Fraktion ab. Und Sie tragen ja auch schon die Parteifarbe dieser Partei, wie man sieht. Ihr habt ja auch heute einen gemeinsamen Antrag hier eingebracht – aber, macht nichts. Aber darf man zum Herrn Wabl bitte eines auch sagen – und das finde ich überhaupt das Gemeinste, weil ich hier die Kollegen von der Journalistik in Schutz nehmen muß, die jungen vor allem, die eben da hineingefallen sind –: Der Bursche traut sich herzukommen – vor wenigen Wochen, vor zwei oder drei Wochen – und sagt: „Burschen, ich hab' eine Bombeng'schicht; das ist DIE Sache!“, und verkauft da ein paar armen Leuten, die unter Zeitdruck arbeiten müssen, den Skandal schlechthin und sagt: „Das ist eine Sache, die ich gerade brandheiß bekommen habe; fahrt raus mit der G'schicht!“ Und wie wir heute schon – ich wiederhole das ja gar nicht alles zusammen im Detail – mehrfach gehört haben, hat bitte dieser Herr Wabl über diesen Bericht ja ausführlich – ich hab' s Datum, die Stunde da – (Abg. Kammlander: „Das ist eine Lüge!“) Wart ein bißchen, Gundi! Ich komme gleich im Detail darauf zu reden. Ich kann dir das auch beweisen (Abg. Kammlander: „Wie viele Seiten?“) – bereits im Unter-Ausschuß des Parlaments gesprochen, diskutiert. (Abg. Kammlander: „Sagen Sie es!“) Ich komme gleich darauf, Gundi! Daß er dich auch mithineingelegt und übertölpelt hat, mag dein Prolem sein, aber nicht das der Wahrheitsfindung. (Abg. Kammlander: „Zwei Seiten!“) Momenterl! (Abg. Kammlander: „Wo ist der Herr Burgstaller? Er soll das bestätigen!“) Gundi, das ist schlecht für's Herz. Ich weiß, daß dich diese Sache erregt. Aber darf ich dir jetzt ein Zitat vorlesen? Bitte schön:

Dieser Herr Wabl ist ja der oberste parlamentarische Kontrollor. Wenn er nun plötzlich auf Grund von Sachen, die ihm angeblich jetzt zugespielt worden sind, entdeckt, daß damals so große Schweinereien waren, gleichzeitig aber behauptet wird, daß in dem berühmten Querschnittsbericht – Querschnittsanalyse – eh nichts drinnensteht, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Denn – jetzt muß ich eines sagen – entweder leidet er an schwerem Alzheimer, oder die Protokolle stimmen nicht. Nämlich, was ist der Fall? In diesem berühmten Rechnungshof-Ausschuß des Parlaments zitieren die Genossen Wabl und Co., die einen Entschließungsantrag gestellt haben, wörtlich: „Wie eine Querschnittsüberprüfung der Straßengesellschaften zeigte, ...“ Das wird den meisten der hier Anwesenden nichts sagen, das ist aber jene Sache. Es geht um diesen Querschnittsbericht, der 14 Seiten hat, den mittlerweile die Frau Kammlander ja (Abg. Mag.

Rader: „Wie lange redet Ihr heute?“) den Parteien zur Verfügung gestellt hat. Und da kommt der Herr Wabl und sagt, bitte schön: Wenn ihm jemand nachweisen kann, daß er diesen Bericht schon in Händen gehalten hat, dann legt er alles zurück, und er geht wieder Schafe züchten und die Volksschüler unterrichten. Meine Damen und Herren, die Volksschüler und die Schafe dürfen sich bereits fürchten (Abg. Mag. Rader: „Wie lange reden Sie heute noch?“), wenn er zu seinem Wort steht. (Beifall bei der ÖVP.)

Und im übrigen muß ich noch dazusagen – ist auch heute schon gesagt worden –: Wenn der Herr Wabl nicht eine große Schlafmütze wäre, ja, dann hätte er ja nach dem Bericht des Alfred Worm vom 1. August 1988 bereits vor die Fernsehkamera schreiten und sagen müssen, was das für ein ungeheurer Skandal ist. Aber nein, nein, nein, findet nicht statt, weil damals waren ja keine Wahlen. Aber jetzt, just drei Wochen vor der Wahl, großer Skandal. Und ich sag's noch einmal – nicht, weil uns das so weh tut, aber es ist eine Schweinerei gegenüber diesen armen Journalisten, die da auf so unsagbare Weise hineingelegt worden sind.

Im übrigen hat der Herr Landesrat Dr. Klausner Punkt für Punkt klargelegt, Frau Abgeordnete Kammlander, bitte, daß er absolut gesetzeskonform gehandelt hat. Sie wurden im übrigen von dem Broesigke-Bericht informiert. Sie haben's vielleicht auch vergessen, verbrannt oder was immer auch. Sie haben den Brief vom Präsidenten Wegart seinerzeit in der bewußten Causa bekommen. Und eines muß man auch ganz offen sagen: (Abg. Kammlander: „Wo denn?“) Der Rechnungshofbericht hat seinerseits, bitte schön, ganz offensichtlich vergessen – Klausner hat das heute ausgeführt –, diesen Bericht bitte im Tätigkeitsbericht (Abg. Kammlander: „Dann sagen Sie das dem Broesigke!“) des Jahres 1990 unterzubringen.

Geh, schau, das wißt Ihr alles, liebe Frau Kammlander. Nur, an Fakten, Wahrheiten und richtigen Abläufen seid Ihr in diesen Tagen herzlich wenig interessiert.

Das Zweite, und dazu kurz noch einige Worte: Meine verehrten Damen und Herren, es geht jetzt um die berühmten 900 Millionen Schilling. Das ist der zweite Vorwurf, mit dem dann erst recht versucht wurde, das Ziel zu erreichen, nachdem man gesehen hat, die erste Variante, die erste Stoßrichtung (Abg. Mag. Rader: „Wie lange reden Sie heute?“) geht nicht, dann nehmen wir die zweite, also 900 Millionen Schilling. Und da wurde dann auch das Kunststück gar nicht unraffiniert von vielen Leuten von euch zustandegebracht zu sagen vor der Öffentlichkeit und so zu tun, als ob Beamte des Landes gestohlen, geraubt, vertuscht, veruntreut hätten. Und das alles selbstverständlich auf Regieanweisung des Landeshauptmannes hin. Daß dies bitte wirklich nicht der Fall ist, daß das wirklich nicht der Fall ist, das wird ja bitte jeder ernsthafte Mensch sehen. (Abg. Mag. Rader: „Wie lange reden Sie noch? Die zwanzig Minuten sind schon zu Ende!“) Wenden Sie sich an den Herrn Präsidenten, wenn Ihnen irgendetwas nicht paßt. (Abg. Mag. Rader: „Das sind schon 31 Minuten!“) Das möchten wir in diesem Zusammenhang auch bitte dezidiert festhalten.

Ich möchte noch etwas sagen, an die vorhergehende Geschichte, lieber Franz Trampusch, anhängen. Die Abberufung des Herrn Generaldirektors Talirz ist im

Aufsichtsrat acht zu sieben ausgegangen. Acht zu sieben für die Abberufung. Und wer waren die sieben, die dagegengestimmt haben? Das waren die fünf Betriebsräte, der Vertreter des Finanzministers Lacina und der Vertreter Loidl. Die sieben haben dagegengestimmt. Ich weiß, daß Ihnen das nicht paßt. Der Abgeordnete Loidl. Und da, meine verehrten Damen und Herren – (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Was geht das mich an?“) Ja, ja, ich habe mich nur umgeschaut, ob Sie da sind, Herr Professor. Das war meine einzige Sache in diesem Zusammenhang. (Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Sie haben als erster gesagt, das ist ein roter Skandal!“) Wir haben das aufgeklärt, Herr Professor. Sie waren nicht da, aber der Klubobmann Trampusch wird Ihnen genau Bericht erstatten zu dieser Sache. Und, lieber Herr Professor, wenn Sie schon da sind, muß man Ihnen eines auch sagen, Sie haben in diesem berühmten Fernsehinterview oder Radiointerview nach der Regierungssitzung vom vergangenen Donnerstag gesagt, bitte der Landesrechnungshof soll jetzt endlich die politische Verantwortung des Dr. Krainer – wie sich der Professor auszudrücken pflegte – klären. Bitte, erstes Semester Jus, der Landesrechnungshof kann überhaupt niemandes politische Verantwortung klären, lieber Kollege Trampusch, das wollen wir auch einmal festhalten. (Abg. Trampusch: „Darüber hast du mich nicht aufgeklärt, warum du gesagt hast, daß das ein roter Skandal ist!“) Ja, ja, die Antwort haben wir Ihnen schon gegeben. (Glockenzeichen des Präsidenten.)

Verehrte Damen und Herren, lassen Sie mich abschließend eine Sache noch einmal sagen. Ich glaube, es ist hinlänglich leicht durchschaubar, welchem Ziel diese Kampagne und diese Stoßrichtung dienen sollen. Und erinnern wir uns zurück, die Methode ist ja gar nicht so neu. Ich gehe gar nicht zurück auf den Waldheim, auf den Ludwig, welche Geschichten es auch immer in den letzten Jahrzehnten gegeben hat. Landwirtschaftskammerwahl, die wenige Monate hinter uns liegt, da ist doch bitte auch der Franz Zellnig mit dem Parteivorsitzenden Schachner-Blazizek in eine Pressekonferenz gestürmt, hat den Hofakt hingeschleudert und geschrien: Schweinerei, Skandal. Aber bitte, ich sage noch einmal, Schubumkehr, ist euch im übrigen heftig auf den Kopf gefallen. Und so soll die Geschichte auch diesmal ganz offensichtlich neu betrieben werden.

Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, tun Sie sich nicht so aufregen. Ich weiß nicht, warum Sie so nervös sind. Sie sind ja der gewesen, und ich habe mir zunächst große Hoffnungen gemacht, der gesagt hat, ich möchte für einen neuen Stil bei meinen Leuten auch da sein. Der Stil ist neu, Herr Professor, nämlich so schleißig war er überhaupt noch nie, wie er jetzt ist in diesem Land. (Beifall bei der ÖVP. – Landeshauptmannstellvertreter Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek: „Sehr gut!“ – Abg. Kammlander: „Die 20 Minuten sind um!“) Oh ja, die sind jetzt um, aber, Gundi, du hast mir mindestens zehn Minuten gestohlen. (Abg. Trampusch: „Solche sachliche Feststellungen kannst du immer treffen, die wirken ohnehin nicht!“) Meine verehrten Damen und Herren, eines ist klar. Wir sind für jede Aufklärung in diesem Land. Aber wie gesagt, Hexenverbrennungen finden bei uns, solange wir hier

in diesem Land was zu sagen haben, nicht statt. Und die Wählerinnen und Wähler werden am 22. September dieses Jahres wissen, was sie zu tun haben. (Beifall bei der ÖVP. – 13.21 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Worte gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (13.21 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Daß Hexenverbrennungen doch stattfinden, haben wir ja jetzt gerade erlebt. Wenn ich mir anhöre, was der Kollege Dr. Hirschmann da so in seiner hysterischen Hilflosigkeit zum Besten gegeben hat, das war ja selten zweifelhaft und fadenscheinig.

Ich möchte einmal zuerst mit der Berichtigung beginnen. Wenn der schwarzgrüne Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber seine Intimgeschichten hier, die nicht zum Tagesordnungspunkt gehören, zum Besten gibt, dann soll man bitte nicht vergessen, daß der Drahtzieher drei Sessel weiter sitzt und der Herr Dr. Cortolezis ist, weil er ihn immer wieder bestätigt und sagt, ja, sag's ihr nur, und gib ihr nur! (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Ich bin der Schöcklbart!“) So kann man natürlich eine Hetzkampagne auch initiieren, wie man weiß. Es kann die Friedlichste nicht in Ruhe leben, wenn es ihrem Nachbarn nicht gefällt. Auf diesen einen Satz möchte ich meine Berichtigung reduzieren. Wenn jetzt gekommen ist vom Herrn Dr. Hirschmann, das ist die mieseste Rufmordkampagne gegen einen integren Mann. Wir haben schlicht und einfach gefragt: Was ist hier los? Und wenn jetzt jemand behauptet, daß am 19. August das „Profil“ in unserem Sinne Wahlkampfskandale aufdeckt und der Herr Alfred Worm im Sinne der Grün-Alternativen Wahlwerbung betrieben hat, dann ist er wirklich ein Hellseher. Es hat am 19. August mit dem Artikel im „Profil“ begonnen, in der weiteren Folge, eine Woche später, hieß es schon, der größte Tiefbauskandal der Zweiten Republik, und ich erinnere Sie daran, daß der Herr Landeshauptmann genau diesen Herrn Alfred Worm, der jetzt mit uns vielleicht auch noch verdächtigt wird, daß dieser Herr Worm zum Bundesrechnungshofpräsidenten erkoren wird seitens der Steiermark. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Dieser Worm hat kein Profil!“) Der Wunschkandidat für den Bundesrechnungshof wird. Also, dann wollen Sie vielleicht behaupten, daß wir das alles initiiert haben? Wir sind selber erst wieder ganz aktuell auf dieses Problem gestoßen, obwohl ich im Juni schon angefragt habe und ich mich wirklich frage, warum ich keine Antwort bekommen habe, warum nicht dieses Stück, wenn schon nicht den Landeshauptmann persönlich etwas angeht, an den Herrn Dr. Klausner weitergeleitet worden ist, mindestens das ist die erste Unterlassung. Und uns dann irgendwelche Schmutzkübel anzulasten oder nachzusagen, ist schlicht und einfach eine Frechheit, Herr Kollege. (Abg. Dr. Hirschmann: „Du brauchst dich nicht entschuldigen!“) Das ist eine Frechheit! Sie gehen ohne Beweis vor, Sie behaupten, daß der Herr Kollege Wabl im Parlament noch dazu als Kaffeesudleser mit seinem Bruder irgendwie zusammen irgendwas geredet hat. Ich habe den Bericht des Parlaments vor mir liegen. Der obere Teil ist eine Aufstellung von 1986 über den verschiedenen Personalaufwand, und der Rest sind bitte eineinhalb Seiten. Und das ist der Bericht des Parlaments, und Ihr Kollege, der Herr

Burgstaller, ist dort gesessen und hat mitdiskutiert. Oder wollen Sie behaupten, daß der Herr Burgstaller einen schlechten Draht zum Herrn Landeshauptmann hat? Warum hat er ihn damals nicht angerufen und hat gesagt, wir haben da im Parlament einen kurzen Bericht, der nur 10 Prozent dessen ist, was das Land bekommen hat, und wir haben nachweislich am 31. August den kompletten Bericht bekommen. (Abg. Dr. Hirschmann: „Was du sagst, ist ein ausgekochter Blödsinn!“) Du kennst dich ja selber nicht aus, verstehst. Da erzählt dir der Schüssel etwas, dann erzählt dir der oder der etwas. Bitte nicht zu vergessen, der Bautenminister oder der Wirtschaftsminister sind seit 1986 ÖVP-Minister. Zuerst der Herr Graf und jetzt der Herr Schüssel. Und diese beiden Herren haben den Herrn Talirz auch in seiner Funktion bestätigt. Tun Sie nicht so, als ob das nur eine rein rote Angelegenheit wäre. Der Herr Graf hat bei der ersten Querschnittsprüfung gesagt, er hat nicht mehr schlafen können nachher, als er die Einzelheiten gelesen hat. So sind die Zusammenhänge. Herr Kollege, Sie mögen vielleicht ein guter Entwicklungspolitiker sein oder Dritte-Welt-Fachmann sein oder vielleicht noch für Jugoslawien zuständig sein, aber von diesen gefinkelten Sachen verstehen Sie einen Schmarren. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Du verstehst überhaupt nichts!“ – Abg. Trampusch: „Das haben Sie von der Gleichberechtigung!“) Zum nächsten Punkt: Der Herr Landeshauptmann hat meine Fragen nicht zur Gänze beantwortet. Er hat zwar darauf hingewiesen, im ersten Teil es beantwortet zu haben, aber er hat es nicht getan.

Ich habe noch drei dezidierte Fragen, nachdem ich verstehe, daß er alle anderen Fragen in der Kürze nicht beantworten kann. Mir wurde noch immer nicht deutlich gesagt, wann der Herr Landeshauptmann den Rechnungshofbericht, diese 14 Seiten der Ergebnisprüfung von 1988 – zugeleitet Mai 1989 – gelesen hat. Ich möchte das einmal wissen! Wann hat er ihn zum ersten Mal angeschaut, von der Seite eins bis zur Seite vierzehn? Wie viele Beamte sind involviert? Zuerst heißt es zwei, ich höre von 20. Ich möchte keine in irgendeiner Art geäußerte Verurteilung dieser Beamten hier anbringen, aber ich möchte wissen, wie viele Personen durch den Herrn Talirz als willfähige Beamte benützt worden sind. Das könnte ja auch sein. Und warum – frage ich jetzt noch einmal – wurde meine Anfrage vom Juni nicht behandelt und nicht weitergeleitet, wenn sie nicht in die Zuständigkeit des Landeshauptmannes fällt?

Weiters möchte ich einmal nur von den Details wegkommen und darauf hinweisen, wenn so mit Stolz verkündet wird, „die Pyhrnautobahn ist ein wichtiger Baubereich in der Steiermark“: Vergessen Sie bitte nicht, die Pyhrnautobahn wird der dritte Trampelpfad Österreichs werden. Man soll das nicht als besondere Großtat hinstellen. Das hat der Herr Wallnöfer in Tirol auch versucht, und wir wissen, welche Probleme heute auf Tirol lasten. Also, in bester Betonwallimanie versucht man hier in der Steiermark, die Pyhrnautobahn als Großtat zu verkaufen. Es kann nicht im Interesse aller Steirer und Steirerinnen sein, daß dieses Nadelöhr geschlossen wird und daß die Zukunftsprognosen von einer Verdoppelung im Pkw-Bereich und von einer Versiebenfachung im Lkw-Bereich sprechen. Das sind anerkannte Institute, das ist nicht phantasiert von den Grün-Alternativen. Soweit zur Verkehrspolitik.

Ich komme zur Verlesung meines Beschlußantrages. Ich wollte nur kurz noch zum Herrn Cortolezis anmerken, nachdem mir von meinem Anwalt heute am Vormittag während der Sitzung noch mitgeteilt wurde: Er hat gemeint: „Zum Inhalt der von Dr. Cortolezis angeblich erstatteten Anzeige wegen Verdachtes der Unterlassung ist anzumerken:

Die Ausdrucksweise in seiner Presseaussendung, die Anzeige sei wegen des Verdachtes der Unterlassung erfolgt, ist juristischer Unsinn.“ Sagt der Herr Dr. Destaler, immerhin auch ein anerkannter Anwalt, der seine Kanzlei betreibt, zum Unterschied vom Herrn Cortolezis, der sie ruhend betreibt. „Einen solchen Tatbestand der Unterlassung gibt es an sich nicht. Kurzer Hinweis: Wie gesagt, ich kann mit dieser Konstruktion – jetzt die Anzeige – juristisch absolut nichts anfangen und selbst nach den aufgestellten Behauptungen keinen strafbaren Tatbestand, der von Ihnen verwirklicht worden wäre, erblicken“. Obwohl er die Details überhaupt nicht kennt und nur allein die Presseaussendung des Herrn Cortolezis kennt. Also, Sie werden sicher von ihm weiteres hören.

Zum Schluß der Beschlußantrag, der sehr genau begründet, um was es mir ging. Es ging um die politische Verantwortlichkeit; möglicherweise um eine Überfülle im Ressort des Landeshauptmannes, daß es ihm nicht mehr möglich ist, bestimmte Bereiche selbst zu überwachen oder selbst zu lesen, daß er vorbereitete Berichte nur mehr abzeichnen kann, weil einfach auf Grund der Geschäftseinteilung eine solche Fülle von Anträgen bei ihm vorliegt. Es kann sein, daß er eben seine Kompetenzen nicht wahrnehmen konnte, und deswegen stelle ich als Beschlußantrag den Antrag, dem Herrn Landeshauptmann das Vertrauen zu versagen. Meine Position ist, daß mein Vertrauen seit drei Wochen, seit dieser Wucht von Reaktionen seitens der Landes-ÖVP, diese Entlastungsschritte in dieser Form geführt worden sind – und ich gehe wirklich auch so weit, daß ich behaupte: Diese Kübel, die da auf uns losgeschüttet worden sind, hätten Sie sich ohne weiters ersparen können, wenn Sie mit etwas Klugheit und etwas Sensibilität vorgegangen wären. Ich hatte bis zu dem Zeitpunkt noch ein gewisses Vertrauen.

Ich habe Sie ja hier im Landtag fünf Jahre erlebt; es gibt so etwas wie politische Akzeptanz, auch von meiner Seite. Aber so etwas von einem Festungscharakter und so etwas von Heckenschützenmanier war mir vorher nicht vertraut. (Abg. Dr. Hirschmann: „Sie sind hysterisch!“) Diese Hysterie, Herr Kollege Hirschmann und Herr Cortolezis, haben Sie zu verantworten, nicht wir! Denn wir haben im Juni anlässlich dieser Pressekonferenz – da ging es nämlich auch um Straßenbau, und da war meine Kollegin aus Tirol hier anwesend: Da hat kein Journalist mit dem Ohrwaschl gewackelt, ob's irgendwas bei den Straßensondergesellschaften gibt. Daß jetzt drei Wochen vorher das plötzlich so interessant geworden ist, ist sicher durch das „Profil“ entstanden. Aber das „Profil“ ist nicht die grün-alternative Parteizeitung. Das möchte ich hier betonen. Danke. (13.37 Uhr.)

Präsident Meyer: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Gennaro das Wort.

Abg. Gennaro (13.37 Uhr): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren!

Ich bin etwas bestürzt über die heutige Tonart hier in diesem Hause und über den Mißbrauch, wie man Demokratie als Vorsitzführung vom Präsidentensitz aus vollzieht. Es war noch nie da, daß eine tatsächliche Berichtigung – und wer immer sie gemacht hat – nicht gewährt wurde. Und das paßt genau in die Situation der ÖVP.

Lassen Sie mich, damit ich ja nicht in den Verdacht komme, dazu zwei Zeitungsartikel zitieren. Diese Zeitungen sind nicht der SPÖ nahestehend, daher kann ich nicht in den Verdacht kommen. Es schreibt der „Standard“ vom 6. September sehr passend in einem „Krainer-Cocktail“ – das paßt auf die Demokratie, und vielleicht hören Sie, wenn Sie ihn noch nicht gelesen haben, genau zu –: „Demokratie ist ja lustig, wenn man deren Spielregeln anderen predigen darf. Ganz ohne Zynismus – eine ganz hervorragende Sache, beinahe ein nobler Sport, bei dem Akteure wie Zuseher auf ihre Rechnung kommen, bei dem man nicht einmal schmutzig wird, wenn man selbst den Schiedsrichter spielen darf. So hält's auch der Herr über mehr als eine Million Steirer, Josef Krainer, als demokratisch, was sich die Landeswahlbehörde einfallen ließ: Listenplatz 4 bleibt unbesetzt, Abstand zu den Etablierten muß schließlich sein; um Platz 5 und 6 dürfen zwei Grüngruppierungen würfeln; die aussichtsreichste von ihnen darf sich einem Verfassungsgerichtshoferkenntnis gemäß nicht ‚Grüne‘ nennen; die aussichtslosere darf sich, einem Verfassungsgerichtshoferkenntnis zum Trotz, sehr wohl ‚Grüne‘ nennen. Ein demokratischer Cocktail, bei dem einem übel wird“ – so der „Standard“. „Nein, an der Sitzung der Landeswahlbehörde hat der Herr Landeshauptmann nicht persönlich teilgenommen, wiewohl er deren Vorsitzender ist. Nein, das soll der Stellvertreter machen; man weiß ja nie, ob man sich bei derartigen Dingen nicht doch ein bißchen mit Schmutz bekleckern würde. Solches möchte doch jedermann vermeiden, der Wert auf den Besitz einer weißen Weste legt, wie der feine Herr Krainer. Weiße Weste?“ – Aber alles „Standard“, bitte, nicht meine persönlichen Worte. „Der Vorsitzende der Landeswahlbehörde hat zu verantworten, daß mit der Listenvergabe ein übles, schmutziges Spiel getrieben wurde, das einzig dem Zweck dient, die Absolute allzusehr in Gefahr zu bringen. So sieht sie aus, die Demokratie à la Steirer Volkspartei, ein feines Muster.“ (Beifall bei der SPÖ.)

Zweites Zitat: (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Darf ich etwas fragen?“) Komm' gleich zur Sache, Herr Kollege Schilcher.

Das zweite Zitat aus der „Presse“, auch nicht der Sozialdemokratischen Partei nahestehend:

„Alle paar Wahljahre wieder überkommt die so mächtigen Landesfürsten speziell in den Volkspartei dominierten Bundesländern das große Zittern. Die sonst kaum beachteten Grünen werden plötzlich interessant. Schließlich tut gerade bei der Verteidigung der Absoluten jede einzelne verlorene Stimme weh, was landauf und landab ungeahnte Energiereserven bei den Systemerhaltern freisetzt und so weiter. Auch ein Zeichen, daß man sich sehr wohl Gedanken macht.“

Und wenn vom Ton gesprochen wird – und jetzt komme ich in diesem Haus schon zur Sache –, dann haben Sie von seiten der rechten Reichshälfte überhaupt keine Veranlassung, in irgendeiner Form aufzutreten und hier Kritik zu üben. Man braucht nur die Protokolle der Landtagssitzungen nachlesen und Ihre Zwischenrufe, Ihre Wortmeldungen von „Kettenhunde“, vom „Menscherl“ bis zum „albanischen Agenten“ – ich möchte es nur in Erinnerung rufen –, wo man vergessen hat, für einen Ordnungsruf zu läuten, daß in der Form, bitte, dementsprechend Ihr Stil und Ihr Ton hier im Haus geführt wird. Und der Kollege Hirschmann ist ja bekannt dafür, der wird für den heutigen Auftritt – kann ich ihm sagen – vielleicht sogar eine zweite Pension bekommen, eine Schauspielerpension, weil das, was er heraußen aufgeführt hat, ist alles andere als ernsthaft anzunehmen.

Meine Damen und Herren, der Einstieg des Herrn Landeshauptmannes – ich habe gerade gesehen, er sitzt hinten, er hört auf der Zuschauertribüne zu – war in irgendeiner Form von Beginn an so darstellend, als wäre ja alles in Ordnung. Ich bin der Mann der Sauberkeit, ich werde alles hier aufdecken. Und die Informationen, die er gegeben hat in der Form, waren bitte sicherlich zu überdenken, wenn manchesmal er den Eindruck erweckt hat, er schwebt so über den Dingen. Und Cortolezis hat es ja bei einem Radiointerview sehr deutlich gesagt, es gibt in der Steiermark angeblich nur einen überparteilichen Landeshauptmann. Einen Parteiboss gibt es ja nicht, das ist der Hirschmann, hat er gesagt, nicht der Herr Landeshauptmann Dr. Krainer. Ich habe immer geglaubt, er ist euer Parteifürst, aber Ihr habt ihn selber in Abrede gestellt. Das müßten wir vor der Wahl den Leuten draußen auch sagen, daß Krainer mit der ÖVP nichts zu tun hat. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ein herrlicher Gag war das!“)

Darf ich noch klarstellen zur Information bezüglich der Kontroll-Ausschußsitzung, weil der Präsident Wegart hier sehr deutlich gesagt hat, es sei ein Mißbrauch gemacht worden. Meine Damen und Herren! Natürlich ist es klar, daß nach der Geschäftsordnung eine echte Kontroll-Ausschußsitzung nicht stattfinden konnte. Aber wenn man nicht nur in der Öffentlichkeit über die Medien große Worte spuckt und sagt, wir wollen Aufklärung, dann habe ich es für meine Fraktion als Obmannstellvertreter des Kontroll-Ausschusses für richtig und wichtig erachtet, einmal zu hören, was bitte so angeblich – wie in der Öffentlichkeit dargestellt wird – bei der Ausschlußvorsitzenden an Unterlagen, an Informationen vorhanden ist. Nur durch das Geplänkel zwischen Korber und letztendlich Kammlander habe ich eingeladen in unser Klubzimmer, um zu informieren, damit unser Klub zumindest einmal Kenntnis davon bekommt, wie wir ja die Unterlagen bis dato nicht wissen. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie sind ein Mann mit Fingerspitzengefühl!“) Und nicht, Herr Kollege Schilcher, unser Landeshauptmannstellvertreter ist nervös, sondern Ihr seid heute so nervös gewesen. Die Stimmung ist von einer grenzenlosen Nervosität und von einem schlechten Gewissen gekennzeichnet.

Und der Herr Landeshauptmann Krainer hat ja so getan, als sei er überhaupt nicht zuständig für verschiedene Dinge. Ja, ich muß mich dann fragen, ob der Herr

Landeshauptmann überhaupt den Hofrat Theußl kennt oder ob er überhaupt weiß, daß über die Pyhrn-AG. Autobahnen gebaut worden sind, wenn er nie zuständig ist. Das muß ich schon sagen. Dann sagt der Kollege Kanduth sehr treffend und auch einleitend, der Landeshauptmann ist bekannt für rückhaltlose Aufklärung. Es ist schon genügend darüber gesprochen worden. Ich möchte das nur einmal dezidiert wiederholen, weil es der Abgeordnete Trampusch sehr treffend gesagt hat. Meine Frage – Kollege Kanduth, das hättest du dir müssen anschauen, wenn man für rückhaltlose Aufklärung ist –, warum ist dieses Spiel betrieben worden? Das steht jetzt im Widerspruch. Trampusch hat es ausgeführt. Ich wiederhole es nur ganz kurz noch einmal. Nicht wir haben eine Schuldzuweisung gemacht, sondern Finanzlandesreferent Klausser ist sofort beschuldigt worden, angeschüttet, er ist es. Ein roter Skandal ist das. Ich glaube, Ihr vergeßt eure eigenen Aussagen. Und Trampusch war so fair in der Pressekonferenz, an der ich die Möglichkeit hatte teilzunehmen, der auch gesagt hat, warum wir den Zusatzantrag gestellt haben, damit auch die Landesbaudirektionen mitkontrolliert werden, weil er gemeint hat, man müßte auch ergründen, wie weit die Beamten Informationen gehabt haben, die sie entweder weiter- oder nicht weitergegeben haben. Daher dieser Zusatzantrag. Aber angeblich oder vielleicht gibt es doch ein schlechtes Gewissen, weil man das in der Form dementsprechend abgelehnt hat, die Zuständigkeit in Abrede gestellt hat. Herr Landeshauptmann, ich werde Sie fragen, und es wird sehr spannend und sehr interessant sein, wenn das nächste Mal irgendwo in der Steiermark ein Stück Autobahn eröffnet wird, ob Sie dann auch nicht zuständig sind. Aber da sehe ich immer, daß beim Banddurchschneiden sehr wohl eine Zuständigkeit gegeben ist. Aber wenn es um unangenehme Dinge geht, nicht! (Beifall bei der SPÖ.)

Als Zweites stellen Sie fest, daß keine finanziellen Mittel bei gewissen Teilabschnitten der Pyhrnautobahn vom Land drinnen sind. Dann frage ich, warum haben wir überall die 30prozentige Beteiligung? Klären Sie mich bitte auf. Und wenn Sie, Herr Landeshauptmann, sagen, Sie werden dafür Sorge tragen, daß alles aufgeklärt wird, dann frage ich, warum haben Sie nicht früher in der Öffentlichkeit eine solche Aussage gemacht, weil da habe ich nur gehört, zuerst, wie es geheißt hat, es ist ein roter Skandal, dann hat man einmal richtig entgegnet, weil man beweisen konnte, daß es sehr wohl keiner ist. Auf einmal seid Ihr nervös geworden, weil das Bummerl wieder zu euch zurückgekommen ist. Und dann habt Ihr ein bißchen abgewartet und seid unsicher geworden durch die Berichterstattung, die in den Medien erfolgt ist, und dann habt Ihr herumzuschlagen angefangen, und jetzt stehen Sie auf und sagen, wir wollen alles aufklären, es ist so nichts. Hätten Sie anständigkeithalber gesagt – nicht Schuldzuweisungen an die Sozialisten oder ein roter Skandal – da ist nichts, wir werden das aufklären, und wir können alles prüfen! Warum haben Sie sich gewehrt dagegen, daß man den Kontroll-Ausschuß dementsprechend befaßt? Vielleicht haben Sie zugewartet, weil Sie sich gedacht haben, vielleicht beruhigt sich die Situation. Und wenn man ernstlich der Öffentlichkeit klarmachen will, daß man Aufklärung macht, dann verstehe ich das nicht, warum man dann schnell

ein Telegramm schickt und sagt, Kontroll-Ausschuß ist bitte nicht rechtens, der ist rechtswidrig einberufen, und, und. Das sind unsere Dinge, wo wir sagen, bitte, in der Form kann man nicht offiziell auftreten und sagen, wir tun so, als wie wenn alles in Ordnung ist, und indirekt spielen wir die Geschichten anders. (Abg. Dr. Hirschmann: „Das ist deine Taktik!“)

Und noch etwas, weil der Kollege Korber ist nicht da. (Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber: „Du reizt mich wieder!“) Ja, bist so da. Ja, mein Freund ist so da. Ich darf nur in Erinnerung rufen. Ich habe das auch nicht gewußt, aber wenn er heute so großspurig sagt, er ist nicht gekauft worden, und den Kollegen Flecker angreift, dann darf ich sagen, zu Recht entsteht der Eindruck, daß Korber gekauft ist. Ich habe da nur eine Vereinbarung in Händen, wo sehr wohl die finanzielle Geschichte im Landesbudget 1986 geregelt wurde mit 27. Dezember. Dann sagt der Präsident Schilcher: „Nein, da hat es noch keine Landesregierung gegeben.“ Aber ich weiß, daß wir im Dezember bereits die Budgetsitzungen gehabt haben. Da hat es sehr wohl eine Landesregierung gegeben, sonst wäre hier oben niemand gegessen. Aber bitte, das ist auch in der Öffentlichkeit, Klarstellungen sind im „Standard“ zu lesen, die Aussage von Schilcher, Hirschmann und so weiter: „Da hat es noch keine Landesregierung gegeben.“ (Abg. Dr. Hirschmann: „Der ‚Standard‘ ist eine gute Zeitung!“) Daher entsteht ja der Eindruck, und die Auftritte des Kollegen Korber spiegeln das bei der Kontroll-Ausschußsitzung wider. Man ist wahrscheinlich interessiert, daß sich die Problematik der Grünen in der Öffentlichkeit so darstellt, daß die streiten, dann werden die Leute sagen, nein, nein, die bekommen so keine Stimme, und dann haben Sie Ihre sichere Mehrheit gewährleistet. Das Spiel betreiben Sie. Und wenn Sie, Herr Landeshauptmann, gesagt haben, daß Sie eine außenstehende Kommission oder außenstehende Fachleute einsetzen werden zur Überprüfung dieser Situation, dann muß ich fragen, haben wir bis jetzt von der Landesregierung keine Fachleute dort hingestellt zur Überprüfung oder zur begleitenden Kontrolle? (Abg. Dr. Maitz: „Die greift Ihr dauernd an!“) Nein, nicht angreifen, Kollege Maitz, man darf nur nicht so agieren, zuerst jubelt man sie hoch, und wenn es brennt, dann schiebt man die Verantwortung ab und sagt, nein, nein, da müssen wir andere hinschicken, weil sonst könnten Sie in Verdacht kommen. (Abg. Vollmann: „Nach dem Motto: Haltet den Dieb!“) Ich behaupte, solange man einem Beamten auch nichts beweisen kann, daß er gute Arbeit leistet, sonst wäre er nicht dort, sonst könnte er sich nicht halten. Aber dann habt den Mut, daß Ihr euch zur Beamtschaft auch bekennt. (Beifall bei der SPÖ.)

Abschließend, meine Damen und Herren, weil der Herr Landeshauptmann gesagt hat: „Ich werde mich durch nichts von meinem Stil abbringen lassen.“ Herr Landeshauptmann, meine persönliche Meinung, der Stil ist längst veraltet und nicht mehr zeitgemäß. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Ein ausgezeichnete Stil.“) Die heutige Diskussion hat ja eigentlich gezeigt, daß in der Steiermark wirklich eine neue Kraft notwendig ist, und daher werde ich den Beschlußantrag Ihnen, Frau Präsident, überreichen und möchte den zur Kenntnis bringen:

Beschlußantrag der Abgeordneten Gennaro, Kanape, Minder, Meyer, Schrittwieser, Vollmann, Ussar und Genossen. Der Hohe Landtag wolle beschließen: Gemäß Paragraph 18 Absatz 7 Landesverfassungsgesetz 1960, in der gültigen Fassung, und gemäß Paragraph 22 Geschäftsordnung der Steiermärkischen Landesregierung wird ein Untersuchungsausschuß zur weiteren Beratung und Prüfung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Pyhrn Autobahn AG. eingesetzt. Dieser hat die vorhandenen Unterlagen zu prüfen und alle Auskunftspersonen, insbesondere die in der Pyhrn Autobahn AG. tätigen Landesbediensteten, zu befragen und darüber dem Steiermärkischen Landtag ehestens zu berichten. Der Untersuchungsausschuß ist umgehend einzuberufen und hat gemäß Paragraph 13 Absatz 4 Landesverfassungsgesetz 1960, in der gültigen Fassung, bei Beendigung dieser Tagung seine Arbeit fortzusetzen. (Beifall bei der SPÖ. – 13.51 Uhr.)

Präsident Meyer: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher.

Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher (13.51 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe mir heute gedacht, als ich den Gennaro gehört habe, er wird mir wirklich abgehen. Er ist so vorausberechenbar, dieser kleine Schlenker. Ein bißchen anschütten mit der Geheimvereinbarung – ich habe mir nur gedacht, wer wird das machen? Wird es die Gundi Kammlander machen oder wird es irgendwer anders machen? (Abg. Kammlander: „Das habe ich gemacht!“) Der Gennaro – also man hat sich bei ihm nicht verschätzt, er ist für diese Dinge gut. (Abg. Dr. Hirschmann: „Er ist verlässlich!“) Ein verlässlicher Abgeordneter. (Abg. Gennaro: „Mehrere solche würde man brauchen!“) Ja.

Zuerst einmal nur zum Datum, damit wir das klären: Die Verhandlungen haben Ende November stattgefunden, gleich nach der Wahl, und zwar mit der SPÖ – ein ganz gleiches Papier gibt es mit der SPÖ –, nur, nachdem es die Regierungspartei ist, wird das vom Herrn Landeshauptmann, vom Herrn Landeshauptmannstellvertreter unterschrieben. Für die übrigen Parteien haben Hirschmann und ich auf der einen Seite mit VGÖ, mit der Gundi Kammlander, Hagenauer verhandelt, und zwar dreimal insgesamt. Er war da, nur ist er dann plötzlich weggeblieben, der Hagenauer, und zwar genau in dem Moment, wo er erfahren hat, er kriegt sowieso die Hälfte aller Parteizuwendungen. Da hat er gesagt: „Da brauche ich eh nicht mehr anwesend sein, damit ist die Sache erledigt. Das Geld haben wir, unterschreiben tu ich nichts.“ Denn er wollte nicht in die Verlegenheit kommen – hat er gestanden –, den Herrn Landeshauptmann wählen zu müssen. Daher hat er nur gesagt: „Ich nehme das Geld, aber sonst übernehme ich keine Verpflichtung.“ Also, wir haben mit allen verhandelt, auch mit dem Herrn Rader, und ein ganz gleiches Papier gibt's natürlich dort. Und damit da nicht irgendwelche Legendenbildungen sind: Die Verhandlungen haben sich auf zwei Punkte bezogen: Erstens: Was geschieht im Landtag? Also: welche Ausschüsse, welche Vorsitzenden, welche Mittel – von der Sekretärin angefangen bis zu den Räumen und so weiter, was ja alles dann von der

Abteilung 10 vollzogen wird, und zweitens: die im Budget genau kapitelmäßig abgestuften Parteienzuwendungen, die man ganz offen lesen kann, für Schulungen, für Gemeindefunktionäre und so weiter, und da ist, wie Sie genau der Vereinbarung entnehmen, ein Schlüssel nach Wählerstimmen, was wer kriegt.

Und das gilt für die SPÖ, die ÖVP, die FPÖ, die Grünen und die Alternativen; nur, die Alternativen haben sich zum Schluß geschlichen. Das war die ganze Geschichte. Also, von Geheimnis keine Rede. Es ist ja auch erst eingefallen, als man draufgekommen ist, daß es da ein kleines „Macheleukes“ zwischen der Frau Kammländer und irgendwelchen Grünen gegeben hat und der Korber dann, glaube ich, den Vorwurf eines „Geheimpaktes“ gemacht hat. Da hat der Wabl schnell aus der Tasche auch einen Geheimpakt gezogen, der so geheim war, daß ihn jeder in der Hand gehabt hat. Also, diese Art von Geheimnissen, Herr Gennaro – Sie haben es ja auch in der Hand, offenbar auch von Wabl über Wabl – (Abg. Schützenhöfer: „Hat vielleicht Rechberger den Geheimpakt bekommen?“), kennen wir. Ich sag's nur, damit die Legendenbildung ein Ende hat, und zu dem Zeitpunkt, den Sie genannt haben, wurde das bereits im Budget vollzogen. Das war nämlich die Vollzugsmeldung aus dem Budget 27. Dezember – wie Sie ja wissen, längst nach den Budgetverhandlungen im Landtag. Gut.

Ich möchte nur eines sagen: Heute sind wir alle da zusammengekommen vor einer klaren Alternative. Will dieser Landtag etwas aufklären oder will er weiter vernebeln? Das ist eine Frage. Einige haben in den Zeitungen schon Mutmaßungen gehabt, die haben gesagt: „Unter Wahldampf wird's eher eine Vernebelung werden.“

Ich habe ein paar Hoffnungen in der Diskussion gesehen, daß wir eine Aufklärung kriegen; eine war der Landesrat Klausner. Denn was er gesagt hat, war von vorn bis hinten richtig – mit einer ganz kleinen Änderung: Der Herr Landeshauptmann hat den sogenannten „Querschnittbericht“ überhaupt nie in Händen gehabt. Das ist der kleine Unterschied. (Abg. Vollmann: „Er hat ihn unterschrieben!“) Nein! Er hat – damit wir da auch klarstellen – nur den Sitzungsantrag der Zehner unterschrieben, nie den Bericht. Und wenn Sie den bitte lesen, der ist sehr positiv. Da zitiert der Herr Landesrat Klausner, daß uns zum Beispiel der Rechnungshof im Lande Steiermark lobt und sagt: „Das ist das einzige Land, das die Dauerkarten für die Tunnels seiner Mitglieder, die da fahren, selbst bezahlt“, und hat das als besonders lobenswert empfunden. Und dann gibt's ein paar Kleinigkeiten, die ohnedies schon in der Presse gestanden sind, der Beanstandungen, die alle da drinstehen. Der Herr Landeshauptmann hat nie einen Bericht gehabt, denn am 9. Oktober – der Herr Landeshauptmann hat's schon selber gesagt – war er nicht einmal bei der Sitzung anwesend. Die hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Gross geleitet. Damit die eine Geschichte einmal klar ist. Er hat nie etwas gehabt, aber sonst hat der Klausner vollkommen richtig aus den Geschehnissen berichtet.

Und da bitte eine Frage: Wo gibt es ein Faktum, das Sie untersuchen lassen wollen, im Klausner-Bericht? Also, mir kommt das qualtingerhaft vor: „Ich weiß zwar nicht, wo ich hinfahre, aber dafür bin ich schneller

dort“ – „ich hab' zwar nichts zu untersuchen, aber ich mache einen Untersuchungs-Ausschuß.“ Es ist ja nicht ein einziges Faktum vom zuständigen Regierungsmitglied auf den Tisch gelegt worden, zu dem es irgendeine Untersuchung gäbe – aber Sie verlangen einen Untersuchungs-Ausschuß. Also bitte, erzählen Sie mir, was untersucht werden soll. Eines könnte man untersuchen:

Mich täte interessieren, woher der Herr Trampusch, nünmehr Mitglied der rot-blau-grünen Anti-Krainer-Fraktion – jetzt bin ich nicht mehr ganz sicher, nachdem Sie heute so knirschend auf die Bremse gestiegen sind, ob Sie noch ganz dazugehören; aber bis vor kurzem waren Sie da einer der Rädelsführer –, wieso Sie den Herrn Landeshauptmann der Lüge zeihen. Das ist mir völlig unbekannt, denn ich habe mir jetzt Ihre Anträge und die Anträge der Landesregierung angeschaut – bitte, Sie werden sie ja auch vor sich liegen haben. In Ihrem Antrag ist keine Rede von der politischen Verantwortung. (Abg. Trampusch: „Aber ja!“) Aber keine Rede! Darf ich ihn wörtlich zitieren?

„Zu prüfen sind die im Amt der Steiermärkischen Landesregierung zuständige Landesbaudirektion, die Fachabteilungen II a, II b, II c, die für die Beteiligungsverwaltung zuständige Rechtsabteilung, der für die Landesbaudirektion zuständige Landeshauptmann, der für die Beteiligungsverwaltung zuständige Landesrat und die Landesholding, betreffend die Pyhrn-AG. (Abg. Gennaro: „Der eine versteht einen Antrag, der andere nicht!“) Ja, bitte, jetzt muß ich schon sagen: Leider ist der Herr außerordentliche Professor für Recht nicht da. Der hätte Sie aufgeklärt. Der Rechnungshof macht eine Gebarungskontrolle – da hat er schon recht, der Hirschmann. Das haben wir beim Ballt im ersten Semester gehört:

Der Unterschied Gebarungskontrolle – politische Kontrolle. Politische Kontrolle macht ausschließlich der Landtag. (Abg. Trampusch: „Der Herr Landeshauptmann hat im Fernsehen erklärt, alles muß geklärt werden. Auch die politische Verantwortung!“) Ja, aber, Herr Kollege, sind Sie mir nicht böse – das hat mit Ihrem Antrag in der Landesregierung nichts zu tun. Das hätten Sie sagen sollen, dann hätten wir darüber geredet. Aber der Antrag zielt auf Gebarungskontrolle. (Abg. Trampusch: „Was ich gesagt habe, ist nichts anderes als ein Zitat von Lichtenberg, nicht von Lichtenstein: Die gefährlichsten Unwahrheiten sind Wahrheiten, mäßig entstellt!“) Nein, Herr Kollege, das mag zutreffen, aber ich habe ja Ihren Antrag wörtlich zitiert: Weit und breit kein Wort von der politischen Verantwortung, und darum habe ich auch gefragt, wie der Herr Univ.-Prof. DDr. Schachner-Blazizek auf die Idee kommt, nachher zu fragen, er wird die politische Verantwortung einklagen. Gibt's nicht bei einer Gebarungskontrolle. Aber nur, damit Sie wissen, was eine Gebarungskontrolle ist: Ich habe mir – (Abg. Mag. Rader: „Stimmen Sie jetzt dem Untersuchungs-Ausschuß zu?“) warten 'S ein bißchen, auf Sie komme ich schon, komme ich ganz sicher noch! „Gebarung“ – heißt es in Adamovich-Funk, dem führenden Lehrbuch – „ist nicht nur alles, was mit finanzieller Transaktion zu tun hat, sondern jedes Verhalten mit finanzieller Auswirkung.“ Also: Wenn Gebarungskontrolle verlangt wird, gibt's überhaupt nichts Umfassenderes. Der Landeshauptmann hat vollkommen recht gehabt

zu sagen: „Wenn ich Gebarungskontrolle verlange, verlange ich, daß der Rechnungshof alles, was im Zusammenhang mit der Pyhrn und dem Land Steiermark an rechtlichen faktischen Verhältnissen da ist, aufdeckt.“ Wenn ich aber sage: „Dort und dort und dort ist zu prüfen“, ist das eine Einschränkung, weil dann verlange ich nicht mehr alles, sondern spezielle Prüfungen. Und daß Sie bei der Gelegenheit dem Herrn Landesrat Klausner eins auswischen wollen, ihn speziell prüfen lassen wollen, ist ein persönliches Problem zwischen euch beiden. (Beifall bei der ÖVP.) Aber das geht uns also da eigentlich – (Abg. Trampusch: „Sie haben etwas Wesentliches vergessen!“) Und zwar? (Abg. Trampusch: „In unserem Antrag steht: Weiters ist zu prüfen!“) Nein, nein! Nein! „Zu prüfen sind ...“ Ich habe Ihr Original: „Zu prüfen sind ...“ (Abg. Trampusch: „Das Wort ‚weiters‘ haben Sie unterlassen!“) Ja, ja, das habe ich auch. Also bitte, weiters zu prüfen, nachdem wir alles prüfen, ist ein sogenanntes „Superfluum“. Also, das verstehe ich überhaupt nicht. (Abg. Trampusch: „Ich weiß schon, daß man parteibind sein kann und nicht richtig liest. Daß man nicht mehr kritisch denken kann, das enttäuscht mich sehr, Herr Kollege!“) Herr Kollege, wenn wir alles prüfen, brauchen wir nichts mehr weiters prüfen, und der Herr Präsident des Landesrechnungshofes hat ja in dem Brief ausdrücklich mitgeteilt, daß er alles im Zusammenhang prüfen wird, weil das die Gebarungskontrolle ist. Das brauchen Sie ja nur nachlesen. Tun Sie nicht immer Beamten etwas unterstellen. Das macht eh hauptberuflich der Rader. Tun Sie das nicht wirklich auch noch, weil langsam sind die Beamten arm. Hier im Hause dürfen sie nicht reden, aber Sie schütten sie immer an. Ich bin wirklich der Meinung, daß man sie in Schutz nehmen muß. (Abg. Trampusch: „Darum haben wir gesagt: Weiters sind zu prüfen!“) Nur weil Sie gefragt haben und der Gennaro auch: Ja, wie gibt es denn das, daß der Landeshauptmann sagt, kein Groschen ist hineingeflossen in die Pyhrnstrecke, wo wir doch mit 31,8 Prozent beteiligt sind? Wieder fehlt uns der Herr außerordentliche Professor, der würde Sie nämlich aufklären, daß die Beteiligung mit dem Betrieb nichts zu tun hat.

Natürlich kann ich mich an einer AG. mit soundsoviel Schillingen beteiligen, deswegen habe ich aber in die Strecke, die gebaut wird, keinen Schilling hineingesteckt. Also es gibt eine Beteiligung an einer AG., da haben wir uns mit 31 Prozent beteiligt, und es gibt einen Betrieb. Und beim Betrieb haben wir uns mit Null beteiligt. So einfach ist es. (Abg. Kammlander: „So ist das nicht!“) Frau Kammlander, bitte klären Sie mich auf! (Abg. Kammlander: „Wenn ich beteiligt bin, zahle ich auch!“) Also das ist mir zu hoch, das müssen Sie mir dann in einem Privatissimum erklären. Weil Sie fragen, wie die Stellung des Herrn Hofrat Theußl war, da müßte doch der Landeshauptmann zuständig sein. Darf ich Ihnen zwei Dinge sagen. Erstens einmal sind tatsächlich nicht nur ein oder zwei Beamte für die Pyhrn tätig, sondern zwischen 14 und 20. Warum? Und da wurde wieder sehr viel hineingeheimnist. Als die Pyhrn-AG. diesen Ausbau der Strecke übernommen hat, hat sie natürlich Aufgaben übernommen, die bislang in den Fachabteilungen des Landes von einer ganzen Menge von Beamten gemacht wurden. Und jetzt war es ein Gebot der Sparsamkeit, die nicht arbeitslos werden zu lassen und bei der Pyhrn extra

Leute anzustellen, damit sie das machen, was bisher die Beamten gemacht haben. Und das einzig Vernünftige war, man schließt mit denen einen privatrechtlichen Vertrag – bitte nachzuschlagen beim Prof. Schwarz, Arbeitsrecht, sogenannte echte Leihe –, sie werden verliehen für diesen Zweck an die Pyhrn-AG. Und dort haben sie genau das gemacht, was sie vorher für das Land gemacht haben. Und um das Datum zu klären, der Herr Landeshauptmann hat vollkommen recht gehabt, im Jahr 1988 zu sagen, wir, die Baudirektion und ich, weil nämlich erst 1989 dieser Vertrag geschlossen wurde, der einen Teil der Beamten der Pyhrnautobahn zugewiesen hat. Also 1988 hat gestimmt.

Letzter Punkt in dem Zusammenhang: Der Theußl ist in seiner Eigenschaft als Fachmann drinnen und, wie Wielinger gegutachtet hat, damit ausschließlich der Weisung des Vorstandes unterstellt gewesen, wenn er als Beamter tätig war. Soweit er dort Aufsichtsrat war, war er natürlich nicht der Weisung dieses Vorstandes – (Abg. Mag. Rader: „Hat er immer gewußt, welchen Hut er aufgehaut hat?“) Herr Kollege, das ist ein ganz allgemeines Problem, wenn sich Beamte – (Abg. Mag. Rader: „Hat er es immer gewußt?“) Herr Kollege, tun Sie nicht immer vermiesen. Darüber gibt es ein dickes Buch des Herrn Prof. Eicher, welche Probleme entstehen, wenn man Beamten in gewisse Gremien schickt. Daß dies nicht problemlos ist, ist schon richtig, aber es ist ein weit verbreitetes Problem. Sie sind ja auch ein verliehener Beamter hierher in den Landtag, also so ist es einmal. (Beifall bei der ÖVP.)

Ein weit verbreitetes Phänomen. (Abg. Trampusch: „So ein Beamter dürfte nie in den Spiegel schauen, weil er könnte seinem Gegenüber etwas erzählen, was er ihm nicht erzählen darf!“) Ja, aber Herr Kollege, jetzt muß ich Sie wieder fragen, was hätte er denn zu erzählen? Da kommt ja die nächste Legende der 900 Millionen. Ich habe gerade mit dem Loidl vorher geredet und mir das bestätigen lassen. Eine ganz simple Auskunft. 2,1 Milliarden sind verbaut, 900 Millionen sind noch zu verbauen, und bitte – (Abg. Mag. Rader: „Totale Verwirrung!“) warte, ich komme schon. Wir haben hier einen Sitzungsantrag an die Steiermärkische Landesregierung, ich glaube vom 22. März 1989, wobei jetzt drinnen steht, die Gesamtbaukosten allerdings der fünf Baulose Rottenmann plus die vier Schoberpaßbaulose betragen 3,5 Milliarden Schilling. Das heißt, das Land wußte seit 1989, daß die Gesamtbaukosten 3,5 Milliarden waren. Und jetzt sagt der Dr. Gobiet, das stammt aus einer Schätzung des Jahres 1988 für das Ende der Bauzeit 1993. Und daß man da um 100 Millionen divergieren kann, daß da nämlich durch Baukostensteigerungen jetzt 100 Millionen mehr werden, wobei ich nicht weiß, woher, das wird alles zu prüfen sein – haben wir ja gesagt –, ergibt folgende Rechnung, die bereits vom Herrn Minister Schüssel am Samstag ausdrücklich bestätigt wurde, nämlich 3,6 Milliarden insgesamt: 2,1 Milliarden verbaut, 900 Millionen noch, 600 Millionen Mehrwertsteuer, ergibt 3,6 Milliarden. Ich habe mich beim Loidl erkundigt, der sagt, jawohl, das ist die Rechnung, die ihnen auch im Aufsichtsrat mitgeteilt wurde. Also, wo gibt es einen Schilling Überziehung? (Abg. Kammlander: „Warum redet der Theußl etwas anderes?“) Es mag sein, und daher haben Sie wahrscheinlich vom Worm gelesen, daß der Herr Talirz den Aufsichtsrat

falsch unterrichtet hat. (Abg. Kammlander: „Nein, das hat mir der Theußl gesagt!“) Aber ist ja überhaupt nicht wahr.

Der Herr Talirz könnte – ich weiß es nicht, darum bin ich sehr vorsichtig – die 2,7 Milliarden genannt haben. (Abg. Mag. Rader: „Der Talirz hat das dem Theußl erzählt!“) Herr Kollege, in keinem Artikel des Worm kommt der Theußl im Zusammenhang mit 900 Millionen vor, in keinem Artikel. Sondern der Worm zitiert den Talirz. (Abg. Mag. Rader: „Sie beweisen, warum wir einen Untersuchungs-Ausschuß brauchen!“) Herr Kollege Rader, jetzt sage ich Ihnen etwas persönlich, was ich mir sonst erspart hätte. Jemanden, der eine Partei repräsentiert, die nach letzten Berichten des „Profil“ insgesamt 9 Millionen Schilling Steuer- und Gebietskrankenkassennachzahlungen machen muß (Abg. Mag. Rader: „Das hätten Sie nicht sagen dürfen!“), 4,5 und 4,5 steht drinnen, die Schwarzgelder gezahlt hat und dergleichen, brauchen wir wirklich nicht zur Aufklärung. Wirklich nicht (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage nicht mehr, aber nachdem Sie mich ständig provozieren mit guten Ratschlägen, wie man untersucht, muß ich Ihnen das leider mitteilen. (Abg. Gennaro: „Sie haben heute etwas vom Anschütten gesagt!“ – Abg. Trampusch: „Das war Tunnelbau und nicht Hochbau!“ – Präsident Meyer: „Am Wort ist der Herr Abgeordnete Univ.-Prof. Dr. Schilcher!“) Ich bin so fertig! Ich habe wörtlich zitiert einen „Profil“-Bericht, und es steht dem Herrn Rader frei zu sagen, daß der falsch ist. Mehr habe ich nicht getan.

Nur ein Wort zur Frau Kammlander, weil sie so verzweifelt einen Bericht gesucht hat am 11. Juli. Ich habe mir Ihre Suche angeschaut. Sie verlangen einen Bericht mit der Zahl 01293 II 5/86. Sie wissen selbst, daß der Querschnittsbericht aus 1988 ist. Die Zahl ist vollkommen falsch. Sie haben also, um zu reassumieren, den falschen Referenten gefragt, weil zuständig war der Klausner, Sie haben um den falschen Bericht gefragt. (Abg. Kammlander: „Ich habe nach dem Pyhrnbericht gefragt!“) Sie haben den Pyhrnbericht befragt, und den gibt es nicht. Es gibt keinen Pyhrnbericht, sondern es gibt einen Querschnittsbericht für alle Baugesellschaften, beginnend mit der Brenner- bis – (Abg. Kammlander: „Pyhrnbericht!“) Einen Pyhrnbericht gibt es nicht, unter der Zahl gibt es überhaupt keinen Bericht. (Abg. Kammlander: „Das ist eine Lüge!“) Was ist eine Lüge? Ich zitiere es Ihnen, ich habe es ja in der Hand. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wo sind wir denn? Er zitiert nur!“) Frau Kollegin, das einzige, was es gibt, ist ein Querschnittsbericht. Es gibt keinen steirischen Pyhrnbericht. Lassen Sie sich das endlich einmal sagen. (Abg. Kammlander: „Was denn dann?“) Nein, einen Querschnittsbericht über alle Autobahnen. Wir haben ihn nicht. Natürlich lassen Sie die armen Beamten im Büro Landeshauptmann stundenlang suchen, wenn die einen steirischen Pyhrnbericht suchen sollen unter einer falschen Zahl. Das ist Ihr Problem, aber nicht unseres. Darf ich zum Schluß eine Bemerkung machen. (Abg. Gennaro: „Sie machen Werbung für den Untersuchungs-Ausschuß!“) Es ist nichts zu untersuchen!

Darf ich eine Bemerkung machen zum Schluß. Wenn wir in diesem Land wirklich keine anderen Probleme haben als dieses Problem. (Abg. Kammlander: „Bitte, lesen Sie das!“) Ich lese Ihnen vor, was Sie suchen. Sie

suchen die Querschnittsprüfung der Straßenbau-Sondergesellschaften – (Abg. Kammlander: „Das einzige, was falsch ist, ist die Zahl!“) ja, unter einer falschen Zahl –, und setzen hinzu: „Ich möchte die Prüfung der Pyhrn-AG. erhalten.“ Die Prüfung der Pyhrn-AG. – diese Prüfung hat es nicht gegeben. (Abg. Kammlander: „Ja ist es das nicht?“ – Abg. Dr. Hirschmann: „Sie kennen sich nicht aus!“) Frau Kollegin, lassen Sie sich vom Herrn Wabl aufklären; daß eine Querschnittsprüfung nicht ident ist mit der Prüfung einer Gesellschaft. (Abg. Kammlander: „Bitte hier!“) Ja, den habe ich auch. Aber das hat nichts damit zu tun. Es gibt keinen steirischen Pyhrn-Bericht, sondern da oben steht „Querschnittsprüfung aller Straßen-Sondergesellschaften“. (Abg. Kammlander: „Insbesondere der Pyhrn-AG.!“) Gut. Also, wenn dieses Land, meine Damen und Herren (Glockenzeichen der Frau Präsidentin), keine anderen Probleme hat als das, kann ich es nur glücklich schätzen, und ich gratuliere uns selber dazu. Und da möchte ich den Hirschmann zitieren: „Angesichts der Situation rund um uns sind wir eine Insel der Seligen, unter einer hervorragenden Führung.“ Und es wird Ihnen nicht gelingen, den anständigsten Landeshauptmann aller Zeiten anzuschütten – das sage ich Ihnen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.14 Uhr.)

Präsident Meyer: Zur tatsächlichen Berichtigung erteile ich dem Herrn Mag. Rader das Wort.

Abg. Mag. Rader (14.14 Uhr): Frau Präsidentin, meine verehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Prof. Schilcher hat in seiner Abschiedsrede aus diesem Landtag drei unrichtige Behauptungen aufgestellt, die ich tatsächlich berichtigen möchte:

Erstens: Die von ihm genannte Zahl von Abgeltungen gegenüber Finanz und sonstigen Dingen steht nicht einmal im „Profil“ – erstens, und ist zweitens falsch. Zweitens: Die von ihm zitierte – (Abg. Purr: „Du wurdest verurteilt, und das ist richtig!“) Ich weiß nicht, wieso du herumhüpfst. Ich möchte den Rahmen einer tatsächlichen Berichtigung nicht sprengen, aber wenn der Herr Landeshauptmann in den Dingen, die in seinem Bereich sind, eine derartig aufrechte Haltung eingenommen hätte, dann täten wir uns leichter. (Abg. Purr: „Sagt uns, was zu tun ist, und steht in jeder Zeitung als Verurteilter!“)

Zweitens, lieber Herr Purr: Der Herr Prof. Schilcher hat eine Anfrage, die ich mitunterzeichnet habe, falsch zitiert. Er hat nämlich behauptet, es ist nach einer Prüfung der Pyhrn-AG. gefragt worden. Sie liegt vor mir: Gefragt wurde betreffend die Querschnittsprüfung der Straßen-Sondergesellschaften, bei denen auch die Pyhrn Autobahn AG. enthalten ist – wie Sie ja bekanntlich wissen. Sie haben recht, daß die Zahl, die zitiert wurde, falsch ist, aber der Betreff und der Inhalt sind richtig zitiert.

Drittens: Sie haben mitgeteilt, daß die Landesregierung von allem Anfang an gewußt hat, daß diese Schoberpaßstrecke 3,5 Milliarden kosten würde. 3,5 Milliarden – das ist die nunmehr vierte Zahl, die ich höre. Ich halte mich an die Auskunft, die der Herr Landeshauptmann persönlich in der Fragestunde dieses Hauses und nicht irgendwo bei einer Versammlung gegeben hat. Damals hat der Herr Landeshaupt-

mann und Parteiobmann mitgeteilt, es handelt sich um Kosten von 3 Milliarden. Nachdem wir jetzt schon vier Ziffern haben, wird es höchste Zeit, daß wir einen Untersuchungs-Ausschuß einsetzen. (Beifall bei der FPÖ. – 14.16 Uhr.)

Präsident Meyer: Wir haben noch eine tatsächliche Berichtigung durch die Frau Abgeordnete Kammlander.

Abg. Kammlander (14.16 Uhr): Zur Tatsächlichen zum Vorredner Schilcher: Meine Anfrage vom Juni hat einzig und allein eine falsche Geschäftszahl gehabt, nachdem ich damals – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ein falscher Adressat!“) Ja, möglicherweise, nur, das Schreiben des Herrn Landtagspräsidenten hat gelaute: „Ich bitte dich um Behandlung.“ Also nehme ich an, wenn es einen nicht betrifft, daß man es wenigstens weiterleitet oder zurückweist oder wenigstens auf meine Anfrage – ich habe das Fax vom 6. August und der nächste Anruf vom 19. August – sagt: „Das geht uns nichts an, aber wir haben es schon weitergeleitet“, oder irgend etwas. Wissen Sie, was ich hier feststelle, Herr Kollege? (Abg. Dr. Cortolezis: „Tatsächliche Berichtigung!“) Was hier in dieser ganzen Affäre dieses Suchens nach einem Rechnungshofbericht nämlich festzustellen ist? Das ist die reine Arroganz, die hier herrscht. Daß auf eine schlichte Frage – (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Warum haben Sie nicht den Wabl gebeten, der ihn in der Hand gehabt hat?“) Er hat ihn nicht in der Hand gehabt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Worüber hat er im Parlament geredet?“) Über die eineinhalb Seiten. Aber, Herr Kollege, so dumm sind Sie sicher nicht, daß Sie das nicht begriffen haben, nachdem ich es hier zum dritten Mal jetzt sage. Es gibt eineinhalb Seiten im Parlament, und es gibt 14 Seiten für den Landtag. Und um die 14 Seiten geht es. Und hier steht ganz schön drüber „Querschnittsprüfung – Straßen-Sondergesellschaften“ im Übertitel, und unterhalb steht „gesellschaftsspezifische Angelegenheiten der Pyhrn Autobahn AG.“. Aber wie weit sind wir jetzt wirklich schon gesunken, daß wir die Überschriften zitieren müssen, um den Wahrheitsbeweis anzutreten (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Weil Ihr inhaltlich nichts habt!“), weil Sie sich in Ihrer Nonchalance und in Ihrer Arroganz gedacht haben, die Grünen, die Grün-Alternativen, die werden wir einfach so wegbeuteln; das sind nur lästige Frager. Wie Sie aber jetzt mit diesen lästigen Fragern umgegangen sind, das ist die Offenbarung. Denn nach meiner Anfrage, was mit meinem Papier ist, nachdem mir meine Tiroler Kollegin – (Abg. Ing. Stoisser: „Ist das eine tatsächliche Berichtigung?“) Ja, sicher! Na, sicher ist das eine tatsächliche Berichtigung! Ha, ha! Was denn sonst?

Herr Kollege, in Tirol hat man genau diesen Auszug für die Arlberg-Straßen-AG. im März 1990 im Landtag behandelt. Warum denn eigentlich? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Weil dort etwas Grauenhaftes drinnen steht!“) Ach so? Ach so? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Haben Sie den Bericht gelesen?“) Ja, um den Inhalt. Das ist doch eine – na also wirklich! Es ist so kühn zu behaupten, der Inhalt ist entscheidend, ob er dem Landtag vorgelegt wird oder nicht. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Ob er debattiert wird im Landtag oder nicht!“) Das stimmt ja nicht! Ob debattiert wird

oder nicht – es geht darum, ob er dem Landtag vorgelegt worden ist.

Und meine Tiroler Kollegin hat mir im Juni anlässlich der Pressekonferenz zu den Geschäften der Straßen-Sondergesellschaften gesagt: „Was, Ihr habt euren Pyhrn-Bericht noch nicht im Landtag gehabt? Da hast du die Geschäftszahl.“ (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das war der Anlaß!“) Das war der Anlaß. Genau! Jetzt wissen Sie's – endlich, nachdem ich es schon dreimal im Rundfunk erzählt habe. Aber bitte.

Die Geschäftszahl habe ich mir von ihr abgeschrieben, und sie ist nachweislich die der Arlberg-Straßen-AG., nachdem sie als Abgeordnete zum Tiroler Landtag natürlich nicht wissen konnte, welche Geschäftszahl die Pyhrn-AG. hat. Und die hat 0131. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie bestätigen nur, was ich sage!“) Nein, nein; nein, nein. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie haben nur die Fehler abgeschrieben!“) Herr Kollege, bleiben wir präzise. Sie versuchen einen Entlastungsschritt nach dem andern mit juristischen Finessen, indem Sie meine Anfrage als zweitrangig oder ungenau qualifizieren. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Falsche Berichte unter falschen Zahlen!“) Nein, nein; nein, nein. Ich habe Ihnen jetzt den Beweis gebracht. Es heißt „gesellschaftsspezifische Angelegenheiten der Pyhrn Autobahn AG.“ im Untertitel. (Glockenzeichen der Frau Präsidentin – Präsident Meyer: „Frau Abgeordnete, die tatsächliche Berichtigung darf nur fünf Minuten dauern.“) Bitte – ich bin eh schon am Ende. (14.21 Uhr.)

Präsident Meyer: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Vollmann das Wort.

Abg. Vollmann (14.21 Uhr): Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Wenn man schon einmal durch die Geschäftsordnung und den Herrn Präsidenten daran gehindert wird, das Wort zu ergreifen, um einen Antrag einbringen zu dürfen, so sei mir doch gestattet, daß man in diesem Haus sich noch zum Worte melden darf.

Meine Damen und Herren, ich freue mich darüber, daß der Kollege Schilcher gemeint hat, wir sind heute zusammengekommen, um alles aufzuklären. Leider, das muß ich mit Bedauern feststellen, hat es – so scheint es – in diesem gesamten Bericht nichts aufzuklären gegeben, weil – so heute die allgemeine Meinung von Ihrer Seite – ja nichts passiert sei. Ich darf Sie, meine Damen und Herren, daran erinnern, daß wir nie von einer Skandalisierung gesprochen haben, sondern daß die diversen Medien, „Profil“, Worm und Sie, meine Damen und Herren, von Skandalen gesprochen haben und von der Skandalisierung und sofort versucht haben, weil Sie heute gemeint haben, vom Schmutzkübel, die Schmutzkübelaktion (Abg. Ing. Stoisser: „Das Wort Lüge ist nichts?“), die Sie jedes Mal noch bei einer Wahl betrieben haben, auf den Landesrat Dr. Klausner und damit auf unsere Seite abzuladen. Wenn Sie jemand als Verantwortlichen suchen, so suchen Sie die Leute immer dort, wo sie nicht sind, aber nie in den eigenen Reihen. (Abg. Dr. Maitz: „Jetzt dreht er den Spieß um!“) Lieber Herr Dr. Maitz, ich drehe hier keinen Spieß um, aber ich meine, du solltest in der Ausdrucksweise dich manch-

mal ein bißchen am Riemen reißen. Ich denke nur an deine Aussagen vom Urmenschlerl und allen anderen Dingen, wo es vielleicht gut wäre, sich einmal ein bißchen dort darauf zurückzuziehen, wo auch deine normalen Beweglichkeiten am Sprachsektor liegen. (Abg. Dr. Maitz: „Ist es etwas Schlechtes, wenn man den Spieß umdreht?“) Meine Damen und Herren! Unbestritten ist, daß in der Steiermark seit mehr als eineinhalb Jahrzehnten Landeshauptmann Dr. Krainer die Verantwortung für den Straßenbau trägt. Das werden Sie mir ja natürlich nicht bestreiten (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Gott sei Dank!“), und ich darf hier bitte mit aller Deutlichkeit sagen, daß er der zuständige Referent ist (Landeshauptmann Dr. Krainer: „So ist es!“), und nichts anderes war auch in der gesamten Frage dieser Sache zu sehen. Er wurde als zuständiger Referent aufgefordert zu sagen, um was es geht, was tatsächlich passiert ist und was drinnen ist, meine Damen und Herren. Ich weiß es aus leidvoller Erfahrung, und denken Sie nur daran, und ich bin gerne bereit, die Anfragebeantwortung des Herrn Landeshauptmannes vorzulegen in der Frage Mitterdorfer Umfahrung, wo er in seinem Endeffekt der Beantwortung sagt, die ganze Sache kostet 70 Millionen Schilling, und hier ist der Rechnungshof einzuschalten, um festzustellen, ob das auch für diese Umfahrung so gegeben und verantwortbar ist. Ja, ich bin der Meinung, man sollte einschalten dort, wo Zweifel auftreten, aber auch hier treten Zweifel auf, und daher sollte sich bitte der Rechnungshof damit befassen. Oder, lieber Kollege Eichtinger, denke daran, wir beide intervenieren seit zwei Jahren beim Herrn Landeshauptmann als dem zuständigen Straßenreferenten in einer Sache der Umfahrung Krieglach wegen einer starken Lärmentwicklung und anderen Bereichen. Außer einer Antwort vor zwei Jahren ist nichts mehr geschehen, und jetzt habe ich einen Brief bekommen, daß ja alles unternommen worden ist. Nur, die Leute haben dort nichts gespürt davon. Das ist die Verantwortung im steirischen Straßenbau. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf auch zur Frage des Untersuchungs-Ausschusses einmal grundsätzlich folgendes sagen: Wer sich keiner Schuld bewußt ist, hat es nicht notwendig, sich gegen einen Untersuchungs-Ausschuß zu wehren. Und Sie selber hier im Landtag und Ihre Vertreter im Nationalrat haben des öfteren Untersuchungs-Ausschüsse in verschiedenen Angelegenheiten gefordert, und ich sehe daher kein Problem, auch von Ihrer Seite nicht, einen solchen Untersuchungs-Ausschuß einzusetzen, der zu arbeiten beginnen soll, um die Verantwortung des Landes und des politischen Referenten, nämlich des ÖVP-Obmannes Landeshauptmann Dr. Krainer, festzustellen. Beamte, so sagt Schilcher, dürfen im Haus nicht reden, sie werden angeschüttet. Meine Damen und Herren, ein klares und deutliches Wort bitte dazu. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das macht Ihr leider Gottes immer wieder!“) Für uns gilt bitte, daß jemand so lange unschuldig ist, solange nicht das Gegenteil bewiesen ist. (Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)

Bitte, meine Damen und Herren, nehmen Sie das zur Kenntnis. So ist es bitte, und diese Meinung haben wir immer vertreten. Lieber Kollege Schilcher, ich weiß schon, daß du das Enfant terrible in allen Bereichen

bist, du warst es sehr lange, und ich erinnere mich noch an deinen Artikel – ich habe ihn in der Lade –, wo du sagst: „Meine Partei, die ÖVP, begeht Selbstmord auf Raten.“ Ich habe dir schon einige Male gesagt: „Jawohl, du hast recht gehabt.“ Ich meine aber auch, vielleicht solltest du dich wirklich lieber um deine Schulen kümmern, und nicht um die Verantwortungen des Herrn Landeshauptmannes und um den Straßenbau. (Abg. Prof. Dr. Eichtinger: „Das ist das Höchste!“) Meine Damen und Herren, einen Hinweis auch zu einigen anderen Dingen. Sie sagen heute, alle seien gegen die ÖVP. Lassen Sie mich klar und deutlich bitte feststellen, das stimmt nicht! Sie, meine Damen und Herren, als die Mehrheit in diesem Hause, sind gegen alle. Das zeigt bitte das Beispiel, daß Sie beispielsweise sagen, weder Trampusch noch Rader, noch Kammlander seien Gesprächspartner für Sie. Ja wer denn dann, so frage ich Sie? Und was haben Sie umgekehrt getan, sofort die Schmutzkübelaktion über Ihren ÖAAB-Betriebsrat gegen den Kollegen Strenitz unternommen, wo Sie ihm unterschieben, er sei derjenige gewesen, der seinerzeit den Antrag gestellt habe, die Krankenhäuser auszugliedern. Nehmen Sie doch die Verantwortung auf sich, drücken Sie sich nicht dauernd aus dieser Verantwortung. (Beifall bei der SPÖ.)

Meine Damen und Herren! Ein letztes Wort dazu. Bei der Art und Weise, wie Sie bitte in diesem Hause seit Jahrzehnten mit der Minderheit und mit den Minderheiten umgehen, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn Ihnen das irgendwann einmal zurückkommt, die Minderheiten sich gegen Sie aufrichten und einmal feststellen: Werden Sie sich Ihrer Verantwortung bewußt, der Sie sich dauernd rühmen.

Zum Abschluß darf ich den Beschlußantrag, meine Damen und Herren, vorlesen der Abgeordneten Vollmann – diesmal bin ich als erster genannt, damit nichts passieren kann nach Paragraph 58 der Geschäftsordnung, der Herr Präsident möge das vielleicht auch zur Kenntnis nehmen, bei anderen hat er es nicht getan –, Gennaro, Kanape, Minder, Meyer, Schrittwieser, Trampusch, Ussar und Genossen, betreffend die Permanenterklärung des Kontroll-Ausschusses.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Gemäß Landes-Verfassungsgesetz 1960, in der geltenden Fassung, und der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die weitere Beratung und Prüfung der Vorgänge im Zusammenhang mit der Pyhrn Autobahn AG. dem Kontroll-Ausschuß übertragen. Dieser hat die vorhandenen Unterlagen zu prüfen und alle Auskunftspersonen, insbesondere die in der Pyhrn Autobahn Aktiengesellschaft tätigen Landesbediensteten, zu befragen und darüber dem Steiermärkischen Landtag ehestens zu berichten.

Ich habe gesagt, damit man es auch richtig und klar versteht, zu befragen bitte, und nicht zu verurteilen.

Der Kontroll-Ausschuß ist umgehend einzuberufen und hat gemäß Paragraph 13 Absatz 4 L-VG 1960, in der geltenden Fassung, bei Beendigung dieser Tagung seine Arbeiten fortzusetzen, wenn erforderlich für die Zuweisung eines Geschäftsstückes eine weitere außerordentliche Landtagssitzung einzuberufen.

Ich bitte um Annahme. (Beifall bei der SPÖ. – 14:30 Uhr.)

Präsident Meyer: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, darf ich sagen, daß über den Beschlußantrag des Herrn Abgeordneten Vollmann im Zusammenhang mit der Schließung der heutigen Tagung abgestimmt wird. Ich erteile nun dem Herrn Abgeordneten Dr. Cortolezis das Wort.

Abg. Dr. Cortolezis (14.30 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Bei jeder guten Kriminalgeschichte, je nach Geschmack sei es Edgar Wallace oder Beatrice Highsmith oder Agatha Christie, gibt es immer die Frage: Wer ist der Täter? Aber es ist natürlich auch Teil dieser Kriminalgeschichte, daß das Motiv, warum ist es zu dieser Tat überhaupt gekommen, daß dieses Motiv natürlich auch sehr ausführlich untersucht und dargestellt wird. Und nachdem wir heute schon über einige dieser Täter gesprochen haben, geht es mir darum, auch ein wenig das Motiv aufzuzeigen, warum ist es überhaupt zum Zusammenkleistern dieser großen Pyhrnlüge gekommen? Was hat Wabl und Kammlander bewogen? Hat Rader vielleicht nur assistiert? Sind sie Trampusch vielleicht zuvorgekommen? Was steckt also wirklich dahinter, was ist die Ursache? Meine Damen und Herren, es ist relativ leicht zu beantworten, wenn man sich anschaut, wie war denn das, bevor diese ganze Geschichte inszeniert worden ist? Da ist gestanden: Der Wahlkampf ist flau, es gibt keine großen Themen.

Warum hat es keine Themen für die Opposition gegeben? Weil in den letzten Jahren natürlich gerade in den Punkten, an denen sich die Opposition sonst in anderen Bundesländern reibt, hier in diesem Land viel weitergegangen ist.

Und ich möchte Ihnen nur zwei, drei Beispiele sagen, etwa im Bereich Demokratiereform:

Landesrechnungshof – weil er heute oft angesprochen worden ist –: Die ersten – nur Salzburg hat uns das nachgemacht – in dieser wichtigen Kontrollinstanz; Ämterentflechtung. Die steirische Volkspartei ist vorangegangen; die Sozialisten sind nicht gefolgt, wenn ich den neuen Finanzlandesrat sehe, der gleichzeitig Abgeordneter, freigestellter Zentralbetriebsratsobmann, damit Aufsichtsrat und ÖGB-Chef in der Steiermark ist. Der Kollege Rader – jawohl –, er wird sich auch bald einiger Ämter entflechten. Das aber eher unfreiwillig. Aber auch in diesem Punkt sind wir vorweggegangen.

Bürgermitbestimmungsrechte – die weitestgehenden in Österreich –; Urabstimmung über eine Pflichtmitgliedschaft in einer Kammer: das einzige Bundesland, wo das stattgefunden hat.

Oder gehen wir zu einem ganz anderen Bereich, weil sich ja die Grünen bislang, bis zu diesem Tag, keines Themas bemächtigen konnten, liebe Gundi: Mülltrennung; Hausmüll zwischen 1987 und 1990 minus 25 Prozent. Das sind halt Dinge, die man herzeigen kann. Luftreinhaltung, Fernwärme, Katalysator, Biomasse – ich sage das nur stichwortartig –, Wasser, Mur- und Raabsanierung mit Erfolg. Wir haben eben in diesem Land keine Dreckschleudern, wie die Grünen und Alternativen anderswo diese Müllverbrennungsanlagen nennen, und weil wir keine solchen haben, müssen sie selbst die Dreckschleuderei vornehmen.

Meine geschätzten Damen und Herren! Mehrere Varianten sind Wabl und Kammlander und Kompagnon offengestanden, diese schwindsüchtige Argumentation generalstabsmäßig hin zur großen Pyhrnlüge aufzublasen.

Erster Schritt: Es gibt eine Querschnittsprüfung, im „Profil“ im August vor drei Jahren bereits alles nachzulesen.

Zweiter Schritt: Es gibt eine Verhaftung nach dem Bericht über die ASDAG im Arlbergtunnel, und da gibt es auch Anzeigen vom Bundesrechnungshof; es gibt einen Generaldirektor, der in Untersuchungshaft gerät – der Boden ist aufbereitet.

Dritter Schritt: Es wird eine Querschnittsprüfung in einem Unterausschuß des Rechnungshofes minutiös durchbehandelt. Wabl ist Vorsitzender dieser Institution. Beamte des Rechnungshofes sind dort anwesend, auch der Präsident, und einer Usance zufolge können die ausgiebig befragt werden. Das ist so abgemacht, und das ist auch dort in der Diskussion positiv erwähnt worden. Im Plenum am 4. Juli ist ja dann sehr viel darüber philosophiert worden.

Es gibt Termine am 19. April, am 22. Mai, am 20. Juni, es gibt den Rechnungshof-Ausschuß am 21. Juni, es gibt das Plenum am 4. Juli 1990 wohl gemerkt – also vor über einem Jahr –, nur, es war nirgendwo ein Skandal in Sicht, es waren nirgendwo die 900 Millionen oder irgend etwas in Sicht. Aber es hat zu diesem Zeitpunkt natürlich beim guten Andreas Wabl gefunkt: „Das könnten wir ja nächstes Jahr gut gebrauchen. Da haben wir in der Steiermark Landtagswahlen, und da könnten wir von dem durchaus Gebrauch machen.“

Jetzt hat er zwei Möglichkeiten gehabt: Entweder er war damals wirklich nicht informiert, oder er war damals informiert. Gehen wir davon aus – zum Ersten –, er war damals informiert, was ja auf Grund der Umstände, daß ihm sämtliche Beamte und der Präsident des Rechnungshofes zur Verfügung stehen, eher anzunehmen ist. Er hat also damit in Kauf genommen, daß ein Jahr vergeht, ohne daß der Aufsichtsrat die Strafbehörden oder die Journalisten – wen immer er informieren wollte – Kenntnis davon erhalten haben. Er ist damit für ein Desaster – so es eines gibt – mitverantwortlich, denn es wird zu prüfen sein – und das ist ja heute mehrmals angesprochen worden –, was wäre gewesen, wenn der Bundesrechnungshof ein Jahr früher bei der Pyhrn zu prüfen begonnen hätte? Was wäre gewesen, wenn Talirz ein Jahr früher, gegen die Stimmen der SPÖ, aus dem Pyhrnvorstand abberufen worden wäre? Wabl und Kammlander haben sehr wohl den Eindruck erweckt, daß sie wissen, was da drinnen gestanden ist, und daß sie gut informiert sind, und auf Grund ihrer Berichte den Medien gegenüber ist es dann auch so berichtet worden. Ich zitiere die „Kleine Zeitung“ vom 20. August: „Laut Wabl seien somit schon diesem Bericht Vorwürfe zu entnehmen, die zuletzt zur Anklageerhebung und zur Entlassung des Autobahngeneraldirektors Heinz Talirz geführt haben.“ Oder ich zitiere, was im ORF an demselben Tag am Abend gesagt worden ist: „So kostet der Ausbau über den Schoberpaß statt 2,7 3,6 Milliarden“ – der Wabl ist ja dann lang ins Bild gekommen. Jetzt bitte: „Dieses Debakel habe sich schon vor drei Jahren

im Querschnittsprüfungsbericht des Rechnungshofes abgezeichnet.“ Das ist es, das ist also unterstellt worden, aus dem seinerzeitigen Bericht hätte man die jetzigen Überschreitungen wahrnehmen können. Damit allein wären aber Wabl und Kammlander weder ins Fernsehen gekommen, noch hätte eine Zeitung darüber geschrieben, wenn sie nicht gleichzeitig die Journalisten ordentlich hineingelegt hätten. Denn was nutzt es, wenn man hingehet und sagt: „Meine lieben Herren von der Presse, ich habe einen Bericht vom ‚Profil‘ 1988, den möchte ich euch heute erzählen.“ Na ja, die werden sagen: „Den Kaffee trinken wir allein woanders besser und unterhalten uns auch lieber.“ Was haben sie gemacht? Sie müssen also gerade so tun, als ob es einen Rechnungshofbericht gibt, wo diese 900 Millionen Schilling Baukostenüberschreitung angeblich drinnenstehen. Das ist der Stoff, aus dem die Zeitungen gemacht sind; das ist der Stoff, über den das Fernsehen dann gerne berichtet, und dieses Täuschungsmanöver ist euch beiden herzlich gut gelungen.

Ich zitiere die „Kronen Zeitung“ von tags darauf: „Einen wahren Sumpf gilt es bei der Pyhrn Autobahn AG. trockenulegen. 900 Millionen seien – so ein Bericht des Bundesrechnungshofes“ – eure Information – „im wahrsten Sinn des Wortes versickert“.

Oder: Wie hat die „Kleine Zeitung“ darauf reagiert? „900-Millionen-Schilling-Fiasko wurde zwei Jahre schubladisiert“, und selbstverständlich ist es auch im ORF an demselben Tag so berichtet worden, als ob der Rechnungshofbericht über diese 900-Millionen-Schilling-Versickerung Aufschluß geben würde. Das ist eure Fehlinformation, die Ihr politisch und womöglich – das wird ja gleich auch noch aufzuklären sein – auch strafrechtlich zu verantworten haben werdet. (Beifall bei der ÖVP.)

Denn so geht das nicht! Allen anderen vorzuwerfen, sie sind Gauner, Betrüger, Hinterzieher und was immer auch, und selbst mit der reinen Weste dastehen wollen. Deswegen habe ich auch diese Sachverhaltsdarstellung an die Staatsanwaltschaft gemacht, habe die Punkte – alles nach Information von Wabl – dargestellt, und jetzt wird er sagen müssen, entweder es ist so – gut, dann hat er eh schon angekündigt, dann tritt er von allen seinen Funktionen zurück –, oder es ist nicht so. Na gut, dann muß er sich halt strafrechtlich verantworten.

Und auf diese berechnete Darstellung bei der Staatsanwaltschaft möchte ich noch kurz eingehen:

Der Wabl hat nämlich dann folgendes gesagt: Er wird alle seine Funktionen zurücklegen, und er hat die Drohung angekündigt, er wird dann auch noch seine Schafe wieder züchten und die Schüler informieren – gilt bei manchen als gefährliche Drohung, aber seien wir nicht so.

Jetzt war er damals entweder nicht informiert – das würde ihn davor bewahren, daß er diese Funktionen zurücklegen müßte –, es kann aber auch sein, daß er informiert war. Aber wie gibt es das bitte? Er war ja der Ausschußobmann des Rechnungshofes. Er kann mit dem Präsidenten, mit den Beamten konferieren. Drei Sitzungen sind sie ihm zur Verfügung gestanden, und er kommt auf Grund dieser gesamten Vorwürfe nicht drauf, daß er eine Frage stellt, daß er einmal nachfragt

und sagt: „Ja, bitte, sagen Sie mir das.“ Dann muß er nämlich auch gehen, weil dann ist er politisch unfähig und unfähig, dieses Amt des Rechnungshof-Ausschußvorsitzenden weiterzuführen. (Beifall bei der ÖVP.)

Es paßt ja gut in diese grün-alternative Sudelküche hinein – auch das: Listenstreit, ungustiös, Einkauf der Nemetz-VGÖ – das Bestechungspapier ist immer noch nicht vorgelegt. Ich fordere euch neuerlich auf: Legt das Bestechungspapier vor, mit dem Ihr eingekauft habt!

Die große Transparenz gilt halt immer nur für die anderen, nicht für die eigene Partie. Wissen wir ja – gut, nehmen wir zur Kenntnis.

Meine Damen und Herren, wir kommen aber auch noch zu einem zweiten Partner dieser rot-grün-blauen Einheitsfront – das ist die FPÖ.

Da hat es natürlich genug Möglichkeiten gegeben abzulenken, und das hat Ihnen natürlich gerade richtig vom Zeitpunkt her gepaßt, weil der Ludwig Rader – er hat sich ja schon geschlichen, er nimmt gewisse Dinge vorweg – ja gewußt hat, daß da gegen ihn vom „Profil“ recherchiert wird, er ist ja auch interviewt worden vom Herrn Worm, und ich möchte nur ein paar Sachen der Vollständigkeit halber sagen. Das gelingt mir nicht, weil 20 Minuten sind zu kurz, um die FPÖ-Skandale alle aufzuzählen, aber bitte, im heurigen April wurde der freiheitliche Klubobmann – Zitat „Profil“ – vom Grazer Finanzamt wegen Verstoßes der vorsätzlichen Abgabenhinterziehung nach Paragraph 33 Finanzstrafgesetz zu einer Geldstrafe von 60.000 Schilling verurteilt. Er hat dann um Gnade angesucht, die ist ihm gewährt worden. Es ist heruntergemindert worden auf 40.000 Schilling. Aber schließlich – heißt es dort weiter – nahmen es die steirischen FPÖ-Saubermänner mit den Gesetzen nie wirklich genau. 17 Mitarbeiter sind monatlich mit Schwarzgeld bedient worden. Dann geht es weiter, daß man sich fragen muß, wie der freiheitliche Spitzenkandidat, der Schmid, und heute ist ja auch der Gugerbauer da gewesen, er wird mir dieselbe Frage stellen müssen, wie geht es, daß ein wegen Steuerhinterziehung bestraffter steirischer Smarty – das ist ja fast zu nobel – noch einmal für den Landtag kandidieren kann? 4,5 Millionen mußte die FPÖ an Lohnsteuern und noch einmal soviel für die Gebietskrankenkasse nachträglich abliefern. Es geht dann weiter mit diesen schmutzigen Dingen, FPÖ mit ihrem Bezirkssekretär, mit der Jugendorganisation, dann haben sie ein paar Arbeitsgerichtsprozesse geführt. Man will und kann nicht alles aufführen, weil die Zeit nicht reicht. (Präsident Meyer: „Ich bitte Sie, auch zur Sache zu reden.“) Haben Sie es heute ein einziges Mal bei einem anderen Abgeordneten gemacht? Nein! (Abg. Dr. Hirschmann: „Haben Sie beim Vollmann zugehört, Frau Präsident?“) Aber nur, daß ich das zur Vollständigkeit auch wirklich ausführen kann. Was wäre gewesen, lieber Abgeordneter Gennaro, wenn ein anderer und nicht der Ludwig Rader dieses Delikt zu verantworten hätte? Darf ich Ihnen ein paar Kostproben liefern, was der freiheitliche Bundesparteiohmann so einen heißen hätte? Nur Zitate, damit Sie mich nicht mit einem Ordnungsruf hier in Schwierigkeiten bringen, weil es sind nicht meine Worte, sondern Zitate: „Gesindel, Gaunerrepublik, Gruselkabinett, Maden, Parasiten, Pleitiers, Räuberbund, Rindvieh, Saustall, stümperhaft und fahrläs-

sig." Das ist die Sprache, die sonst gekommen wäre von euch, die Ihr ja heute so großartig zurückgehalten habt, weil Feuer am eigenen Dach ist. Aber da fällt mir etwas anderes ein, weil ich den Herrn Landesrechnungshofdirektor sehe. Es ist ja jetzt die Kontrolle mehrfach angesprochen worden. Es wird ausgebaut, und in diesem speziellen Fall muß viel kontrolliert werden, der Landesrechnungshof braucht vielleicht ein bißchen ein weiteres Personal. Ich wüßte jemand mit einschlägigen Erfahrungen. Er kennt sich aus bei Millionensteuerschwarzzahlungen, Steuerhinterziehung und hat auch Gerichtserfahrung. Herr Rechnungshofdirektor, ich werde Ihnen den Namen im Anschluß mitteilen.

Meine Damen und Herren! Die rot-grün-blaue Front ist mit ihrem Lügengebäude eingestürzt. Wir werden den Wählern das noch einmal sagen. In diesem Land steht der Landeshauptmann für Anständigkeit und Sauberkeit. (Beifall bei der ÖVP.) Er sollte angeschüttet werden.

Er sollte angeschüttet werden von dieser gemeinsamen Front, damit er leicht erschüttert wird. Die rot-blau-grüne Front hat es versucht. Die Steirerinnen und Steirer werden Ihnen die entsprechende Quittung am 22. präsentieren. (Beifall bei der ÖVP. – 14.46 Uhr.)

Präsident Meyer: Zur tatsächlichen Berichtigung erteile ich der Frau Abgeordneten Kammlander das Wort.

Abg. Kammlander (14.46 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wir werden den Nachmittag noch länger verbringen, wenn so viele Unwahrheiten verzapft werden. Tatsächliche Berichtigung zu den Aussagen des Herrn Dr. Cortolezis. Es ging um die Debatte im Rechnungshof-Ausschuß. Nachdem der Andreas Wabl da war, konnte er mir ja unmittelbar nach Ihren geistreichen Ausführungen erklären, wie das jetzt wirklich dort gelaufen ist. Es wurde heftig debattiert inklusive Ihres steirischen Abgeordneten, des Herrn Burgstaller. Es wurde damals sogar von dem Herrn Burgstaller das Wort „Saustall“ verwendet für die Straßensondergesellschaften inklusive wahrscheinlich der Pyhrn. Und es wurde damals, eben um die politische Verantwortung endlich einmal auch zu klären, beschlossen, einen Untersuchungs-Ausschuß in die Wege zu leiten. Da hat der Herr Burgstaller mit dem Herrn Wabl mitgestimmt, aber andere ÖVP-Abgeordnete haben nicht zugestimmt. Wie Sie wissen, haben insgesamt jetzt schon 13mal solche Anträge im Parlament keine Mehrheit gefunden, das heißt, 13mal eingebracht und zwölfmal abgelehnt, auch von Ihren Parteikollegen im Parlament. Wie verstehe ich das ganze jetzt schön langsam? (Abg. Dr. Cortolezis: „Das ist das Problem, daß du das ganze nicht verstehst!“) Sie wollen jetzt als Entlastung, weil Sie doch sehr unklug und äußerst hysterisch reagiert haben in der Steiermark, jetzt künstlich versuchen, eben „haltet den Dieb“ spielen und sagen, na, der Herr Wabl hat in Wien die Straßenbauskandale vertuscht, weil er in Wien Untersuchungs-Ausschüsse gefordert hat, den Herrn Schüssel in die Sitzung gebeten hat und befragt hat, daß sich bei anderen Gesellschaften vielleicht noch mehr Skandale angesammelt haben. (Abg. Dr. Cortolezis: „Sag, daß du die

Journalisten angelogen hast!“) Schauen Sie, nächstes Mal werden wir zu viert vielleicht herinnen sein, dann brauchen Sie nicht immer mich anhören.

Wenn Sie jetzt mit Ihrer Kaffeesuddeuterei irgendwann einmal zu Ende sind, dann werden Sie ja hoffentlich auch die Tatsachen zur Kenntnis nehmen, daß eben dieser Ergebnisbericht für die Steiermärkische Landesregierung ein Papier ist, das nur der Steiermark zusteht und im Parlament nicht verhandelt wurde. Aber das geht anscheinend in Ihre eher inzwischen versteinerten Köpfe nicht mehr hinein. Anscheinend tut Ihnen der Wahlkampf nicht gut. Also, ich habe da keine Probleme, in meinen Kopf neue Informationen hineinzulassen, weil ich kann Ihnen garantieren – (Abg. Alfred Prutsch: „Ein gehässiges Weib!“) Ich würde weit lieber etwas anderes tun, als hier über verlorene und verschlammte Berichte zu diskutieren. Es gibt für mich weitaus schönere Gelegenheiten zu diskutieren mit Leuten, die sich interessieren und die offen sind für Argumente, und nicht die irgendwelche Spitzfindigkeiten über Titelüberschriften zum Besten geben. Und außerdem, die rot-grün-blaue Front, also diese Volksfrontphantasie Ihrerseits, Herr Kollege (Abg. Kanduth: „Ist das eine Berichtigung?“), die kann ich Ihnen ja gleich einmal versagen. Wir haben kein Interesse, uns aus der Kontrollpartei in die Regierungspartei zu wandeln, im Gegenteil. Wir wollen ganz gerne immer noch Kontrolle, Bürgerrechte, Umweltschutz hier in diesem Landtag vertreten, und wir müssen nicht gleich regieren. Da können Sie sich mit dem Kollegen Rader wieder paktieren, ob er Ihren Landeshauptmann auch unterstützt. Also, auch in der Wiederholung, Herr Kollege Dr. Cortolezis, sind Ihre Ängste gegenüber der rot-blau-grünen Front nicht mehr glaubwürdig, auch Lügen werden in der Wiederholung nicht glaubwürdiger. (Präsident Dr. Kalnoky: „Fünf Minuten sind überschritten!“) Einen Satz noch, ich möchte hier feststellen, daß wir die einzigen sind oder ich als Person die einzige bin, die in keinerlei Parteipaktierung um den Landeshauptmann, um Parteigelder verwickelt ist. Wir haben unseren ersten Regierungssitzungsantrag, wo uns zugestanden worden ist, Geld zu bekommen, am 27. April in der Regierung 1987 beschlossen, erfahren. Alles andere ist bitte paktiert, mit der FPÖ und mit dem Herrn Korber. Danke. (14.52 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Korber.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Korber (14.53 Uhr): Das paßt immer so nahtlos. Ich brauche mich gar nicht vorzubereiten, wir können nahtlos weitergehen.

Ich möchte zu dieser sogenannten „rot-blau-grünen Front mit Lügengebäuden“ Stellung beziehen, die da eingestürzt ist. Ich möchte feststellen, daß ich und wir als Grüne hier nicht dabei sind. Das heißt, eine rot-blau-alternative Front. Ich möchte also hier doch der Objektivität halber das einmal klar feststellen, denn wenn man so ein Thema derart krampfhaft schon lange weiß und hier nur Wahlkrampfpolitik machen möchte, dann glaube ich, daß man eigentlich fast das Gegenteil erreicht. Man erreicht nämlich, daß die Bevölkerung

sagt: „Die Leute, die heute in der Steiermark Politik machen – Oppositionspolitik –, sind ja nicht mehr ernst zu nehmen.“

Ich möchte aber doch auf die Glaubwürdigkeit zu sprechen kommen, auf die Glaubwürdigkeit einer politischen Arbeit hier im Land Steiermark. Und ich möchte erwähnen, daß, wenn wir über Parteienförderung, -finanzierung – bitte, das sind ja Steuergelder – reden, es mir schon um eine Glaubwürdigkeit geht.

Ich möchte zum Beispiel feststellen, daß die Alternativszenen in Wien groß gegen die Parteienfinanzierung gestimmt hat, und dann, wie es darum gegangen ist, das Geld zu kassieren, haben sie sich hinten alles hineingeschoben. Da lobe ich mir bitte, obwohl ich jetzt nicht Wahlwerbung für den Herrn Rader und für andere mache, wenigstens die Einstellung: Wenn ich dagegen bin, dann nehme ich es auch nicht. Und wenn das gleiche Spiel in der Steiermark gespielt wird, wenn man mir als Klubobmann sagt, ich soll das verhandeln, weil ich Klubobmann bin, und wenn dann diese ganze Vereinbarung der Kammländer auf den Tisch gelegt wird und sie nicht mu und ma sagt beziehungsweise sagt: „Okay, ist in Ordnung“ – da sagt sie, sie hat's erst am 27. April 1987 erfahren; das ist eine glatte Unwahrheit bitte! Wie ich das gehabt habe, habe ich es auf den Tisch gelegt. Und man nennt das eben konkludente Rechtshandlung – wenn man ein Geld nimmt, dann ist man damit einverstanden. Es gibt nämlich auch in dem Bezug eine mündliche Vereinbarung, und daher ist diese Politik nicht nur unglaubwürdig, sondern ist tatsächlich das, was man nennt und was die Kammländer auch gesagt hat, so wie es geheißen hat: käuflich und so weiter.

Ich kann nicht eine Politik betreiben, wie sie nennt: Eine alternative Sammlung ist unser Ziel, gleich wie. Bitte schön, so geht es nicht! Und ich kann nicht fünf Jahre ein Geld nehmen, damit einverstanden sein und dann eine Wahlwerbung machen, bitte, wo sogar mir als kleinem Grünen, der im Büro gespart hat, der sozusagen wirklich nur Schreibarbeiten machen hat lassen – ich habe ja keine drei Angestellten gehabt. Es ist auch die Frage, wie das finanztechnisch abläuft. Da muß ich wirklich sagen: Ich geniere mich in aller Öffentlichkeit, daß Steuergelder für Luxusschreiben, bitte, in der Aufmachung – das habe ich ja nicht einmal in der Hochglanzzeit der Parteipolitik gesehen – hier mit solchen Luxusbrochüren auf Hochglanz Wahlwerbung macht. Schauen Sie sich das an! Da ist gerade der Wabl-brother bei irgendeiner Demonstration. Schauen Sie sich das einmal an. Die Gundi schaut uns auch irgendwo ganz verliebt entgegen, Stimmen heischend, Stimmen fangend, und bitte schön, so kann ich mir eine zweite Periode und eine Pension als Abgeordnete nicht absichern. Schauen Sie sich das einmal, bitte, in aller Öffentlichkeit an! Grundsätzlich der Skandal schlechthin in der Vergeudung öffentlicher Mittel, Steuergelder. Das ist eine Selbstdarstellung, wie es eigentlich – übrigens, der das heraus „außergraben“ hat, ist ja der Bruder vom Wabl, das sind die Wabl-brothers. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Wo sind die Grünen?“) Richtig! Der Andreas Wabl, der Christian Wabl, der Wabl – das sind ja alle wirklich die Wabl-brothers, und die Wabl-Broschüre – schauen Sie sie an, wie sie schön in Farben auf Hochglanz – die Barbara Stangl, eine, die

mir einmal gesagt hat: „Mich interessiert nur die Straße im Ennstal, weil die geht da vor meiner Haustür vorbei; die Abwassergeschichte“ – hat sie gesagt – „ist uninteressant.“ Also, ich muß sagen: Ich bin eigentlich – da ist unsere liebe Gundi, sogar in Gold eingerahmt. Ist das nicht lieb? (Abg. Minder: „Herr Kollege, jetzt reicht es aber!“) Aber das ist teuer, und das ist eine Vergeudung öffentlicher Mittel.

Und ich sage das noch einmal in aller Deutlichkeit.

Jetzt geht es aber zu meinen lieben Freunden, die Genossen, weil das, was die verzapfen, ist wirklich eine Politik, wo man sagt – schau, Ihr könnt ja mit Krampf – was wollt Ihr denn mit Krampf erreichen? Das bringt ja nichts. Und ich bin eigentlich positiv überrascht, daß die sogenannten „Rötfußindianer“ – oder wie sie heißen – doch die Kurve noch im richtigen Augenblick gekratzt haben. Weil eines muß man dazu sagen: Es geht nicht, daß man einen, der in fünf Jahren bewiesen hat – und fragen Sie einmal in unserer Gemeinde – und 16 Jahre in der Gemeinde bewiesen hat, daß er nicht käuflich ist, so hinstellen will, Vereinbarungen, die der Herr Landesrat Klausek seit fünf Jahren ausgezahlt hat, die die Regierung beschlossen hat, die die Frau Kammländer – wissen Sie, was die Frau Kammländer ohne das Geld gemacht hätte? Was hätte sie gemacht? Solche Broschüren sicher nicht. Das heißt, sie hat das Geld nicht nur genommen, sondern sie hat es sogar hinausgeschmissen. Wir haben ein Positiv auf unserer Bilanz, und wir werden das Land nach dem 22. fragen, was wir damit machen sollen, weil wir positiv gewirtschaftet haben. Wir haben eingespart.

Und wenn mich heute einer fragt: „Was habt Ihr denn mit dem Geld gemacht, bitte schön?“ Die Hälfte hat die Kammländer bekommen – das hat sie zu verantworten – beziehungsweise ich will, daß die es auch auf den Tisch legt. Weil diese Geheimvereinbarungen und „uns ist alles recht“, nur um die alternative Einheit da zu forcieren, gleich wie, sind keine Aussagen, das ist für mich keine Ansage.

Was haben wir mit dem Geld gemacht? Ich sag's Ihnen. Wir haben ein Informationsblatt herausgegeben, wir haben heute die Nummer 69 herausgegeben. Jetzt überlegen Sie sich bitte schön, was jede Auflage kostet. Wir haben damit redlich und einfach mit Umweltschutzpapier Information gemacht, laufende, und nicht knapp vor einer Wahl versucht, mit irgendwelchen Hochglanzpostern die Leute einzukaufen, Wählervolk mit so einer Broschüre zu ködern. Wir haben also fünf Jahre informiert. Wir haben selbstverständlich nach Auflösung des Klubs oben die Schreibarbeit gezahlt – selbstverständlich! Wir haben uns auch einen Computer kaufen müssen. Was macht denn heute ohne das Kastl? Ich habe Aussendungen, bitte, wie ich niemanden gehabt habe, mit der Hand gemacht. Ich habe dazugeschrieben: „Bitte zu entschuldigen, meine Schreibkraft ist auf Urlaub.“ Es hat ja jeder das Recht, auf Urlaub zu sein. Wir haben wirklich keine Qualität der Presseaussendung geliefert – möchte mich nachträglich entschuldigen. Sicher war's für manche eine Zumutung, unsere Kasblattln zu lesen, weil ich einfach keinen Wert auf eine Superorganisation gelegt habe und schon gar nicht auf solche Stimmenfängereien.

Daher möchte ich der SPÖ, einer doch tragenden politischen Partei in Österreich und in der Steiermark, noch einmal sagen: Hört endlich einmal auf mit diesen Schmutzfleckgeschichten! Wenn der Herr Sekretär Dörflinger sich bei mir entschuldigt und sagt, das hat nicht er gesagt, sondern der Herr Flecker, dann nehme ich das positiv zur Kenntnis. Und, lieber Kurti Flecker, du sollst einfach – hör auf mit den Geschichten! Das bringt nichts! Das tut dir nicht gut, und es entspricht nicht der Wahrheit und der Situation!

Ich bin auf eines froh – und ich habe sehr viele Probleme in meinem Leben gehabt, weil ich immer meine Meinung gesagt habe, weil ich immer meine Meinung vertreten habe. Und ich kann euch sagen, ich habe auch in der Baudirektion sehr große Probleme gehabt. Warum? Weil ich schon Jahre vor dem naturnahen Wasserbau meinem Chef gesagt habe: „Hören S', hören wir mit dem ewigen Regulieren auf; wir machen die Hochwässer unten noch höher. Fangen wir an zurückzuhalten.“ Na, was habe ich bekommen? Dann ist noch der Bürgermeister von Weinitzen bei meinem Chef aufgekreuzt, und Politik ist hineingekommen. Und auf einmal hat's geheißen: meine Leistung. Es geht um die Pyhrnautobahn, weil ich bitte in dieser Angelegenheit unbestechlich bin. Lieber Kollege Rader, ich bin nicht einer, der über dich schimpft und sagt, Steuerverfahren hin, Steuerverfahren her. Du hast damals einen Blödsinn gemacht und bist dafür verurteilt worden. Ich muß sagen, du hast versucht, das Geld möglichst optimal einzusetzen. Es ist ja wirklich oft ein Witz, wenn man denkt, was man der Steuer, der Finanz in den Rachen schmeißt. Nur für ein Solarauto zahlen wir 32 Prozent Luxussteuer. Ich verstehe ja, daß du versucht hast, mit dem Geld zu wirtschaften. Die Geschichte ist erledigt. Ich bin auch nicht einer, der sagt, der Rader ist deswegen nicht wählbar, weil das sind meiner Meinung nach heute schon die Raubritter, die überall bei der Finanz sitzen, sind wirklich schon ein Problem für uns alle.

Was ich aber im Zuge der Pyhrngeschichte sagen möchte. Ich habe miterlebt, wie es einem, der seine Meinung hat, der unabhängig ist, der das vertritt, gehen kann am Arbeitsplatz. Das ist ja nicht angenehm, wenn du eine Dienstbeschreibung bekommst, in der die Leistung von sehr gut auf nicht entsprechend abgenommen hat, nur weil er außerdienstlich parteifreier Gemeinderat in Weinitzen ist. Ich komme auf das Wort parteifrei zurück. Ich bin parteifrei, ich fühle mich auch bei der ganzen Grüngruppierung als Unabhängiger, weil wir im Endeffekt nur eine Mindestgruppierung sind. Wir haben eine Mindestorganisation, so wie es damals verlangt worden ist. Ihr bekommt nur öffentliche Mittel, wenn ihr als politische Partei arbeitet. Selbstverständlich haben wir das machen müssen. Aber wir haben das Geld nie derart hinausgeschmissen. Grundsätzlich, wenn es heute um die Frage Geheimtresor geht und um die Frage Schmutzkübel Pyhrn, dann muß ich einfach feststellen, es gibt tatsächlich einen Geheimtresor. Ich möchte, daß der geöffnet wird. Eine Sachverhaltsdarstellung geht an die Staatsanwaltschaft, selbstverständlich. Weil ich sehe nicht ein, daß in den Zeitungen „unter grünem Streit“ steht, der Herr Konrad von Fürstenfeld sagt, GAL lockte mit Barem, mit Bargeld, in der „Krone“ steht drinnen, daß irgendein Soundso, dieser Nemetz

kassierte – das kann ich nicht dulden. Diese Geschichte wird ein Nachspiel haben. Und wir werden diesen sogenannten GAL-Geheimtresor zum gläsernen Tresor machen. Bitte, aber dann nach der Landtagswahl. Man soll die Sachen so sehen, wie sie sind, und ich möchte mich in aller Öffentlichkeit für diese alternaive bitte, nicht alternative, alternaive Vergeudungspolitik auf Hochglanzpapier, Selbstdarstellung, öffentlich entschuldigen. Und wenn ich könnte, wenn ich heute könnte, dann hätte die Frau Kammlander vor fünf Jahren vom Herrn Dr. Klauser keinen Schilling bekommen, weil den Vertrag hat der Herr Flecker ausgemacht und der Herr Dr. Klauser mit der Kammlander. Das ist so weit gegangen, daß ich als Klubobmann über das Klubgeld nicht einmal verfügungsbe-rechtigt war. Die haben mich entmündigt, der Herr Flecker und der Herr Dr. Klauser und die Frau Kammlander. So schaut es aus! Das ist Wahrheit und Realität. (15.05 Uhr.)

Präsident Dr. Kalnoky: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (15.05 Uhr): Frau Präsident! Meine Damen und Herren!

Wenn man diese heutige Landtagsdebatte in einem Wort abschließend zusammenfassen sollte, dann glaube ich, kann man mit Recht sagen: Der Putsch der Geisterfahrer ist gescheitert. Und das ist das wichtigste Ergebnis, das wir heute hier gemeinsam erzielt haben, denn von dem, was Sie Anschuldigungen nennen, ist eigentlich überhaupt nichts übriggeblieben. Es bleibt für uns die Betrübnis, daß es – und ich sage diesen Vergleich, ob Sie ihn hören wollen oder nicht – nichts anderes war als ein Putschversuch. Es ist nie um irgendeinen Inhalt gegangen. Es ist immer darum gegangen, den Landeshauptmann der Steiermark auf die schmutzigste und schäbigste Art anzuschwärzen, und das ist Ihnen ganz sicher auch heute nicht gelungen. Und wenn drei Parteien sich heute hier vereinigt haben, um sozusagen zum Abschluß vor der Landtagswahl noch einmal, ob sie es wollen oder nicht, in aller Form zu bestätigen, daß in der Regierung oder in der Opposition alle gegen den Landeshauptmann agieren, dann werden wir sicher nicht müde werden, in den verbleibenden Tagen dies unseren Landsleuten zu sagen. Daß sich Rader mithineinziehen ließ und in Blindheit in den Radarschirm raste, ist eine eigene Sache. Daß die Kammlander der Junta angehört, ist vollkommen verständlich, denn die Arbeit der beiden Grün-Alternativen hier im Landtag war übersät von Vorurteilen letztklassiger Komplexler und verachtendem Mißtrauen. Sie haben nur gestritten, aber nicht für die Umwelt, sondern eigentlich nur mit sich selbst.

Meine Damen und Herren! Ich möchte es noch einmal sagen. Unsere eigentliche Betroffenheit liegt in der Tatsache, daß sich Trampusch eigentlich als Putschist hergegeben hat. Denn es ist und bleibt für mich schon grotesk, meine Damen und Herren! Da borgt sich vor Jahren der für den Straßenbau damals zuständige Minister Sekanina nach einem Zweiaugengespräch mit sich selbst viel Geld aus der Gewerkschaftskasse aus, da wird der Sekanina-Sekretär Talirz, der die teuren Tunnel- und Brückenbauten bei den Bergautobahnen im Alleingang vergab und nicht nur geschoben, sondern vermutlich auch mitgeschnitten

hat, verhaftet, aber die ÖVP, meine Damen und Herren, muß im Aufsichtsrat mit acht zu sieben Stimmen gegen die SPÖ die Ablöse erzwingen. Der sozialistische Aufsichtsratsvorsitzende wollte es verhindern. Und das steirische SPÖ-Aufsichtsratsvorstandsmitglied, der langjährige Bauarbeitersekretär und Landtagsabgeordnete Loidl – hier in diesem Haus gewesen – und die sozialistischen Betriebsräte haben sich ebenso gegen die Ablöse von Talirz ausgesprochen. Da, meine Damen und Herren, wenn eine solche Haltung nicht an den Rechberger-Skandal erinnert, dann wären es eigentlich nur mehr die Wortmeldungen der Kollegen Gennaro und Vollmann gewesen, die mich an diesen Rechberger-Skandal erinnern. Denn, meine Damen und Herren, eines möchte ich schon sagen, wenn Vollmann und Gennaro, der heute noch Vizepräsident der Arbeiterkammer ist und drei Einkommen bezieht – wir haben das längst aufgegeben, bei dir ist es nur eine Ankündigung –, wenn Vollmann und der AK-Vizepräsident Gennaro sich hier auflustern und einen Untersuchungs-Ausschuß verlangen, dann möchte ich Ihnen sagen, 24. März 1988, ÖAAB-Antrag in der Arbeiterkammer zur Aufklärung dubioser finanzieller Vorgänge, niedergestimmt. 4. November 1988: Dringlicher Antrag zur Installation eines Untersuchungs-Ausschusses wird in der 11. Vollversammlung der AK erneut abgelehnt von SPÖ, FPÖ und KPÖ. Und, meine Damen und Herren, lieber Gennaro, das sei dir ins Stammbuch geschrieben: Am 6. April 1990, da war der Rechberger schon auf Tauchstation, und da war er schon unbekanntes Aufenthaltes, weil er geglaubt hat, er wird abgeholt, habt Ihr unsere Anträge wieder neuerlich niedergeschrien und niedergestimmt. Du und die Gewerkschafter hier und einige andere auch, Schachner-Blazizek gehört dazu, weil ich weiß, daß er zum Beispiel in bezug auf den Pensionsvertrag mit Rechberger, der in der Fraktion abgeschlossen wurde. Ihr habt das Recht nicht, das Wort „Kontrolle“ in den Mund zu nehmen, ohne daß Ihr euch überhaupt schämt dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Sie wirklich auf der Suche nach der Wahrheit sind, dann sollten Sie diese Fakten aufklären. Und dann sollten Sie erklären, warum die SPÖ im Aufsichtsrat der Abberufung des Generaldirektors Talirz – und das war schon in der Zeit, als hier ein SPÖ-Vorsitzender Schachner-Blazizek saß, und er spricht ja immer von der Achse – nicht zugestimmt hat. Aber ich sage es noch einmal, aufklären wollten Sie ja nie. Sie wollten die Tatsachen umdrehen. Die rot-blau-grüne Anti-Krainer-Koalition, sie kannte nur dieses eine Ziel, den Landeshauptmann in seiner Integrität anzukratzen. Aber Sie wissen seit einigen Stunden ganz genau, wahrscheinlich schon länger – aber was man sagt, kann man nicht zurücknehmen –, das ist gründlich danebengegangen, und sie, vor allem die SPÖ dieses Landes, wädet im Sumpf und kann eigentlich nicht heraus. Sie stehen vor dem Scherbenhaufen Ihrer radikalisierten Politik gegen den Landeshauptmann und damit gegen das Land. Sie haben auf Krainer gezielt, und Sie haben übersehen, wenn man mit dem schmutzigen Finger hinzeigt, daß drei Finger auf einen zurückzeigen, und Sie sind selbst getroffen worden, indem Sie entlarvend und unwiderlegbar den Beweis erbrachten, nichts anderes als den Sturz des Landeshauptmannes zu wollen.

Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen nur zwei Sachen sagen – da helfen deine ganzen lieblichen Anmerkungen nichts, Trampusch. Du bist in diesem Fall ein Doppelspieler, und du bist entlarvt in diesem Zusammenhang. (Abg. Trampusch: „Eher entlarvt sich die ÖVP durch ihren Sprecher Schützenhöfer!“) Sie haben zwei entscheidende Wahrheiten übersehen: Erstens, daß Josef Krainer in bezug auf Sauberkeit in der Politik – (Abg. Trampusch: „Das ist die Partei mit einem überparteilichen Landeshauptmann!“) ich weiß, das geht dir jetzt sicher innerlich nahe, weil du nicht weißt, wo du eigentlich jetzt noch hingehörst in diesem Zusammenhang – ein in Österreich einzigartiges Ansehen genießt und in seinem ganzen Leben immer dann als allererster Ordnung gemacht hat, wenn sich jemand schuldhaft verhalten hat, und zweitens haben Sie übersehen – und da haben Sie gemeint, das kann man jetzt umdrehen –, daß drei Viertel unserer Landsleute Josef Krainer weiterhin als Landeshauptmann wollen.

Meine Damen und Herren, das haben Sie gewußt. Was die rot-blau-grüne Anti-Krainer-Koalition also getan hat, ist nichts anderes als ein schweres Vergehen am Willen der Steirerinnen und Steirer. Das müssen Sie wissen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und daß der SPÖ-Landespartei vorsitzende Schachner-Blazizek diesem unwürdigen Spiel zuschaut oder gar dahintersteckt – das ist ja noch nicht geklärt –, das ist das eigentlich Erschreckende, und das könnte (Abg. Kammlander: „Wir haben noch nicht gewählt!“) für ihn noch dramatischen Stellenwert bekommen. Denn auch, wenn ich gestern in einer Zeitung lese, daß er wieder die Kurve kratzte und kein schlechtes Wort sagen wollte, muß man doch sagen: Das ist die Zwiespältigkeit dieser Partei. Sie gehen einen Schritt nach vor, Schachner-Blazizek, und gleich zwei wieder zurück. Sie fahren einen Zickzackkurs, der jede Führungsqualität vermissen läßt. Sie wissen offensichtlich nicht, was Sie wollen. Ja, um Gottes willen, so jemand kann doch nicht Landeshauptmann werden wollen. (Abg. Vollmann: „Da brauchst du dir keine Sorgen zu machen!“) Zuerst wollte er Erster werden, laut gestrigem Interview hat er das mittlerweile auf 1996 verschoben. Dann wollte Schachner-Blazizek bei den Gemeinderatswahlen unsere Bürgermeister überrollen – das Vorhaben ist gescheitert, er ist im Bunker geblieben, die Interviews hat Hans Gross geben müssen. Und seit dem Einstieg in die Landesregierung ist dieser Landespartei vorsitzende eigentlich ein Gefangener der rot-blau-grünen Ampelkoalition. Sie, Herr Schachner-Blazizek, tun mit Ihrer SPÖ immer mit den anderen Parteien gegen den Landeshauptmann Krainer mit, aber Sie wollen dabei möglichst nicht gesehen werden, weil Sie sich dann doch wieder irgendwie unwohl fühlen. Sie sitzen in der Regierung – bitte, vier von neun Mitgliedern der Regierung –, aber Sie betreiben Opposition gegen Land und Landeshauptmann. Was denkt sich da eigentlich einer dabei? Glaubt ein solcher wirklich, in bewegten Zeiten wie diesen die Kapazität zur Führungsspitze im Land zu haben?

Ich möchte daher zum Schluß drei Fragen an den Herrn Ersten Landeshauptmannstellvertreter – (Abg. Kammlander: „Was hat das mit bewegten Zeiten zu tun?“) Sie wollen ihn verteidigen? Sie werden Gelegenheit haben – Schachner-Blazizek im Zusammenhang mit der Pyhrn doch richten:

Erstens: Warum hat der steirische SPÖ-Abgeordnete außer Dienst Loidl im Aufsichtsrat der Pyhrn-AG. gegen die Entlassung des Generaldirektors Talirz gestimmt, obwohl er zu diesem Zeitpunkt ja eigentlich schon in Haft war? (Abg. Kanape: „Aber er war nicht verurteilt!“) Zweitens: Sind Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der SPÖ im Rahmen ihrer starken Achse mit dem Bundesvorsitzenden schon tätig geworden, und haben Sie ein Ausschlußverfahren gegen Genossen Talirz eingeleitet? Wenn ja, wann – wenn nein, warum nicht? Drittens: War der Putschversuch ein Alleingang des Franz Trampusch, oder haben Sie ihn am Ende gar selbst initiiert? Sollte das tatsächlich der Fall sein, dann haben Sie dem Land Schaden zugefügt und sollten sich eigentlich anstandshalber entschuldigen.

Wollen Sie aber nichts damit zu tun haben, dann rufen Sie Ihre Parteisekretäre und den Herrn Landtagsklubobmann zurück. (Abg. Gennaro: „Das ist deine präpotente Art, die du nicht ablegst!“).

Meine Damen und Herren, bevor ich jetzt den Beschlußantrag einbringe, darf ich Ihnen eines sagen: Josef Krainer ist die größte, natürliche moralische Autorität unserer Republik. Politik heißt dienen – nicht verdienen. Das hat er uns vorgelebt, als wir in den Jugendorganisationen angefangen haben. Der Landeshauptmann war schon als (Abg. Günther Ofner: „Angriff ist die beste Verteidigung. Das ist ein trauriges Spiel der ÖVP!“) Landesrat nie in einem Aufsichtsrat, wie ein Zilk und Landeshauptleute anderer Bundesländer selbstverständlich Vorsitzende der E-Gesellschaft gewesen sind.

Politik heißt – (Abg. Gennaro: „Heckenschütze wäre für dich der richtige Name, nicht Schützenhöfer!“) Ja, ich weiß, wie weh die Wahrheit tut. (Abg. Gennaro: „Das ist deine Präpotenz!“) – dienen – Gennaro, du hast drei Einkommen! –, nicht verdienen. Für keine politische Führungspersönlichkeit trifft dies so zu wie auf unseren Landeshauptmann. Die Steirerinnen und Steirer wissen das. Und, meine Damen und Herren (Abg. Vollmann: „Werden die 230.000 Schilling des Landeshauptmannes an die Caritas abgeliefert?“), ich sage Ihnen aus voller Überzeugung dazu: Wir sind stolz auf unseren Landeshauptmann! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf dem Herrn Präsidenten jetzt den Beschlußantrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Kanduth, Dr. Cortolezis, Dr. Hirschmann und Univ.-Prof. Dr. Schilcher (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Vollmann, höre zu!“), betreffend Maßnahmen im Zusammenhang mit der Pyhrn-AG., verlesen.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Erstens: Der Steiermärkische Landtag unterstützt alle von Landeshauptmann Dr. Josef Krainer und der Steiermärkischen Landesregierung eingeleiteten Maßnahmen zur umfassenden und raschestmöglichen Aufklärung aller Vorwürfe im Zusammenhang mit der Pyhrn-AG.

Der Steiermärkische Landtag erwartet vom Bundes- und vom Landesrechnungshof die raschestmögliche Prüfung aller Fragen im Zusammenhang mit der Pyhrn-AG., wobei der Landesrechnungshofdirektor dem Landeshauptmann bereits mitgeteilt hat, daß die Prüfung des Landesrechnungshofes sich selbstverständlich auch auf alle Beziehungen zwischen der Pyhrn Autobahn AG. und dem Land Steiermark, soweit

sie auf gesetzlichen, satzungsmäßigen oder vertraglichen Bestimmungen beruhen, zu erstrecken hat. Hierzu wird der Landesrechnungshof auch im Bereiche des Landes prüfen müssen.

Zweitens: Es sind auch Fachleute aus dem Bereich der Wissenschaft, der Zivilingenieure und der Wirtschaftstreuhänder einzuladen, um Vorstellungen für eine wirksame begleitende Kontrolle auch bei solchen Bauvorhaben zu entwickeln, die nicht im Verantwortungsbereich der Landesverwaltung stehen. Es sollen in dieser Frage die guten Erfahrungen der begleitenden Kontrolle bei großen Hochbauvorhaben (Beispiele Therme Loipersdorf und die Landeskrankenhäuser Bruck und Feldbach) auch bei anderen Sondergesellschaften wirksam werden.

Drittens: Es ist eine Initiative auf Landesebene zu ergreifen, bei der – nach amerikanischem Beispiel – alle jene Firmen, die in eine Malversation verwickelt sind, von jeder Ausschreibung und Auftragserteilung des Landes ausgeschlossen werden.

Viertens: Im Interesse einer größtmöglichen Transparenz ist auch eine Änderung des Bundesrechnungshof-Gesetzes dahin gehend notwendig, daß alle Berichte – auch die sogenannten Rohberichte – den entsprechenden gesetzgebenden Körperschaften vollständig zugänglich gemacht werden. (Abg. Vollmann: „Nicht ‚haltet den Dieb‘ und im Glashaus sitzen!“) Ich weiß, du wirst dich nie beruhigen. Denn wenn man auf das zeigt, was Ihr gemacht habt, dann könnt Ihr nämlich die Kübel einpacken, und das müßt Ihr heute tun. Das wirst du nie begreifen, solange du in der sogenannten Arbeiterbewegung tätig bist. (Abg. Kammlander: „Das ist nur mehr peinlich!“).

Es ist auch im Steiermärkischen Landtag unmittelbar nach seiner Neukonstituierung eine analoge Novellierung des Landesrechnungshofgesetzes zu beantragen.

Und fünftens: Sollten die Prüfungen des Bundes- und Landesrechnungshofes Malversationen hervorbringen, für die die Beurteilung der politischen Verantwortung im Bereich des Landes relevant sind, ist unverzüglich ein Untersuchungs-Ausschuß des Steiermärkischen Landtages einzusetzen.

Soweit unser Beschlußantrag. Wir ersuchen, diesem die Zustimmung zu geben. (Beifall bei der ÖVP. – 15.24 Uhr.)

Präsident Wegart: Zu einer tatsächlichen Berichtigung der Herr Abgeordnete Gennaro.

Abg. Gennaro (15.24 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Ich habe mich deshalb gemeldet, weil es wieder ein typisches Zeichen ist, mit welcher Überheblichkeit und Präpotenz der Kollege Schützenhöfer hier auftritt und er immer davon spricht, daß andere den Schmutzkübel schütten. Frage bitte das Haus, was er bis jetzt getan hat.

Als erste Klarstellung: Der Betriebsratsvorsitzende der Pyhrn-AG. ist bitte kein Sozialist, es ist ein ÖAABler. Mehr kann ich dazu nicht sagen, erkundigt euch selber, vielleicht habt Ihr so wenig Kontakt oder du als sogenannter Arbeitnehmervertreter kennst deine eigenen Leute nicht.

Punkt zwei: Es ist wirklich eine Frechheit, immer wieder zu Themen zu reden und andere beschuldigen,

nicht zur Sache zu reden und du es dir nie verkneifen kannst, die Arbeiterkammer nicht zu erwähnen. (Abg. Schützenhöfer: „Wenn du zur Kontrolle sprichst und damit der Blinde von der Farbe, werde ich Widerspruch erheben!“) Ich stelle auch klar, Gennaro bezieht als Vizepräsident kein Einkommen, hat seit dem Jahr 1989 – mit 1. November bin ich in den Vorstand gekommen, habe bis zum 31. Dezember 1989 als Vorstandsmitglied einen Bezug gehabt, ordentlich versteuert, keine Probleme, seit 1. Jänner 1990 Verzichtserklärung auf Grund des Vier-Punkte-Programms der SPÖ, weil wir setzen das auch um, was wir reden. Wir tun nicht stillschweigend herunterheben, wie einige von euch, und die anderen wollt Ihr an den Pranger stellen. (Beifall bei der SPÖ.)

Im Sommer 1990 wurde ich Vizepräsident und habe bitte keinen Bezug. (Abg. Dr. Maitz: „Wer ist das?“) Wenn du ein bißchen mithörst, Kollege Maitz, dann sage ich es dir. Der Gennaro wird auch, wenn er als Vizepräsident nach der Landtagswahl ausscheidet, was auch bitte verbrieft ist, keine Abfertigung erhalten wie der Kollege Schützenhöfer, er hat es zwar der Kirche gespendet, aber er hat es genommen und in der Öffentlichkeit gesagt, er bekommt keinen Bezug. Dann bleibe bitte bei der Wahrheit und verbreite nicht hier im Haus Lügen. (Abg. Schützenhöfer: „Ich habe sie gespendet. Dein Parteivorsitzender hat 600.000 Schilling genommen!“) Und das Letzte, was ich sagen möchte. Dr. Cortolezis hat gesagt, die Wähler werden am 22. die Antwort geben. Ich habe mir den Satz aufgeschrieben, den deponiere ich im Ladl drinnen. Ich werde es euch nach dem 22. September in Erinnerung rufen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.25 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Mag. Rader.

Abg. Mag. Rader (15.25 Uhr): Herr Präsident! Meine verehrten Damen und Herren!

Es ist eigentlich verwunderlich, daß wir in einer Diskussion, die von knapp 11 Uhr vormittags bis jetzt gedauert hat, uns eigentlich nie darüber Gedanken gemacht haben, was mit dieser Pyhrn-AG. im Augenblick und künftig überhaupt geschehen wird. Da ist nämlich, lieber Herr Kollege Dr. Hirschmann, der Alleinvorstand im Mai des Jahres faktisch ausgefallen. Sagen wir es einmal so, weil er in Untersuchungshaft genommen wird. (Abg. Dr. Hirschmann: „Auf Sie haben wir gewartet. Sie sind der Spezialist für Finanzierungsfragen!“) Wissen Sie, Herr Kollege Hirschmann, das Traurige wahrscheinlich in der Parteidemokratie ist, daß sich größere Parteien einen Typen wie den Cortolezis halten müssen, um bestimmte Schmutzarbeit zu machen. Da ist nämlich im Mai der Alleinvorstand der Pyhrn-AG. faktisch für die Entscheidungen ausgefallen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Wenn es so zugeht, wie bei Ihrer Partei, dann sage ich danke vielmals!“) Da ist dann erst im August, nachdem in der Zwischenzeit faktisch nichts entschieden werden konnte, einer aus dem Aufsichtsrat, der vorher alle Bereiche mitgetragen hat – und in meinen Augen gibt es ja nur zwei, die sich in der Pyhrn-AG. ausgekannt haben, das ist der Herr Talirz und der Herr Theußl, alle anderen waren Randfiguren, wie wir aus der Situation heraus sehen –, plötzlich bestellt worden und dann blitzartig wieder in der Versenkung verschwunden waren. Wissen Sie eigentlich, daß im Augenblick in einem großen Unternehmen, wo es um Milliarden

geht, das jetzt eine große Autobahn baut, im Augenblick niemand da ist, der entscheidet? (Abg. Dr. Maitz: „Das ist nicht wahr!“) Und so sollten wir, meine Damen und Herren, ja auch bei dieser Gelegenheit daran denken, daß wir auch Verantwortung dafür tragen, daß in dieser Pyhrn-AG. sofort eine Situation geschaffen wird, wo wieder ordentlich entschieden wird. Das heißt es. Daß sofort selbstverständlich dort ein Vorstand eingesetzt wird und bitte jetzt nicht ein Zweivorstand, damit es einen schwarzen und einen roten gibt. Na bitte, diese Geschichte, die ich da gehört habe, das ist ja eher lustig. Ich glaube, da sollte man an den jetzigen Bundeskanzler denken, der einmal vollkommen richtig gesagt hat, bei diesen Kapitalgesellschaften sollte man eine ungerade Zahl von Vorstandsmitgliedern einsetzen, drei sind zuviel. Da bin ich schon eher für den Alleinvorstand, aber einen, der bitte überhaupt noch nicht belastet ist in diesen Bereichen. (Abg. Dr. Cortolezis: „Sie scheiden aus!“) Warum habt Ihr nicht den Mumm, dort sofort einen neuen Mann hinzusetzen, der von außen kommt und der dort wieder Entscheidungen setzt? (Abg. Dr. Cortolezis: „Der einzige, der belastet ist, sind Sie!“) Und, lieber Herr Dr. Cortolezis, Sie werden es nicht verstehen, Sie verstehen ja viele Dinge nicht, aber mir ist auch aufgefallen, daß das, was Sie heute gemacht haben, das berühmte Spiel vom ersten Stock und vom Parterre ist. Der Herr Parteiobmann steht oben und sagt, durch nichts wird er sich jemals beeindrucken lassen, eine Schmutzkübelkampagne zu machen, und der Cortolezis und der Schützenhöfer schütten und schütten und schütten, daß es überhaupt nicht mehr aufhört. Dabei sind sie ja nicht einmal in der Lage, ihren eigenen Herrn und Meister zu lesen, weil wenn der Schützenhöfer nämlich den Parteiobmann jemals ordentlich gelesen hätte, dann hätte er zum Beispiel diese dumme Bemerkung mit dem Minister Sekanina etwa nicht gemacht. Geht mich ja nichts an, soll er sich selber verteidigen, wenn Sie wollen. Aber nur, weil du das angeschnitten hast. Er sieht das nämlich ganz anders.

Zu einem Zeitpunkt, wo der Minister Sekanina bereits ins Abseits gestellt worden ist, abgezogen, dramatisch zurückgezogen und möglicherweise schon verfolgt worden ist, sagt nämlich der Parteiobmann der ÖVP am 6. Dezember 1985 hier in diesem Haus: „Ich habe nie verschwiegen, daß in der Zeit, in der der Herr Bautenminister Sekanina am Werk war, außerordentliche Fortschritte im steirischen Straßenbau erzielt worden sind.“ (Landeshauptmann Dr. Krainer: „Das ist der Unterschied zu Ihnen!“) Was immer sonst über den Minister gesagt wird, das ist in Ordnung. Dann sagt er, es ist ein hervorragender Bautenminister im Zusammenhang mit dem Straßenbau bei uns in der Steiermark. (Abg. Dr. Hirschmann: „Wir sind nicht so liederliche Gesellen wie Sie!“) Und dann kommt es, und das hätte der Schützenhöfer lesen sollen, was er nicht gelesen hat, und da sagt er: „Ich stehe nicht an, das zu sagen, auch in einer Zeit, in der jemand gesagt hat, Dank sei keine Kategorie.“ (Landeshauptmann Dr. Krainer: „So ist es!“) „Dank ist sehr wohl eine Kategorie“, sagt der ÖVP-Parteiobmann über Sekanina, den du so entsetzlich angeschüttet hast, es geht mich ja nichts an, „ist sehr wohl eine Kategorie. Und ich sage Ihnen erst recht, auch dann, wenn viele Freunde, da werden wohl die Sozialisten gemeint sein, wenn viele Freunde dann plötzlich jemanden allein lassen.“ Also bitte, schüttet nicht so hin und her, im

Endeffekt, worum geht es? (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist frei erfunden. Kein Mensch hat den Sekanina angeschüttet!“) Worum geht es? Wir nehmen zur Kenntnis natürlich, es ist auch wirklich eure Angelegenheit. (Abg. Dr. Cortolezis: „Nehmen Sie in einem Satz Stellung. Wie schaut es mit dem ‚Profil‘ aus? Ein Wort zum ‚Profil!‘“) Ich muß da so eine Fliege im Ohr haben, da rechts summt es immer so komisch. Wir nehmen zur Kenntnis, daß auf der oberen Etage die selbstverständlich bestens miteinander gearbeitet haben (Abg. Dr. Cortolezis: „Ist also alles in Ordnung!“), während auf der unteren Etage agiert worden ist. Wie auch immer, wir nehmen zur Kenntnis, daß Sie die Verantwortung für alles, was es bei der Pyhrn-AG gibt oder nicht gibt (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sei es drum!“), Herr Kollege Schilcher, auf Sie komme ich auch noch zurück, gemeinsam getragen haben. Weil Sie haben ja gemeinsam im Verhältnis eins zu eins Ihre Leute in diesen Aufsichtsrat geschickt. Das ist der Herr Theußl, der wie Hase und Igel plötzlich Aufsichtsrat und dann wieder Vorsitzender und dann wieder Aufsichtsrat ist, das ist der Herr Hofrat Maitz, über den ich bitte in Anwesenheit seines Sohnes keine Bemerkung machen möchte, das ist der Chef des früheren Landeshauptmannstellvertreters der Sozialisten, sein Bürochef, der Hofrat Nigitz, und der frühere Sekretär der Bauarbeitergewerkschaft Loidl, über den übrigens auch der ÖVP-Parteiohmann sagt, daß er – Loidl und Theußl – immer die besten Verbündeten im Zusammenhang mit dem Straßenbau in der Steiermark hat. So gut, haben sie gemeinsam die Verantwortung. Das ist in Ordnung. Und jetzt schauen wir, was wirklich los ist. Und ich muß sagen: Mehr als zu Beginn der Sitzung bin ich jetzt überzeugt, daß man dem Zeitschiebantrag des Kollegen Schützenhöfer – nur „aufschiab'n“ über die Wahl, und hintennach werden wir schon seh'n – nicht folgen soll.

In der Zwischenzeit haben wir nämlich über die Kosten dieser Schoberpaßstraße nicht nur vier Ziffern – Herr Kollege Schilcher, bitte um Entschuldigung, Sie haben nämlich nicht eine beigesteuert, sondern zwei –, sondern schon fünf Ziffern. Da haben wir nämlich die Größenordnung von 2,7 Milliarden, die dem Aufsichtsrat und der ASFINAG berichtet worden sind. Dann haben wir die Größenordnung von 3 Milliarden, die der ÖVP-Parteiohmann im Jahr 1988 dem Landtag berichtet hat – ich gehe ja davon aus, daß er guten Gewissens berichtet hat. Dann haben wir die Größenordnung von 3,4 Milliarden, die auch dem Aufsichtsrat von der Pyhrn Autobahn Gesellschaft berichtet worden sind (Abg. Dr. Maitz: „Eine Märchenstunde!“), und zwar dem Herrn Theußl. Dann haben wir die neue Zahl von 3,5 Milliarden, die der Herr Prof. Schilcher heute eingebracht hat.

Übrigens, das Lustigste, was mir nämlich auffällt: Bitte herzlich – wenn die Baudirektion 3,5 Milliarden ausgerechnet hat, und dort sitzt ein gewisser Herr Theußl, und der Herr Talirz erzählt dann dem Aufsichtsrat, wo auch der gewisse Herr Theußl sitzt, daß es nur 2,7 Milliarden sind, dann muß dem ja das irgendwo aufgefallen sein; das kann er ja nicht so weggeschluckt haben, daß er auf der einen Seite 3,5 ausrechnen läßt und auf der zweiten Seite man ihm aus seinem Bericht, den er ja in der Baudirektion machen hat lassen, plötzlich 2,7 erzählt. (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Das ist nicht neu. Das ist aus dem Jahre 1989!“) Und dann haben wir die letzte Ziffer, die wir jetzt alle

erfahren haben – der Herr Worm, anscheinend der Herr Theußl und der Herr Minister Schüssel, wie der Herr Prof. Schilcher heute erzählt –, das sind 3,6 Milliarden.

Ich sage, wir müßten wirklich wissen: Wenn dieser Landtag noch in irgendeiner Form (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Der Rechnungshof wird das prüfen, weil er ist dafür zuständig!“) seiner Verantwortung gerecht werden will, dann muß bitte dieser Landtag selbstverständlich einen Untersuchungs-Ausschuß einsetzen, und ich bitte Sie tatsächlich, das zu unterstützen. Sollten Sie das ablehnen, was ich befürchte (Abg. Univ.-Prof. Dr. Schilcher: „Sie befürchten mit Recht!“), dann muß ich davon ausgehen, daß einiges von dem, was die Frau Kollegin Kammlander – sie hat viel Unrichtiges gesagt, aber gelegentlich trifft auch ein blindes Huhn ein Korn – angedeutet hat, richtig ist und es daher gerechtfertigt ist, sie zu unterstützen, wenn sie der Meinung ist, daß zumindest die politische Verantwortung einem Mißtrauensantrag hier zur Debatte gestellt werden soll. (Beifall bei der FPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident: Zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Trampusch.

Abg. Trampusch (15.35 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Schützenhöfer hat gesagt, daß sich welche schämen sollen. Ich gebe ihm recht: Wir sollten uns alle schämen, daß im Hohen Haus solche Worte fallen, die er gebraucht hat.

Bei einem Vertreter einer staatstragenden Partei muß man das natürlich doppelt zählen. Wenn der Herr Abgeordnete Schützenhöfer sonst immer von der Gefährdung der Sicherheit redet – hier und außerhalb des Hohen Hauses –, dann hat er heute gezeigt, daß zum Sicherheitsrisiko einer Demokratie auch gehört, wenn man die Grenzen des Umganges miteinander nicht mehr kennt. (Abg. Kollmann: „Ihr habt den Landeshauptmann der Lüge geziehen!“) Die Wähler sollen darüber nachdenken, ob eine Partei wählbar ist, die einen derartigen Stil zuläßt oder unterstützt.

Der Herr Landeshauptmann hat heute eingangs gesagt: „Wir wollen niemanden vorverurteilen“ – hat er wörtlich gesagt. Dem Kollegen Schützenhöfer ist es gelungen, nicht nur den Landeshauptmann zu diskriminieren, denn er hat all das getan, was der Landeshauptmann angeblich also nicht will, nämlich jetzt schon Leute verurteilen, bevor die Dinge am Tisch liegen, bevor Beweise am Tisch liegen. Aber das muß die ÖVP mit dem Kollegen Schützenhöfer ausmachen.

Nur, wenn jemand einmal objektiv das Sitzungsprotokoll der heutigen Sitzung nachliest, dann wird er schon verstehen, wenn ich jetzt namens meines Klubs sage: Wir hätten gerne einigen Punkten dieses Beschlusses zugestimmt, weil wir sie durchwegs für vernünftig halten, aber wenn sie so unseriös vorgebracht werden, wie das passiert ist, dann können wir dem nicht zustimmen, denn dann würden wir auch den Stil mitvertreten, der aus dem ganzen gesprochen hat. Und wir können auch deshalb nicht zustimmen, weil anscheinend die Noch-Mehrheitspartei des Hohen Hauses nicht begreifen will, daß man in einer Demokratie miteinander hart und kritisch reden soll – auch kann –, aber daß man immer noch verantwortungsvoll mit der Sprache umgehen muß. (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ein ernstzunehmender Mensch hier im Hohen Haus den Begriff „Putschistenführer“ auf die Lippen nimmt, dann hätte wahrscheinlich jeder, der ihn ernst nimmt, dagegen protestieren müssen. Ich mache das nicht, weil ich den Kollegen Schützenhöfer nicht ernst nehmen kann, und ich nehme an, dem Präsidenten Wegart geht's genauso, denn sonst hätte er mit seiner Glocke geläutet. (Abg. Prof. Dr. Eichinger: „Nimm die Lüge zurück, dann geht es!“) Aber der Herr Abgeordnete Schützenhöfer hat mit seinen Äußerungen nicht nur sich selbst disqualifiziert, wie ich schon gesagt habe, sondern auch den Antrag und die ÖVP. Sein Stil zeigt, daß es höchste Zeit ist, der präpotenten absoluten Mehrheit ein Ende zu bereiten. Kollege Schützenhöfer war soeben dafür die beste Bestätigung. Ich danke ihm für diese entlarvende Entgleisung. Sie wird weder dem Hohen Haus noch der ÖVP zur Ehre gereichen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 15.38 Uhr.)

Präsident: Eingbracht wurde ein Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, betreffend die Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses.

Eingbracht wurde weiters ein Beschlußantrag der Abgeordneten Kammlander, betreffend die Versagung des Vertrauens gegenüber Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Krainer gemäß Paragraph 27 Absatz 3 der Landesverfassung, in Zusammenhalt mit Paragraph 48 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wegen Nichtwahrnehmung seiner Kompetenzen im Zusammenhang mit den Vorkommnissen in der Pyhrn Autobahn AG.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden.

Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in beiden Fällen geschehen.

Die beiden Anträge sind jedoch nicht von vier Mitgliedern des Hohen Hauses unterfertigt, weshalb ich in beiden Fällen gemäß Paragraph 34 Absatz 4 die Unterstützungsfrage stelle.

Wer den Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Unterstützung gefunden.

Wer nun den Beschlußantrag der Abgeordneten Kammlander unterstützt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Unterstützung gefunden.

Eingbracht wurde weiters ein Beschlußantrag der SPÖ-Abgeordneten, betreffend Untersuchungs-Ausschuß.

Weiters wurde eingebracht ein Beschlußantrag der ÖVP-Abgeordneten.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist in beiden Fällen geschehen.

Ich werde nun in folgender Reihenfolge abstimmen lassen:

Erstens über den Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter, zweitens über den Beschlußantrag der SPÖ-Abgeordneten und drittens über den Beschlußantrag der ÖVP-Abgeordneten.

Ich komme nun zur Abstimmung:

Wer dem Beschlußantrag der Abgeordneten Mag. Rader und Weilharter die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Nun ersuche ich die Damen und Herren, die dem Beschlußantrag der SPÖ-Abgeordneten Ihre Zustimmung geben, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Wer dem Beschlußantrag der ÖVP-Abgeordneten die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat die erforderliche Mehrheit gefunden.

Beendigung der außerordentlichen Tagung: Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 vor, die außerordentliche Tagung zu schließen.

Ich darf Sie bitten – die Sitzung ist noch nicht geschlossen –, auf Ihren Plätzen sitzen zu bleiben.

Abg. Kammlander: Zur Geschäftsordnung. Herr Präsident, ich mache Sie darauf aufmerksam, daß drei Fragen von mir aus meiner dringlichen Anfrage vom Landeshauptmann nicht beantwortet worden sind. Ich bitte um Beantwortung als Schlußwort vom Landeshauptmann.

Landeshauptmann Dr. Krainer: Ich werde diese Fragen schriftlich beantworten.

Präsident: Ich wiederhole: Im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz schlage ich gemäß Paragraph 13 Absatz 3 des Landes-Verfassungsgesetzes 1960 vor, die außerordentliche Tagung zu schließen.

Ich ersuche die Damen und Herren des Hohen Hauses, die diesem Vorschlag zustimmen, um ein Zeichen mit der Hand.

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Mir liegt vor ein Beschlußantrag von SPÖ-Abgeordneten, betreffend Permanenzerklärung des Kontroll-Ausschusses.

Beschlußanträge können von jedem Mitglied des Hohen Hauses gemäß Paragraph 34 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages gestellt werden, wenn sie von mindestens vier Mitgliedern einschließlich des Antragstellers unterstützt werden. Diese Anträge sind in die Verhandlung einzubeziehen, wenn sie dem Präsidenten schriftlich gemäß Paragraph 34 Absatz 4 überreicht werden. Das ist geschehen.

Wer dem Beschlußantrag der SPÖ-Abgeordneten die Zustimmung erteilt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Der Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit gefunden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Die außerordentliche Tagung und die heutige Sitzung sind damit geschlossen. (Ende der Sitzung: 15.44 Uhr.)